

gnügen, da man mit 13- und 15stelligen Zahlen rechnen mußte. Das wird ja nun besser werden. Es wurde alles in Ordnung gefunden.

Ich beantrage im Namen der Kontrollkommission, dem Parteivorstand für seine gesamte Tätigkeit Entlastung zu erteilen. (Lebhafte Beifall!)

3. Bericht der Reichstagsfraktion.

Berichterstatter Hermann Müller-Franken: Genossinnen und Genossen! Sie finden auf der Tagesordnung des Parteitags noch ein Referat des Genossen Hilferding über die Reichstagswahlen und die Sozialdemokratie. Die Arbeitsteilung zwischen Hilferding und mir ist so gedacht, daß Hilferding die Dinge behandeln wird, die für die zukünftige Politik der Partei von besonderer Bedeutung sind, während ich darstellen werde, was die Fraktion geleistet hat, und die Fraktion gegen Angriffe verteidigen werde, die meiner Auffassung nach ungerechtfertigt erhoben worden sind. Ich kann in meinem einstündigen Referat keine volle Darstellung der Arbeiten der Fraktion geben. Das ist aber auch nicht notwendig. Wir haben zwei Tage nach der Auflösung bereits unser „Handbuch für sozialdemokratische Wähler“ herausgegeben. Sie finden darin die positive Arbeit dargestellt, die die sozialdemokratische Fraktion in den letzten Jahren geleistet hat.

In diesem Bericht ist alles enthalten, was über die Jahre seit dem Einigungsparteitag in Nürnberg zu sagen ist. Danach hat die sozialdemokratische Fraktion ihr Hauptgewicht darauf gelegt, positiv für die Arbeiterklasse zu wirken. Dabei hat sie die Grundsätze hochgehalten, die auch in den vergangenen Jahrzehnten für die Fraktion maßgebend waren. In diesem Zusammenhang erinnere ich daran, daß 1879 nach dem Erlaß des Sozialistengesetzes kein geringerer als Friedrich Engels den ersten Rechenschaftsbericht der sozialdemokratischen Fraktion angegriffen hat, weil die Politik der Fraktion zu reformistisch gewesen sei. Kein anderer als August Bebel hat ihm darauf am 18. November 1879 geantwortet: „Die Massen verlangen, daß auch für das Heute gesorgt wird, unbeschadet dessen, was morgen kommt.“ Dieser Grundsatz war auch unser Leitstern bei der parlamentarischen Tätigkeit.

Wir müssen zugeben, daß heute unser Kampf gegen früher erschwert ist, weil durch die Kriegsepisoden irreführende Arbeiter zum Teil heute den Weg nach rechts gefunden haben und die rechtsradikale Bewegung stärken. Wir müssen heute ferner mit einer Partei links neben uns rechnen, die ihre ganze Taktik auf eine Zerstörung der sozialdemokratischen Partei eingerichtet hat. Am nächsten Mittwoch sollen beim Zusammentreten des Reichstags die Anträge, behandelt werden, die die Fraktionen zu den Verordnungen eingebracht haben, die auf Grund der beiden Ermächtigungsgesetze erlassen worden sind.

Nach den Standalzenen im Reichstag nach seinem Wiederauftritt ist die Befürchtung berechtigt, daß die bürgerliche Mehrheit mehr als je dafür sorgt, daß dieses Parlament nicht allzuoft und allzulange zusammentritt, also die Beratungszeit eingeschränkt wird. Es leiden darunter am meisten diejenigen Fraktionen, die die Verordnungsgebung korrigieren wollen, die vor der Auflösung des Reichstags an die Stelle der normalen Gesetzgebung getreten war. Gerade die Tätigkeit der Fraktion ist aber am empfindlichsten geschädigt, die positiv für die Arbeiterklasse etwas herauszuschlagen versucht.

Das Parlament spielt heute eine andere Rolle als vor dem Weltkrieg und der Revolution. Damals war der deutsche Reichstag mehr ein Debattierklub mit sanfter Rede und Gegenrede. Heute kann der Reichstag alles, wenn er nur will. Es existiert über ihm nicht mehr die Obrigkeit, die früher selbst seine Tagesordnung mitbestimmte. Wenn die Reichstanzler des Kaiserreichs die Beratung eines Gegenstandes nicht wünschten, hatten sie die Macht, sie zu verhindern.

Der Reichstag ist jetzt den Parlamenten der Länder angenähert, in denen das parlamentarische System schon länger herrscht. Wir haben mehr Interpellationsdebatten und Debatten im Anschluß an Regierungserklärungen als früher; die Beratung der Gesetze wird aber schneller als in den vergangenen Jahrzehnten erledigt.

Am Reichstag ist infolge des deutschen Mehrparteiensystems keine geschlossene Mehrheit. Das hat uns oft zu Beschlüssen gezwungen, die vielfach von Parteigenossen angefochten worden sind, worauf ich bei der sachlichen Behandlung der einzelnen Materien zurückkommen werde. Dadurch besteht auch bei inneren Fragen, die gar keine Hauptfragen der Politik sind, jeden Tag die Möglichkeit, daß sich die extremen Parteien von rechts und links vereinigen und auf Grund dieser politischen Verhältnisse auch vereinigen müssen, auf ein Mißtrauensvotum, wenn es nur geschieht genug formuliert ist. Der Sturz der Regierung liegt daher von Woche zu Woche im Bereich der Möglichkeit. Dieser Zustand beeinträchtigt die Arbeiten des Parlaments außerordentlich, zeigt aber auch, daß heute keine Partei, die in der Regierung nicht vertreten ist, völlig frei von Verantwortung ist, wie überhaupt das parlamentarische System zur Wahrheit und zur Anerkennung der Realitäten in der Agitation erziehen soll. Das Verlangen von Unmöglichkeiten rächt sich an jeder Partei, die in absehbarer Zeit zur Übernahme der Verantwortung gezwungen ist.

Müssen wir diese Realitäten anerkennen, so ist deshalb nicht im geringsten gesagt, daß wir von unseren sozialistischen Grundsätzen irgend etwas aufzugeben haben. Ich habe stets, zum Beispiel in den von mir abgehaltenen Versammlungen, betont, daß wir weniger als je Ursache haben, etwa für den Sozialismus ein Moratorium zu nehmen. Ganz im Gegenteil; rein objektiv betrachtet sind die Voraussetzungen für die Durchführung des Sozialismus besser geworden als jemals. Nicht nur der Krieg, dieser große Proletarisator, hat in dieser Richtung gewirkt, sondern viel mehr noch die Inflation, durch die große Massen früher selbständiger Existenzen proletarisiert worden sind, die heute kaum mit der Arbeit ihres Kopfes oder ihrer Hände ihren Lebensunterhalt verdienen. Interessant ist, daß gerade diese Proletarisierung weiter Kreise des selbständigen Mittelstandes, diese Tendenz in der Richtung unseres Endziels, sich nicht unter einem sozialistischen Ministerium, sondern unter einem kapitalistischen ereignet hat, dessen Kanzler Cuno Generaldirektor der Hamburg-Almerika-Paketschiff-Gesellschaft gewesen ist, dessen Wirtschaftsminister Beder von Rhein Stahl war, zwei waschechte Vertreter des Kapitalismus.

Wenn wir feststellen, daß die Mittelklassen zum großen Teil proletarisiert sind, so heißt das noch nicht ohne weiteres, daß sie zu uns kommen. In diesen Schichten, die objektiv für uns massenhaft reif geworden sind, ist die Tradition mehr als in anderen Kreisen an der Tagesordnung. Sie müssen in ständiger Kleinarbeit uns zugeführt werden. Nach einigen Jahren werden viele von ihnen kuriert sein, die noch bei den letzten Wahlen den Rechtsparteien nachgelaufen sind; sie werden begreifen, daß, wenn weniger Sozialisten im Reichstag sind, das noch nicht ein Mehr an Aufwertung bedeutet (Sehr gut!), womit die Abwanderung dieser für uns reifen Schichten bei den Wahlen zu unterbinden versucht wurde.

In diesem Zusammenhang einige Bemerkungen zum Wahlrecht, das auch von anderen Parteien auf die Tagesordnung gesetzt werden wird. Es ist notwendig, daß wir wieder zu kleineren Wahlkreisen kommen. (Sehr richtig!) Große allerdings haben auch ihre Vorteile. Wenn sich unendlich lange Listen gegenüberstehen, wird der Wahlkampf unperfönllicher und weniger gehässig geführt, wie meist in der Vergangenheit. Andererseits muß der persönliche Zusammenhang zwischen den Abgeordneten und dem Wahlkreis mehr betont wer-

den, weil dadurch auch mehr Arbeit zur Erfassung der Grenzschichten geleistet wird, die für uns reif sind. (Sehr richtig!) Heute unterzieht das oft, weil darauf bei den großen Wahlkreisen und langen Listen nicht derselbe Wert wie früher gelegt wird. Das soll aber nicht heißen, daß wir zum Einzelwahlkreis zurückkehren wollen. Wir werden am Verhältniswahlssystem festhalten, das wir programmatisch seit Jahrzehnten verlangt haben. Bürgerliche haben sich schon zu Gegenanträgen aufgeschwungen, die das Wahlsystem heraufsetzen wollen. Wir als Linksparteien haben im Reichstag die Mehrheit und können Verfassungsänderungen in dieser Richtung verhindern. Unsere alte Forderung des Frauenwahlrechts ist heute von keiner Seite mehr angefochten. Wir haben keine Ursache, wie hier und da verlangt wurde, das englische oder französische Wahlsystem zu verlangen. Das französische Wahlsystem ist eins der verrücktesten, das es überhaupt gibt. Es hat unsere Partei zu einer Verbindung mit anderen Parteien gezwungen, um dadurch einen politischen Erfolg zu erzielen. Ich will dies für deutsche Verhältnisse nicht empfehlen. Wir haben es bei unserem Wahlrecht nicht nötig. Aber zugunsten unserer französischen Genossen muß ich sagen, daß sie, wenn sie zum Teil so weit gegangen sind, sich mit den bürgerlichen Linkrepublikanern auf eine gemeinsame Liste zu einigen, den Beweis geliefert haben, daß sie Politik zu treiben verstehen. (Sehr gut!) Ich wünsche, daß die deutsche Sozialdemokratie in Situationen ähnlicher Art denselben Sinn für Politik zeigt. Unsere französischen Bruderorganisationen haben damit erst die politische Entspannung erreicht, nach der wir so lange verlangt haben. Es ist nur zu bebauern, daß dies erst so spät möglich geworden ist. Ich kann hier die Bemerkung nicht unterdrücken, daß unsere Rechtsbewegung in Deutschland deshalb so stark geworden ist, weil Poincaré ihr fortwährend Wasser auf ihre Mühlen geliefert hat. In dieser Beziehung ist bei uns sehr viel zerstört worden. Die bürgerlichen Parteien haben darunter gelitten, aber auch die Sozialdemokratische Partei hat eine Schwächung erfahren.

Die Sozialdemokratische Partei verfügt im jetzigen Reichstag über 100 Mandate gegen 171 bei Schluß der letzten Session. Es hat Leute gegeben, die glaubten, man könne mit 171 Mandaten alles machen. Hoffentlich begreifen Sie, daß man mit 100 etwas weniger machen kann. Es muß gegenüber falschen Behauptungen immer wieder festgestellt werden, daß wir seit der Revolution im Parlament niemals die Mehrheit gehabt haben. Wir haben die Lage in der allerersten Zeit nach der Revolution, zur Zeit der Volksbeauftragten, beherrscht. Die Hemmnisse aufzuzählen, die damals unsere Arbeiten behinderten, würde zu weit führen. Ich erinnere nur an die Ernährungsfragen, an die Schwierigkeit der Rückführung des Heeres, wobei mir Ententeoffiziere zugegeben haben, sie hätten die Rückführung in der kurzen Frist nicht für möglich gehalten. Vor allen Dingen aber muß an die leider schon damals einsetzenden Kämpfe in der Arbeiterklasse und die Auseinandersetzung mit Spartakus erinnert werden, die bereits am zweiten Tage der Revolution begann. Dann kam die Nationalversammlung, in der wir nicht die Mehrheit hatten. Wir waren nicht der Auffassung, daß wir eine Minderheitsregierung bilden sollten. Es ist sehr interessant, aus den Auseinandersetzungen der letzten Zeit zu erfahren, daß damals Stegerwald in der Zentrumsfraktion dafür eingetreten ist, der Sozialdemokratie die Minderheitsregierung zu überlassen. Mir scheint, Stegerwald war ein besserer Margitt als viele unserer Margitten, da er der Ueberzeugung war, daß, wenn man auch einer sozialistischen Minderheitsregierung das Heft in die Hand gibt, der Kapitalismus nicht vor seinem Ende steht. Unter dem Einfluß Erzbergers unterlag Stegerwald damals. So wurde auf demokratischer Basis die Regierung der Mitte gebildet, die außenpolitisch nötig war, um überhaupt zu erträglichen Verhältnissen zu kommen.

Die Koalition der Nationalversammlung fiel mit der Wahl von 1920. Wir zogen als getrennte Parteien in den Reichstag. Die Sozialdemokratische Partei lehnte es nach ihrer Schwächung durch die Wahlen ab, im Juni 1920 in eine Regierung einzutreten. Da die Wähler gegen uns entschieden hatten, glaubten wir unmöglich die Verantwortung übernehmen zu können, die wir während der Nationalversammlung getragen hatten. Durch unsere Haltung 1920 haben wir die immer wiederkehrende Behauptung widerlegt, daß wir die Auffassung hätten, daß wir in einer Republik immer in der Regierung sein müßten. Diese Auffassung ist niemals bei uns vertreten worden.

Wenn uns ein Drang nach Ministerportefeuilles immer wieder vorgeworfen wird, so kann ich objektiv darüber sprechen. Ich habe es seit 1920 sechsmal abgelehnt, in die Regierung einzutreten, weil ich meine Anwesenheit in der Fraktion für wichtiger hielt. Es gehört nicht zu der angenehmsten Beschäftigung, Parteigenossen zum Eintritt in ein Koalitionsministerium zu veranlassen. Ich habe eine Sucht nach Ministerportefeuilles in der Reichstagsfraktion noch nicht bemerkt. Vielleicht können Sollmann und Kadbruch noch persönliche Erfahrungen mitteilen. (Zuruf: Andere Leute sind anderer Meinung!) — Soweit das Reich in Betracht kommt, muß ich das feststellen. Selbst Toni Sender nicht mir zu. (Zuruf: In den Ländern soll es nicht anders sein!)

Wenn wir die Koalitionsbildungen der letzten Jahre überschauen, wie es das sozialistische Handbuch tut, so sind wir nur in der Regierung vertreten gewesen, wenn wir in die Regierung mußten. Die Gründe, die uns dazu gezwungen haben, sind fast immer außenpolitische gewesen. In das Ministeriumehrenbach-Simons sind wir 1920 nicht hineingegangen, dagegen nach dem Londoner Ultimatum in die Regierung Wirth, um damals die Besetzung des Ruhegebiets zu verhindern. Man hat Schlussfolgerungen von Oesterreich auf Deutschland übertragen. Der Eintritt in die Koalitionsregierung unter einer bürgerlichen Führung soll eine Flucht vor dem Klassenkampf sein. Ich bin gespannt, ob ein Theoretiker nachher diese Beweisführung für das Kabinett Wirth zu führen versucht. In das zweite Kabinett Wirth sind wir gegangen, nachdem die Demokraten wegen der Entscheidung über Oberschlesien ausgetreten waren. Ebenso lag es beim Sturz Cunos. Ich hielt es damals für besser, die Regierung Cuno noch einige Tage zu halten. Denn die Agitation unserer Gegner wurde dadurch erleichtert, daß die Ausführung der Steuererlasse von einer ganz anderen Regierung übernommen werden mußte. Ich gebe aber zu, daß bei dem Sturm im Lande Cuno schwer zu halten war. Was sollte aber eigentlich nach der Regierung Cuno kommen? Die Aufgabe der neuen Regierung war die Liquidation des Ruhrabenteuers, und diese konnte nur mit einer Regierung vorgenommen werden, die sich auf uns stützte. Oder glaubt jemand, daß die Liquidation des Ruhrabenteuers durch eine Verbindung mit Hergt und Graf Westarp möglich gewesen wäre! Die Frage aufwerfen heißt sie verneinen. Wir mußten damals in den sauren Apfel beißen, um Schlimmeres zu verhüten.

Man braucht freilich nicht immer in die Regierung zu gehen. Wir haben uns in der allerletzten Zeit auf eine Unterstützung einer Regierung der bürgerlichen Mitte beschränkt. Aber da lagen besondere Verhältnisse vor, und diese waren auch wieder durch den Wahlausfall bedingt, der uns eine Regierung mit einer Stimme Mehrheit nicht ermöglichte. Es wird aber auch hier niemand behaupten, daß wir um die Unterstützung dieser Regierung Marx herumgekommen wären. Das ganze Ausland, insbesondere die sozialistischen Parteien des Auslands forderten von uns, daß wir so viel Vernunft aufbrächten, zu tun, was im Interesse der Befriedung Europas nötig war. Ich stelle mit Freuden fest, daß die Meinungsverschiedenheiten in der Fraktion diesmal ge-

ringer als bei früheren Fällen gewesen sind. Gewiß, wir haben der Regierung Marx kein Vertrauensvotum gegeben, sondern nur das Vertrauen ausgesprochen, daß sie die Geſetze macht, die zur Befriedung Europas notwendig sind. Ich lege übrigens auf diese Formulierung keinen besonderen Wert. Darauf kommt es nicht an, ob das Wort „Vertrauen“ oder „Billigung“ vorkommt, oder ob eine Tagesordnung angenommen wird, die, wie in parlamentarischen Ländern, von der Regierung angenommen ist. Wenn wir einer Regierung das Leben ermöglichen, geben wir ihr den nötigen Zuschuß von Vertrauen. Wir dürfen uns vor diesem Wort nicht so fürchten, wie das viele von uns noch tun.

Mit dieser Tätigkeit zugunsten der Regierung der Mitte haben wir nur getan, was im Interesse der Arbeiterklasse erforderlich gewesen ist, weil wir der Ueberzeugung waren, daß nur durch Annahme des Sachverständigenutachtens und der Durchführung der deshalb notwendigen Geſetze auch innerpolitisch Zustände aufrechterhalten werden können, die im Interesse der Arbeiterklasse liegen. Wenn die deutsche Wirtschaft nicht an die internationale Finanzwirtschaft angeschlossen wird, sind die Lage unserer Währung geſtört. Ich brauche Ihnen nicht auseinanderzusetzen, was das für den Haushalt jedes einzelnen Arbeiters bedeutet. Das ist unsere Auffassung von der praktischen Unterstützung des Klassenkampfes.

Dieses Wort kehrt in einer Reihe von Resolutionen wieder. Das betrübt mich, nicht weil es sich gegen uns richtet, sondern weil dieser Vorwurf immer wieder erhoben wird. 1895/96 wurde er auch erhoben, als Bebel mit Vollmar und Quard für das Agrarprogramm eintraten. Man sollte endlich diesen alten Badenhüter ruhen lassen und mit neuen Vorwürfen kommen. (Heiterkeit.) Es kommt wirklich weniger auf die Vorbeter des Klassenkampfes an als auf das Heer der Klassenkämpfer, weniger auf diejenigen, denen nicht wohl ist, wenn sie nicht ein paar Säge mit Klassenkampf durch ihre Gebetmühle gedreht haben, als auf diejenigen, die in den Betrieben den Klassenkampf zu führen haben. Abgesehen von Skandinavien ist, wenn wir rückwärts blicken, keine Arbeiterklasse so sehr auf den Klassenkampf eingestellt und hat begriffen, worauf es ankommt, als die deutsche. Das ist der Erfolg der Agitation von sechs Jahrzehnten. Wenn sich dieser Erfolg nicht mehr voll auswirken kann, so zum Teil deshalb, weil wir infolge der Kriegszeit eine so viel weniger aufgestärkte Jugend haben. Es werden erst Jahre ins Land gehen, bis wir für die Arbeitermassen den Zustand der Aufklärung vor dem Kriege wieder bekommen werden. Leider müssen wir feststellen, daß sich in bezug auf die Führung des Klassenkampfes Zustände entwickelt haben, die weder Marx noch Engels voraussehen konnten. Wir haben in allen Ländern Rückfälle in die Zeit zu verzeichnen, in der Bakunin mit Marx, in der Most mit August Bebel gekämpft hat, Rückfälle in die Zeit des Synkretismus, des Anarchistens, Rückfälle besonders in Rußland, wo die Partei mit der Regierung solidarisch ist, wo es auf die Anwendung von Geld für die Parteien fremder Länder nicht im geringsten ankommt. Wenn wir heute eine Partei links neben uns haben, die gierig auf alles lauert, was bei uns geschieht, so macht das bei aller Anerkennung der Meinungsfreiheit für jeden einzelnen Redakteur und Redner zur Pflicht, bei jeder Äußerung äußerste Vorsicht zu üben.

Wir wissen, daß alles, was zu unseren Ungunsten ausgenutzt werden kann, durch den Apparat ausgenutzt wird, der von den Rostowitern gegen uns unterhalten wird. Wir sind in diesen Zustand hineingekommen, seitdem in Halle die Spaltung zwischen den Unabhängigen und Kommunisten erfolgt ist. Wenn wir heute auf diese Zeit zurückblicken, können wir sagen, daß dieser Spaltungsparitätig die schwerste Niederlage gewesen ist, die die Sozialdemokratie seit der Revolution gehabt hat. Wir laborieren immer noch daran und haben in den

Arbeitermassen nicht den nötigen Ausgleich finden können. Das hat uns geschwächt, und die Bourgeoisieparteien wissen, welche Rückwirkung das auf die Führung der Klassenkämpfe gehabt hat. Deshalb muß die Partei und müssen die Gewerkschaften die Klassenkräfte in jedem Falle feststellen, ehe es zu politischen oder gewerkschaftlichen Operationen kommt.

Diese Verschiebung der Klassenkräfte hat auch ihre Rückwirkung auf die parlamentarische und außerparlamentarische Situation gehabt. Es ist oft darauf hingewiesen worden, daß wir 1922 bei der Ermordung von Rathenau glänzende Demonstrationen gehabt haben. Das ist richtig. Trotzdem wird niemand leugnen, daß es uns 1923 nicht möglich war, solche Demonstrationen auf die Beine zu bringen, weil inzwischen die Inflation eingesezt hatte, die die Arbeiterklasse ihrer letzten materiellen Reserven beraubt hat. Wir wußten, warum wir seit 1921 immer wieder dafür eingetreten sind, daß eine stabile Währung in Deutschland garantiert würde. Wir haben gesehen, daß in dem Augenblick, wo wir eine stabile Währung hatten, wir die Hände viel mehr frei bekommen und an Macht gewonnen haben. Wir wollen uns aber nicht darüber täuschen, daß heute, im Gegensatz zur Agitation der Kommunisten, wir eine revolutionäre Konjunktur nicht haben und im Augenblick um der wirtschaftlichen Gesundung Deutschlands und Europas willen eine ruhige Entwicklung wünschen müssen, vor allem auch deshalb, weil es für uns gilt, die Republik zu erhalten gegenüber den Angriffen, die immer stärker von rechts hergekommen sind.

Ich glaube nicht, daß die Bäume der Monarchisten in Deutschland in den Himmel wachsen werden. Die Frage der Staatsform ist eine innerdeutsche Angelegenheit, das können wir theoretisch ruhig zugeben, aber praktisch liegen die Dinge so, daß nach den Erfahrungen des Weltkrieges ganz Europa und auch Amerika nicht dulden würde, daß die Hohenzollern wieder auf den Thron zurückkommen. Sie haben nicht einmal das verstorbene Karlchen in Budapest auf den Thron zurückkommen lassen. Wir müssen verhindern, daß die Republik zu einer Atztrappe wird, und ich fürchte vielmehr, daß unsere Industriellen und Landbündler eines Tages großen Gefallen an der Republik finden könnten, wenn wir nicht verhindern, daß diese Republik immer mehr zu einer Selbstadrepublik wird. Ich glaube auch, daß wir innerpolitisch in der Lage sind, die Macht zur Verteidigung der Republik aufzubringen. Aber rein taktisch gesehen, wollen wir uns auch darüber klar sein, daß wir die deutsche Republik nicht allein mit Demonstrationen erhalten können, sondern auch — das war die Auffassung der Fraktion bei vielen Fragen — dadurch unterstützen müssen, daß wir es den Republikanern ermöglichen, in der Republik zu arbeiten.

Was beim Beamtenabbau geschehen ist, war schlimm, aber es geschah zum großen Teil zu einer Zeit, wo die Sozialdemokratie in der Regierung nicht mehr vertreten war. (Zuruf: Das Wachstum der Reaktion in Bayern während unserer Regierungszeit!) Ich glaube, daß während unserer Regierungszeit die Reaktion nicht so gewachsen ist wie zu der Zeit, als wir nicht mehr drin waren. (Sehr richtig!) Ich glaube, daß unter der Regierung Knilling die Reaktion gewachsen ist. (Zuruf: Während wir in der Reichsregierung waren!) Ich komme auf den Punkt noch zurück und werde, wenn ich über den Austritt aus der Regierung rede, auch auf die bayerischen Verhältnisse eingehen.

Bei dem Viel-Parteiensystem in Deutschland ist es sehr schwer, das zu treiben, was man eine stetige Politik nennt. Wir können in dieser Beziehung auch von unseren Gegnern lernen. Als die Deutschnationalen jetzt gierig darauf gewesen sind, in die Reichsregierung hineinzukommen, haben sie bei den Verhandlungen mit den Mittelparteien das Verlangen gestellt, daß in den fünf größten Ländern eine der Reichsregierung homogene Regierung gebildet werden sollte. Sie wußten, von welchem Werte das war. Wir haben leider, als wir

in der Regierung waren, ähnliche Forderungen nicht gestellt, sondern die Entwicklung den einzelnen Ländern überlassen. Ich bin der letzte, der unseren sächsischen und thüringischen Genossen Vorwürfe machen will, daß sie, rein verfassungsmäßig gesehen, den Versuch gemacht haben, mit den Kommunisten zusammen eine Regierung zu bilden. Verfassungsmäßig hatten sie dazu das Recht, aber politisch war es das Unklugste, was sie tun konnten. Nicht zuletzt hat die bayerische Reaktion daraus Nutzen gezogen. Dadurch, daß man den Versuch gemacht hat, mit den Kommunisten die Regierung zu bilden, ist das Bürgertum zusammengeschweisst worden, was sonst nicht in demselben Maße eingetreten wäre. (Widerpruch.) Karl Marx hat uns auseinandergesetzt, daß das Bürgertum keine einheitliche reaktionäre Masse ist. Das gilt heute noch mehr als damals. Wenn wir praktische Politik treiben wollen, müssen wir alles vermeiden, was unsere eigenen politischen Zirkel stören könnte.

Ueber den Fall Zeigner sage ich nur den einen Satz: Wenn Zeigner deutsch-national gewesen wäre, wäre er wahrscheinlich vor Gericht besser davongekommen. (Sehr richtig!) Aber es muß zugegeben werden, daß die Aera Zeigner eine Schädigung der Republik bedeutet hat (sehr wahr! — Widerspruch), rein politisch gesehen muß gesagt werden, daß Zeigner alles zum politischen Führer fehlte. Ich glaube, ich habe darüber ein Urteil. Ich erinnere an jene Nacht, wo ich mit Zeigner, Sollenmann und Radbruch eine Konferenz in der sächsischen Gesandtschaft hatte und Zeigner uns immer wieder gefragt hat, als wir die Politik darzulegen versuchten: „Warum sagt man uns das nicht?“ Dabei handelte es sich um Dinge, über die er längst Bescheid wissen mußte. Zeigner ist politisch absolut haltlos gewesen. Das kann niemand bestreiten. Ich will darauf nicht weiter eingehen, weil Zeigner sich hier nicht verteidigen kann, aber rein sachlich und objektiv will ich feststellen, daß die Aera Zeigner kein Nutzen, sondern ein Schaden für die deutsche Republik gewesen ist. (Sehr richtig!)

Dann ist vorhin in einem Zwischenruf auf Bayern hingewiesen worden. Bezüglich Bayern haben wir verlangt, daß das Notwendige geschieht. Als es nicht geschah, sind unsere Genossen aus der Reichsregierung ausgetreten. (Lachen.) Ich glaube, eine schärfere Opposition gegenüber einer Reichsregierung kann man nicht ausüben, als daß man die Regierung verläßt. Nun wird auf die Mittel, die das Reich anzuwenden hatte, hingewiesen. Es wird dabei teils an militärische, teils an ökonomische Mittel gedacht. Wir haben damals unsere Ratsschlüsse gegeben. Wir konnten uns aber darüber nicht täuschen, daß sämtliche bürgerlichen Parteien nicht bereit gewesen sind, das zu tun, was sie in ihrer Sprache das 66-Spielen genannt haben. Die Folge war, daß, als wir aus der Regierung ausgetreten waren, übrig blieb der Kampf gegen Sachsen und Thüringen, der Kampf, der dem großen Publikum gegenüber als der Kampf gegen den Kommunismus auftritt wurde. Aber wir dürfen eins nicht aus den Augen lassen, was in den Verhandlungen eine große Rolle gespielt hat. In einem Punkt hat die Reichsregierung recht behalten. Durch die Taktik, die sie eingeschlagen hat, hat sie verhindert, daß der bayerische Brand auf Norddeutschland übergriff. Ich brauche nur an den Rüsttriner Prozeß zu erinnern. Wir haben auch aus andern Prozessen gesehen, wie damals die Fäden von München nach Norddeutschland gespannt gewesen sind. Die Regierung stand auf dem Standpunkt, daß es richtig wäre, den bayerischen Herd ausbrennen zu lassen. Wir können feststellen, daß besonders durch die Tätigkeit von Ludendorff eine Wendung in der bayerischen Politik eingetreten ist, wie wir uns überhaupt freuen dürfen, wenn Ludendorff seine Hände im Spiele hat. Bisher ist alles schief gegangen, wenn er dabei war, und ich hoffe, daß sich das auch in der politischen Bewegung zeigen wird. Es ist interessant gewesen, daß die

Bayerische Volkspartei, die die ganze Zeit mit den Rechtsparteien zusammen den schärfsten Kampf gegen uns geführt hat, jetzt bei den Entscheidungen der letzten Tage sich für die Erfüllungspolitik erklären mußte, d. h. für die Politik, die gerade von München aus immer am schlimmsten angefeindet war.

Noch einige Bemerkungen zu dem, was gegen die Haltung der Fraktion während der Regierung Cuno angeführt worden ist. Es wurde uns der Vorwurf gemacht, daß wir diese Regierung der Nichterfüllung unterstützt hätten. Ich will nicht die Frage aufwerfen, ob der Einmarsch ins Ruhrgebiet auch erfolgt wäre, wenn die Regierung Wirth nicht gestürzt worden wäre und in der Regierung Cuno die Lebensmöglichkeit genommen worden wäre. Wahrscheinlich hätten die Herren vom bloc national, die damals in Frankreich regierten, auch dann den Weg ins Ruhrgebiet gefunden, weil sie glaubten, so bei den Wahlen besser abzuschneiden. Das entlastet aber diejenigen nicht, die den Franzosen den Vorwand geliefert haben. Es war interessant, daß wenige Monate vor seinem Tode Hugo Stinnes in einer Ausschussung im Reichstag sich beschwert hat, daß man wegen des Mangels an Telegraphenstangen und Kohlenlieferungen den Franzosen den Vorwand zum Einmarsch gegeben hätte, also dieselbe Behauptung aufgestellt hat, die wir früher aufgestellt haben. Die Franzosen waren rechtswidrig einmarschiert. Die Hauptleidtragenden waren die Arbeiter, die Angestellten, die Eisenbahner. Wir waren damals mit unserer Haltung im Einklang mit dem, was uns von den organisierten Genossen des neu besetzten Gebietes vorgetragen wurde. Sie waren die Träger des passiven Widerstandes und hatten daher ein Anrecht darauf, daß wir sie unterstützten. Die Art, wie der passive Widerstand im Ruhrgebiet geübt worden ist, hat in Europa für Deutschland moralische Eroberungen mit sich gebracht. (Sehr richtig!) Das deutsche Volk besteht doch nicht aus Hunden, die einfach kuchen, wenn Unrecht am deutschen Volke geübt wird. (Sehr richtig!) Daß die Arbeiterschaft dafür nicht belohnt worden ist, haben wir gesehen.

Ich glaube, auch politisch hat unsere Haltung während dieser Zeit dem deutschen Volke Nutzen gebracht. Wir können feststellen, daß wenn in dieser schweren Zeit, wo infolge des Verhaltens der Franzosen die nationalistische Wellen hochgingen, der passive Widerstand nicht in einen aktiven ausgeartet ist, das ein Verdienst der Sozialdemokratischen Partei ist. Als ich Helferlich im Reichstage einmal vorgeworfen habe, daß er eigentlich der Hauptredakteur für die Regierung Cuno gewesen sei und verantwortlich sei für die Tat- und Unterlassungssünden, hat er mir geantwortet, er habe oft den Eindruck gehabt, daß ich die Klinke der Reichskanzlei kaum aus der Hand gegeben hätte, ehe er dort eingetroffen war. Selbstverständlich konnten wir unter Cuno nicht alles durchsetzen, weil wir nicht zum letzten bereit waren, weil wir nicht in die Regierung Cuno eintraten, aber auch, weil die Mehrheit der Fraktion nicht gewillt war, in eine Regierung einzutreten, die die Regierung Cuno ablösen sollte und die Aufgaben hatte, die ich bereits skizziert habe. Es ist müßig, die Frage aufzuwerfen, ob es möglich gewesen wäre, den Ruhrkampf früher zu liquidieren, wenn die Sozialdemokratie früher bereit gewesen wäre, die Regierung der großen Koalition zu machen. So hat im April schon die Reichsregierung zugegeben, daß der deutsche Widerstand seine höchste Kurve erreicht hatte und daß die französischen Verlegenheiten auf der niedrigsten Kurve angelangt waren. Ich möchte aber auch darauf hinweisen, daß wir in dieser Zeit uns immer wieder Mühe gegeben haben, mit unseren sozialistischen Genossen des Auslandes eine gemeinsame Plattform für die Lösung der Reparationsfragen zu finden. Es ist uns gelungen, diese Plattform zu finden, und wir haben der Regierung ihren Inhalt mitgeteilt. Wir haben auch immer auf die bürgerlichen Parteien Einfluß auszuüben versucht, damit sie für unsere Lösung eintreten. Ich stelle

fest, daß am Schluß der Konferenzen mit den englischen, französischen, belgischen und italienischen Sozialisten Einmütigkeit darüber war, daß das der Weg wäre, um zu versuchen, für die internationale Arbeiterklasse einen Fortschritt zu erreichen. Soviel über die Zeit, in der wir der Regierung Cuno die Lebensmöglichkeit gegeben haben, bis wir schließlich den Sturz dieser Regierung veranlaßt haben.

Dann ist eine Periode gekommen, wo an der Haltung der Fraktion schwerste Kritik geübt worden ist, in der dem ersten Ministerium Stresemann der Vorwurf gemacht wurde, daß es nicht schnell genug die Sanierung der Währung durchgeführt hätte. Ich habe mir immer Mühe gegeben, diejenigen zu widerlegen, die mit solchen Vorwürfen gekommen sind. Ich sage auch heute, die Vorwürfe, die damals Hilferding gemacht worden sind, sind zu Unrecht gemacht worden. Eine Sanierung der Währung war nicht möglich, solange die großen Zahlungen nach dem Ruhrgebiet gegangen sind.

Auf den Streit um die große oder kleine Koalition will ich nicht näher eingehen. Die kleine Koalition ist nach dem Ergebnis der Wahlen erledigt. Die große Koalition ist auch erledigt, weil mit einer Stimme Mehrheit gegenüber der Opposition von rechts und links nicht regiert werden kann. Aber ich muß mich wundern, wenn immer wieder Anträge kommen, die sich gegen jede Koalition wenden und keinen Unterschied zwischen der Koalition im Reich und in den Ländern machen. Wenn es der Reaktion gelingen sollte, den Rechtskurs auch in Preußen durchzuführen, dann werden Sie sehen, was die Regierung, in der wir sitzen, für Preußen und das ganze Reich bedeutet. (Sehr richtig!) Ich glaube, daß gerade dieses System, das mit dem Namen Severing verknüpft ist, das System der Zusammenfassung der demokratischen Mittelparteien zu gemeinsamer Arbeit mit der Sozialdemokratie, das System ist, unter dem die Durchführung der Demokratie in Deutschland gewährleistet werden kann, aber nicht die Theorie des Alles oder Nichts (sehr richtig!), die für die Theologen viel besser paßt als für die Politiker. (Sehr richtig! — Heiterkeit.) Als man in Weimar der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Vorwürfe machte, daß durch diese Koalition die Sozialdemokratie eine Position nach der anderen geräumt hätte, habe ich darauf hingewiesen: ihr werdet Koalitionspolitik in Thüringen machen, oder alle Positionen räumen, die ihr bisher bezogen habt, Wir haben dort einen Trümmerhaufen und brauchen nicht danach zu streben, daß in Preußen ähnliche Zustände herbeigeführt werden, wie wir sie in Sachsen haben und vermutlich in Württemberg bekommen werden.

Wenn die große Koalition ihre Politik nicht durchführen konnte, so hauptsächlich deshalb, weil damals eine schnelle Sanierung der Finanzen notwendig war und die bürgerlichen Parteien der Auffassung waren, daß diese Sanierung nur nach ihrem Rezept möglich war. Wir haben uns gegen den Lohnabbau gewandt und dagegen, daß die Sanierung durch eine Entlastung des Reiches von sozialen Aufgaben erfolgen sollte, auch daß sie auf Grund der Verlängerung der Arbeitszeit erfolgen sollte. Es ist uns damals gesagt worden, daß die Sozialdemokratie als die Partei der Minderbemittelten, der Arbeiter, Angestellten und Beamten, so viel Hemmungen hat, daß sie das Sanierungsprogramm der Mittelparteien nicht durchführen kann. Der Grund, warum man uns damals aus der Regierung verdrängt hat, ist schließlich ein Kompliment für die Politik, die wir in dieser schweren Situation getrieben haben.

Die Sanierung, die von bürgerlicher Seite vorgenommen wurde, konnte viel besser in einer früheren Zeit vorgenommen werden. Wir Sozialdemokraten haben immer auf die Notwendigkeit dieser schnellen Sanierung hingewiesen. Wir können heute an den Görtz'schen Parteitagbeschuß erinnern, der gefaßt wurde, weil man die Hoffnung hatte, daß in den bürgerlichen Kreisen die Ein-

sicht so groß wäre, daß durch ein großes Opfer die Sanierung der Finanzen erfolgen könnte. Als wir von Görtz zurückkamen und mit den bürgerlichen Parteien verhandelten, ist uns von allen bürgerlichen Parteien gesagt worden: Was ihr wollt, ist an sich richtig, aber es kann nicht durchgeführt werden, ehe nicht endgültig feststeht, was wir an Reparationszahlungen zu leisten haben. Dieses Argument war falsch. Inzwischen ist der Sachverständigenbericht herausgekommen und wir wissen heute noch nicht, was wir endgültig zu zahlen haben, und trotzdem ist eine Sanierung unserer Finanzen auf dem Wege der Rentenmark gelungen, die viel leichter möglich gewesen wäre, als Wirth die internationalen Sachverständigen nach Berlin geladen hatte, zu einer Zeit, als wir noch 500 Millionen Goldmark mehr in der Reichsbank hatten. Die bürgerlichen Parteien glaubten die Verantwortung für die Sanierung übernehmen zu müssen. Sie hatten dazu nicht die Mehrheit und verlangten deshalb Ermächtigungsgesetze. Das erste derselben wurde bewilligt, als wir in der Regierung Stresemann waren. Bei der Kritik der Ermächtigungsgesetze sollten wir nicht vergessen, daß die Rentenmark ein Kind des Ermächtigungsgesetzes Nr. 1 ist. Wer die Verhandlungen im Steuerauschuß des Reichstages verfolgt hat, weiß auch, daß, wenn diese Verordnung über die Rentenmark auf dem normalen Wege der Gesetzgebung durchgebracht werden sollte, sie schließlich auch zu spät gekommen wäre, weil dann alle möglichen Hemmungen sich geltend gemacht hätten, da große Meinungsverschiedenheiten vorhanden waren. Es gab Praktiker und Finanztheoretiker, ich erinnere an Schacht und Rabethge, an den Demokraten Fischer, die der Auffassung waren, daß man direkt auf eine Goldnole zusteuern sollte. Wir haben damals durchgesetzt, daß in das erste Ermächtigungsgesetz die Bestimmung aufgenommen wurde, daß es in dem Augenblick fiel, wo eine anderweitige parteipolitische Zusammensetzung der Regierung kam. Die rechtsstehenden Parteien wollten erst nicht heran. Sie behaupteten, daß in der Verfassung Worte wie „parteipolitische Zusammensetzung“ nicht vorkämen. Wir haben uns damit doch durchgesetzt, und als wir dann aus der Regierung Stresemann ausgetreten waren, fiel damit auch das erste Ermächtigungsgesetz.

Dann kam die Regierung Marg. Diese verlangte von neuem ein Ermächtigungsgesetz. Um dieses Gesetz sind in der Partei heftige Kämpfe entstanden. Ich gehörte zu denjenigen, die der Auffassung waren, daß man dieses zweite Ermächtigungsgesetz nicht geben sollte. Ich bin der Ueberzeugung, daß man einer Regierung die weitestgehenden Vollmachten geben kann, wenn man selbst in der Regierung ist und sie von innen heraus kontrollieren kann. Der Fall war aber nicht mehr gegeben, und wir konnten damals auch nicht wieder in die Regierung eintreten. Ich war auch der Auffassung, daß, wenn es zur Auflösung gekommen wäre, wir als Sozialdemokratische Partei nicht schlecht abgeschnitten hätten, denn wir hätten nicht die Verantwortung für die Maßnahmen gehabt, die dann auf Grund des Art. 48 der Verfassung gekommen wären. Aber gerade weil ich zur Minderheit gehört habe, fühle ich mich verpflichtet, die Gründe darzulegen, die die Mehrheit gehabt hat, auch diesem Ermächtigungsgesetz schließlich zuzustimmen. Es war nicht etwa Furcht vor der Auflösung, die die Beschlüsse diktiert hatte, obwohl eine Auflösung und Wahlen im Winter nicht zu den Unnehmlichkeiten gehört hätten.

Zwei Gründe machte die Mehrheit für sich geltend. Sie sagte sich: Praktisch wird nichts gebessert, wenn wir das Ermächtigungsgesetz ablehnen, denn in den acht bis zwölf Wochen, die vergehen werden, bis eine neue Regierung gebildet wird, wird die Regierung einfach alles mit Art. 48 durchführen, was sonst auf Grund des Ermächtigungsgesetzes und im Verordnungswege durchgeführt würde; für das Proletariat wäre also nichts gebessert gewesen.

Es ist gesagt worden, ob nicht vielleicht, wenn wochenlang allein auf Grund des Art. 48 regiert würde, Verordnungen herauskommen würden, die nicht herausgekommen wären, wenn auf Grund des Ermächtigungsgesetzes regiert und jede einzelne Verordnung zur Begutachtung einem Reichstagsausschuß vorgelegt wurde. Wir hatten bereits im letzten Reichstag einen Antrag eingebracht, der ein Gesetz zur Ausführung des Art. 48 verlangt. Der Antrag wurde wegen der Auflösung nicht mehr verabschiedet. Wir haben ihn im neuen Reichstag wieder eingebracht, weil die Grenzen abgefeilt werden müssen, in denen auf Grund des Art. 48 der Verfassung regiert werden kann.

Der Grund, daß praktisch für die Arbeiterklasse nichts gebessert worden wäre, war für die Mehrheit der Fraktion aber nicht entscheidend. Die Mehrheit der Fraktion sagte sich, daß die neue Rentenmark eben erst ins Leben treten sei und daß diese Währung ein sehr zartes Pflänzchen sei, daß, wenn es zur Auflösung komme und außen- und innenpolitisch Stürme in Deutschland kommen würden, die Rentenmark stark beeinträchtigt würde. Diejenigen, die meinen, daß die Mehrheit der Fraktion nicht das Richtige getroffen hat, müßten zugeben, daß sie von Gründen geleitet war, die in der Linie des Interesses der Arbeiterklasse lagen. Unsere Währung hat sich inzwischen gehalten. Aber die amerikanischen Sachverständigen in Berlin haben dem Finanzminister Luther die Frage vorgelegt, wie lange nach seiner Meinung die Rentenmark sich noch halten könne. Auch Finanzsachverständige, die unserer Partei nahe standen, hatten prophezeit, daß die Rentenmark sich nur wenige Monate halten könne. Erfreulicherweise hat dieser Pessimismus in der Praxis keine Rechtfertigung gefunden.

In verschiedenen Wahlkreisen sind in Bausch und Bogen diejenigen Abgeordneten abgesetzt worden, die sich für die Ermächtigungsgesetze ausgesprochen haben. Sie werden nach meiner Darstellung eine Berechtigung für solche Anträge nicht anerkennen. Aber es ist hohe Zeit, daß solchen Anträgen in unserer Partei ein Ende gemacht wird. (Sehr richtig!) Wenn solche Methoden im politischen Kampf einreisen sollten, werden nur Heuchler und Gesinnungslumpen gezüchtet. (Lebhafte Zustimmung.) In einer Zeit, wo der Schwerpunkt der politischen Arbeit im Parlament liegt, brauchen wir mehr als je Charaktere im Parlament. (Lebhafte Beifall.) Charaktere werden aber durch solche Methoden nicht erzogen.

Nun noch einige Bemerkungen über das, was unser Freund Broudère gestern über den Achtstundentag gesagt hat. Wir Sozialdemokraten waren der Lieberzeugung, daß das Neueste getan werden muß, den Achtstundentag zu verteidigen. Er ist eine Errungenschaft der Revolution. Ausnahmen vom Achtstundentag hat es, wie auch in anderen Ländern, immer gegeben. Unsere Absicht war, diese Ausnahmen auf tariflich und gesetzlich festzusetzende zu beschränken. Damit gingen wir zugunsten der Arbeiterklasse über das hinaus, was in der Wirth-Note vom November 1922 den alliierten Regierungen mitgeteilt worden war. Der Achtstundentag war auf Grund von zwei Demobilisierungsverordnungen der Volksbeauftragten erlassen. Als die Sozialdemokraten die Regierung Stresemann verlassen hatten, hat der Reichsarbeitsminister Brauns am 17. November 1923 die Demobilisierungsverordnungen über die Arbeitszeit der Arbeiter und Angestellten aufgehoben. Das Kabinett hatte es damit sehr eilig. In der Drucksache, die dem Reichstag zugeht, war der 30. November als Aufhebungstag genannt. Das Kabinett hat daraus in letzter Minute den 17. November gemacht und dadurch die sofortige Aufhebung bewirkt.

Als wir im Ermächtigungsausschuß die Verordnung vorgelegt bekamen, haben wir sofort verlangt, daß die Demobilisierungsverordnungen über die Arbeitszeit wieder in Kraft gesetzt werden sollten. Dieser Antrag ist von sämt-

lichen bürgerlichen Parteien niedergestimmt worden. Nach Ablauf der Demobilisierungsverordnung war für die erwachsenen männlichen Arbeiter ein besonderer Arbeiterschutz überhaupt nicht mehr da, so daß jede Verordnung über die Regelung der Arbeitszeit gegenüber diesem Zustande der Willkür einen Fortschritt bedeutete. Das hat uns nicht veranlaßt, die Verordnung kritisch hinzunehmen, sondern wir haben Verbesserungsanträge gestellt, von denen einige angenommen wurden. Die Anträge kamen aber wegen der Reichstagsauflösung im Plenum nicht mehr zur Beratung. Wir haben als Partei keinen Zweifel darüber gelassen, daß mit Ablauf der Demobilisierungsverordnungen der Kampf um den Achtstundentag nicht beendet ist. Die Gewerkschaften, mit denen wir uns beraten haben, erwägen zurzeit, auf welchem Wege am besten unter den gesetzlichen und parlamentarischen Voraussetzungen der Volksentscheid über den Achtstundentag herbeigeführt werden kann. Die Gewerkschaften wünschen wegen des eminent gewerkschaftlichen Interesses dieser Frage, daß die Führung dieses Kampfes, soweit der Volksentscheid in Frage kommt, bei den Gewerkschaften liegt. Wir können diese Gründe anerkennen. Für die sozialdemokratische Presse bleibt oberste Pflicht, mit allen Kräften diesen beginnenden Kampf zu unterstützen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird im Parlament die notwendige Unterstützung zu leisten haben.

Ich glaube, nachgewiesen zu haben, daß wir das Richtige verlangt haben und die Erkenntnis für die Notwendigkeiten gehabt haben. Wenn wir nicht überall nach Wunsch durchgedrungen sind, so trägt nicht die Minderheit die Schuld, sondern das geschlossene Vorgehen unserer Gegner.

Ich habe einige vierzig Versammlungen im Wahlkampf abgehalten. Wer die Haltung unserer Reichstagsfraktion den Wählern ruhig und objektiv darlegt und sich hütet, schädliche Illusionen zu wecken, wird bei den Massen der deutschen Arbeiterklasse auch das notwendige Verständnis finden. (Sehr richtig!) Unter dem parlamentarischen System haben wir es oft schwerer, aktuelle politische Probleme den Wählern klarzumachen als früher, wo wir, weil die anderen uns nicht mitarbeiten ließen, in der reinen Linie der Agitation gestanden haben.

In der Agitation ist uns, auch von den Kommunisten, vorgeworfen worden, daß die Sozialdemokratie nicht das Notwendige zur Beseitigung des Belagerungszustandes in Deutschland getan hätte. Demokratie und Belagerungszustand sind keine absoluten Gegensätze. Kein anderer als Bebel hat oft an das „Videant consules“ der alten Römer erinnert. In den schweren Zeiten der römischen Republik hat man sich trotz Demokratie nicht geschert, den Konsuln besondere Vollmachten zu geben. Praktische Erfahrungen in Deutschland haben uns gezeigt, daß in der Republik von heute der Erlaß des Belagerungszustandes eine zweischneidige Sache ist. Auch wenn der Belagerungszustand aus anderen Motiven erlassen war, hat er sich oft gegen die Arbeiterklasse ausgewirkt. Fortwährend haben wir Beschwerden über Schritte zu führen gehabt, die unter dem Belagerungszustand auch gegen die sozialdemokratischen Organisationen und Parteiblätter erfolgten. Ich denke dabei nicht nur an Thüringen und Sachsen, sondern auch an Mecklenburg und Lübeck. Die Militärs sind überall, nicht bloß bei uns, unpolitisch und haufen gewöhnlich wie der Stier im Porzellanladen, wenn sie gewisse Machtvollkommenheiten bekommen haben.

Wenn man uns den Vorwurf gemacht hat, daß wir nicht schnell genug für die Aufhebung des Belagerungszustandes gesorgt hätten, so möchte ich an folgendes erinnern. Wir müssen uns auch über die Folgen einer eventuellen Ablehnung eines solchen Antrages klar sein. Zu gegebener Zeit hatten sogar die Kommunisten für diese Beweisführung Verständnis, als ich einmal mit ihnen die Abmachung traf, daß ein Antrag auf Aufhebung des Belagerungszustandes nicht sofort zur Abstimmung kam, sondern zunächst an den Rechtsausschuß ver-

wiesen wurde, damit eine sofortige Ablehnung im Parlament vermieden würde. Eine Ablehnung würde nur die Militärs in der Ausübung des Belagerungszustandes bestärkt haben, weil sie sich geradezu darauf hätten berufen können, daß das demokratische Parlament des Deutschen Reiches ihnen das Recht gegeben habe, so zu verfahren, wie sie tatsächlich verfahren sind. Diese taktischen Gesichtspunkte waren für uns mit maßgebend. Wir wollten keine verstärkte Legalität des Belagerungszustandes haben. Deswegen haben wir nicht in jeder Situation darauf bestanden, daß von uns solche Anträge gestellt wurden und zur Verabschiedung kamen.

In der kurzen zur Verfügung stehenden Zeit konnte ich nur einen kurzen Auschnitt der Tätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion geben. Ich bestreite aufs entschiedenste, daß die Politik, die wir in den letzten Jahren getrieben haben, schuld an der sogenannten Niederlage der Sozialdemokratischen Partei ist. Wir hatten am Schluß der Session 171 Abgeordnete im Reichstag. Ich habe unter den Mitgliedern des Parlaments keinen gefunden, der uns mehr als 120 im neuen Reichstag zugesprochen hätte. Seit der unseligen Spaltung von Halle sind leider starke Arbeitermassen in das Lager der Kommunisten übergegangen. Wir hatten auch Kenntnis von den besonderen Verhältnissen in Rheinland und Westfalen. Auch früher haben wir schon solche parlamentarischen Schlappen erlebt. Im Jahre 1907 ist die sozialdemokratische Fraktion von 81 auf 46 zurückgegangen. (Zuruf: Nicht die Stimmen!) — Gewiß, aber damals hatten wir auch keine Partei links neben uns. Ich weiß, daß nicht alle Stimmen bei den Arbeiterparteien bleiben. Das liegt nicht zuletzt an dem Bruderkampf, den die kommunistische Partei seit Jahren gegen uns führt. Die sozialdemokratische Partei hat sich durch parlamentarische Schlappen früher nicht im geringsten beirren lassen, auf dem Wege, den sie einzuschreiten für notwendig hält, fortzugehen. Ich habe noch mit den Alten zusammen seit Jahren im Parteivorstande gearbeitet. Damals hatten wir andere Gelegenheit, jede einzelne politische Handlung bis ins kleinste vorzubereiten. Wir sind in einem halben Jahre damals nicht vor so viel Verantwortung gestellt worden, die wir seit der Revolution oft in einer einzigen Woche tragen mußten, wo wir oft zu einer sofortigen Entscheidung in der schwierigen politischen Situation gezwungen gewesen sind.

Weil so gern an die Zeit der Alten erinnert wird, möchte ich sagen, daß die Führer und die Massen vor allem in einem Punkte an den Alten sich ein Vorbild nehmen möchten: sie möchten nicht kleinmütig werden und nie den Glauben an ihre große historische Mission verlieren. (Sehr richtig!) Das hat uns nach 1907 und bei anderen ähnlichen Fällen, auch in den Zeiten des Sozialistengesetzes, immer wieder über die Schwierigkeiten hinweggeholfen. Wenn wir in diesem Glauben an ein besser zu unterrichtendes Volk appellieren, dann werden wir auch künftig Siege vorbereiten können. Wenn wir uns nicht selbst aufgeben, wenn wir uns die Treue halten, so werden wir neue Siege vorbereiten können. (Lebhafter Beifall.)

Der Vorsitzende **Dittmann** vertagt hierauf nach kurzen geschäftlichen Mitteilungen die Sitzung auf nachmittags 3 Uhr.

Schluß der Sitzung 1 Uhr 20 Minuten.

Nachmittags-sitzung.

Vorsitzender **Dittmann** eröffnet die Sitzung und erteilt zunächst das Wort zum Bericht der Mandatsprüfungskommission.

Berichterstatter **Dr. Edstein-Breslau**: Die Mandatsprüfungskommission erstattet folgenden Bericht. Auf dem Parteitag sind 400 Genossinnen und Genossen

anwesend. Davon sind gewählte Delegierte 285, Mitglieder des Parteivorstandes: 19, des Parteiausschusses: 48, der Kontrollkommission: 9, der Reichstagsfraktion: 18, Mitglieder der Organisationskommission, die sonst nicht irgendwie ein Anwesenheitsrecht auf dem Parteitage haben, 5, ein Referent, 7 Vertreter von Parteiministationen und 8 ausländische Gäste.

Von Parteiministationsvertretern sind anwesend: 1 Vertreter der Geschäftsleitung des „Vormärts“, 1 Vertreter der Arbeiterjugend, 1 Vertreter des Bildungsausschusses, 1 Vertreter der Jungsozialisten, 1 Vertreter der Beamtenzentrale, der Redaktor des *PK*, 1 Vertreter des Verlages Diez, 1 Vertreter der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer.

Die Kommission hat keine Mandate zu beanstanden gehabt. Sie bitte nur, daß die Bezirksorganisationen die Protokolle über die Wahl der Delegierten etwas klarer abfassen, so daß nicht, wie es gewesen ist, der Anschein der Notwendigkeit einer Beanstandung entsteht.

Sachliche Beanstandungen sind nicht erfolgt. Die Mandatsprüfungskommission beantragt daher, sämtliche Mandate für gültig zu erklären.

Der Vorsitzende **Dittmann** stellt hierauf ohne Widerspruch fest, daß sämtliche Mandate vom Parteitag für gültig erklärt sind.

Es wird beschloffen, vor der Aussprache über die in der Vormittags-sitzung erstatteten Berichte noch zwei kurze Ergänzungsberichte zum Vorstandsbericht entgegenzunehmen, einen Bericht des Bildungsausschusses und einen Bericht der Programmkommission.

Heinrich Schulz-Berlin als Berichterstatter des Zentral-Bildungsausschusses: Genossinnen und Genossen! „Ganz spät, nachdem die Teilung längst geschehen, naht der Poet.“ Dieses Wort mahrender Resignation hat leider heute noch die gleiche Bedeutung wie zu Schillers Zeiten. Im verfloffenen Jahre hat es eine höhere Bedeutung gehabt als je zuvor. Erst muß der Mensch zu essen und zu trinken haben, erst muß er Schuhe an den Füßen und ein Dach über dem Kopf haben, ehe er sich um Kulturangelegenheiten bekümmern kann! So spricht der Einzelnen, so sprechen auch die Menschen in ihren verschiedenen sozialen Verbundenheiten. Das Wort ist an sich begrifflich, aber nicht ohne weiteres richtig. Die Kultur ist nicht nur eine schöne Feder am Hute des Menschen, nicht nur ein Schnörkel in den Programmen politischer Parteien, sie muß als Lebensnotwendigkeit empfunden werden. Die Kultur ist auch nicht nur eine Sache der materiellen Mittel, obwohl es leichter ist, Kultur auf der Grundlage solider wirtschaftlicher Mittel zu pflegen. Wichtiger als die wirtschaftlichen Mittel ist die Einsicht in die Notwendigkeit der Kultur und der Wille zur Kultur. Der kaiserliche Obrigkeitsstaat hätte die Mittel zur Kultur in Hülle und Fülle gehabt, aber er hatte nicht den Willen. Die junge Republik hatte den Willen, in den ersten Jahren stärker als später, aber ihr fehlen die Mittel. Immerhin war es dem armen Deutschen Reich selbst in der schweren Inflationszeit des vergangenen Jahres möglich, die wichtigsten Kulturaufgaben mit schwachen Mitteln zu fördern, und auch die freien Verbände der Kultur, auch unsere sozialistischen Bildungs- und Jugendverbände sind durch diese bescheidenen Hilfen am Leben erhalten worden.

Andererseits sind Kräfte an der Arbeit, und je weiter wir uns vom November 1918 entfernen, um so stärker sind diese Kräfte, die dem Reich die Mitarbeit an den Kulturaufgaben des deutschen Volks verwehren möchten und alles zur Angelegenheit der Länder machen möchten. Bei aller Achtung vor den Stammeseigentümlichkeiten und den Kulturleistungen der Länder in der Vergangenheit möchte ich doch aussprechen, daß es doch auch eine deutsche Wissenschaft, eine deutsche Kunst, eine deutsche Kultur gibt. Ich begrüße es daher, wenn die deutsche Sozialdemokratie sich immer wieder mit Nachdruck zum Einheits-

gedanken auch auf kulturellem Gebiete bekennt und ich bitte unsere Genossen in den Ländern, in diesem Sinne tätig zu sein und dem Reich in kultureller Beziehung zu lassen, was ihm zukommt. Die Weimarer Verfassung überweist dem Reich eine Reihe wertvoller Aufgaben, besonders auch auf dem Schulgebiet. Ich sehe in dieser Beziehung trübe in die Zukunft, gerade im Hinblick auf die stärker gewordenen partikularistischen Kräfte im Reich. Es bedarf eines entschlossenen Willens der deutschen Sozialdemokratie, wenn sie hier Entwicklungen, die rasch voranschreiten, zum Stillstand bringen will.

Wie ist die Partei selbst mit den Kulturaufgaben fertig geworden? Vor dem Krieg war überall reges Leben; während des Krieges wurde unter den schwierigen Verhältnissen mit schwachen Mitteln geleistet, was möglich war; nach dem Kriege sind wir wieder allgemein an der Arbeit, zerrissene Fäden wieder anzuknüpfen, neue Fäden neu zu knüpfen. Aber die Notwendigkeit zur kulturellen Betätigung der Parteigenossen wird nicht überall in gleichem Maße erkannt. (Sehr richtig!) Wo eine klare Erkenntnis dafür und der entschlossene Wille vorhanden ist, geht es auf dem Gebiete kultureller Betätigung voran. In solchen Bezirken, in denen das kulturelle Leben der Partei auf der Höhe steht, steht aber auch das allgemein politische Leben der Partei auf besonderer Höhe; vermehrte Einsicht in kulturelle Notwendigkeiten lehrt auch vermehrte Einsicht in die Aufgaben und Notwendigkeiten parteipolitischer Betätigung.

Etwasem Jögern und Schwanken, das sich hier und da etwa zeigt, sollte das Bekenntnis des Parteitag zur Kulturpolitik abhelfen.

Wir können aber mit den alten Mitteln und Methoden auf diesem Gebiet nicht weiter kommen. Unsere Jugendbewegung erobert sich täglich neue Gebiete, innerlich und äußerlich. In der jungsozialistischen Bewegung ringen neue Kräfte nach Gestaltung. Jugendbewegung, Volksbildung, Studentenbewegung und sonstige gemeinsame kulturelle, wissenschaftliche, künstlerische Beziehungen mit dem geistigen Deutschland dürfen nicht mehr verloren gehen. Nichts wäre gefährlicher für die deutsche Sozialdemokratie und den Sozialismus, als wenn sich, wie es schon zweimal in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie zu verzeichnen war, das geistige Deutschland nicht mehr verloren ginge. Ebenso bedarf die wissenschaftliche und künstlerische Arbeit der Anregung und Befruchtung durch sozialistische Erkenntnisse und Kräfte. Auf diesem Gebiet sind wertvolle Anfänge gemacht worden. Ich freue mich besonders der Bemühungen und Erfolge des neuen Diezverlages. Jeden Intellektuellen, der sich zum Sozialismus bekennt, sollten wir freudig aufnehmen. Allerdings sollten wir nicht jedem ein Mandat auf den Präsentierteller überreichen. (Sehr gut!) Das wäre ein großer Fehler. Es kann jemand ein großer Wissenschaftler und Künstler sein und doch ein schlechter Politiker. Es ist viel besser, wenn er sich weiter ungehindert wissenschaftlich und künstlerisch betätigt, als wenn er politisch und parlamentarisch unzulängliche Arbeit leistet. Wir sollten die Intellektuellen mit besonderer Achtung behandeln und dadurch bei uns zu halten suchen, und wir sollten nicht Arbeiten kleinlicher, äußerer Art von ihnen verlangen, die jeder andere auch machen könnte. Der Gelehrte und Künstler leistet zu Zeiten, wenn andere ruhen, Wertvolles für den Sozialismus, jedenfalls mehr als er durch eine kleinere äußere Handarbeit leisten könnte.

Es handelt sich aber nicht nur um geistige Anregungen. Gerade der junge Nachwuchs sucht nach seelischen Antrieben im Sozialismus und in der Arbeit für die Sozialdemokratie. Man unterschätze nicht, wie gerade in dieser Beziehung der Jungsozialismus nach Erkenntnis und Gestaltung ringt.

Es genügt mir, zum Ausdruck gebracht zu haben, daß eine Partei von der Größe und Bedeutung der deutschen Sozialdemokratie kulturelle Verpflichtungen zu erfüllen hat, und zwar erhöhte Verpflichtungen infolge veränderter gesell-

schaftlicher Grundlage. Der Mensch lebt nicht vom Brot allein. Eine weltumspannende Partei wie die deutsche Sozialdemokratie mit Menschheitszielen lebt nicht nur von politischer Aufklärungs- und Organisationsarbeit. Möge sich die deutsche Sozialdemokratie ihren alten Ruhmestitel, die Partei der Kultur zu sein, durch erneute und vermehrte Arbeit im Dienst der Kultur erneut erwerben. (Bravo!)

Dr. Adolf Braun (Berichterstatter über das Programm): Werte Genossen und Genossinnen! Ich muß den Vorstehenden etwas korrigieren. Ich spreche nicht im Namen der Programmkommission, ich berichte über ihre Tätigkeit und warum wir nicht tätig gewesen sind, wofür ich die Ursachen anführen möchte.

Wir alle bedauern mehr oder weniger, daß dem Parteitag ein Programmentwurf nicht vorgelegt werden konnte, wir empfinden die Lücke in unserem Rückzug. Man muß aber mit lebhaftem Bedauern auch feststellen, daß in den letzten 20 Monaten diese Lücke in der Partei sehr wenig empfunden wurde. Ein Parteiprogramm unserer Partei wird nicht von einer Programmkommission geschaffen, sondern nur unter Mitwirkung sämtlicher Parteigenossen, unter Betätigung ihres Sprachrohrs, der Parteipresse. Wie wenig hat sich die Parteipresse um das Parteiprogramm gekümmert, wie selten erschien ein Wort des Antriebs, das Programm möchte bald fertiggestellt werden. Unsere Presse hat ihrer Meinung nach Wichtigeres zu tun. Ein Blatt, das vor dem Göttinger Parteiprogramm drei Dutzend Programmartikel erscheinen ließ, hat über das Fehlen des neuen Programms nichts gebracht, nichts über die Wirksamkeit der Programmkommission. Es ist zu bedauern, daß die letzten zwei Jahre verfloßen sind, ohne daß für die prinzipielle Schulung der Parteigenossen für sozialistische Anregungen des Arbeiterwillens Rennenswertes geschah. Es wurde sicherlich gar vieles geredet, aber ob man gerade für den Sozialismus gewirkt hat, ob wir durch die beliebte Parteipolemik Anhänger gewonnen haben, neue Magnete aufstellten, um die bisher indifferenten oder verirrten Proletarier an die Partei zu ziehen, darüber hat die Statistik der letzten Reichstagswahlen mancherlei Aufklärung gegeben. Es ist merkwürdig, daß diejenigen, die die Streitigkeiten in der Partei angeblich am prinzipiellsten behandelten, von sozialistischen Gesichtspunkten sehr wenig hören ließen. Wir haben in den letzten 20 Monaten eine ungeheure Verwechslung von Taktik und Prinzip empfunden. (Sehr richtig!) Zu wissen, was Taktik, was Prinzip ist, ist in einer Zeit ungeheuer wichtig, in der ein neues Programm geschaffen werden soll. Wir haben Zeiten hinter uns, in denen Streitigkeiten, Zwistigkeiten, ein fürchterlich gesteigertes Mißtrauen unter den Parteigenossen herrschten. Diese Zeiten sind höchst ungeeignet für die Schaffung eines neuen Parteiprogramms, für die Herstellung eines neuen geistigen Bandes, das sich um alle Parteigenossen schlingt, das sie zu einer Geschlossenheit, zu einem einigen Kampfwillen gegen unsere Gegner erzieht. Das Wort des großen Rechtslehrers Savigny gilt für die Schaffung dieses Parteiprogramms. Unserer Zeit fehlt der Beruf zur Gesetzgebung. Man mußte bei Anträgen auf Schaffung neuer Programmätze immer fürchten, daß geheime Absichten vermutet werden, die auf den gegenwärtigen Streit in der Partei irgendwie einwirken sollten, daß neue Autoritäten geschaffen werden sollten, um diese oder jene taktische Frage angesichts einer Tagesstimmung zu entscheiden. Wir gehen einer Besserung der Partei entgegen. Viele Anzeichen sprechen dafür, daß wir bei ihrem Beginn schon angefangen sind. In diesen trüben Zeiten hatten wir wenig Stimmung, ein neues Programm zu schaffen.

Dazu kam eine Reihe weiterer Hemmnisse. Unser alter Freund und Lehrer Karl Kautsky, unter dessen Verdiensten für die Sozialdemokratie aller Länder ein großes die Schaffung des Erfurter Programms für die deutsche Sozialdemokratie ist, war leider lange krank und weilte seit Monaten im Aus-

land. Diese Abwesenheit war ein starkes Hindernis für den Zusammentritt der Programmkommission, weil wir des Rates von Rausty nicht missen konnten. Der Einigungstongreß von Nürnberg hat ihn zum Vorsitzenden der Programmkommission gemacht. Ein Programm unter seiner Mitwirkung, gestützt von seinen Anregungen und Gedanken, wird von einem Parteitag und von der gesamten Parteigenossenschaft viel vorurteilsfreier angenommen werden als ohne seine Mitarbeit.

Dazu kommt, daß wir alle, die wir an dem Programm mitarbeiten sollen, die Mitglieder der Kommission, die Parteigenossenschaft, die Parteipresse, durch die Arbeit für die Partei vollständig in Anspruch genommen waren, so daß es schwierig war, die Programmkommission zu einer ernsthaften Konzentration ihres Willens auf die Schaffung des Parteiprogramms zusammen zu bekommen.

Man darf auch den Wechsel der Zeit nicht vergessen. Wir älteren, die wir auf den Parteitagen von Halle und Erfurt mitwirkten, sollten die Schwierigkeiten der Schaffung des Erfurter Programms nicht vergessen. Wie leicht waren aber jene Zeiten im Vergleich zu denen von heute. Wie leicht war es ehemals, Forderungen an Staat und Gesellschaft zu stellen, deren Repräsentanten ausnahmslos unsere Feinde waren, da die Möglichkeit himmelweit entfernt war, daß wir diese Forderungen in Staat und Gesellschaft selbst verwirklichen sollten. Das Verhältnis der Sozialdemokratie zu den öffentlichen Körperschaften ist heute wesentlich geändert. Wir kommen, ob wir wollen oder nicht, heute selbst in die Notwendigkeiten, die Verantwortung mit zu tragen, unsere Forderungen zu verwirklichen. Dazu kommt die Notwendigkeit der Prüfung, ob die Verwirklichung dieser Forderung in den gegenwärtigen Zeitaläufen möglich ist. In den Jahren 1890 bis 1891 konnten wir viele Forderungen auf ferne Sicht aufstellen, konnten wir eine Fülle von Wünschen in einem kurzen Satz konzentrieren, während wir heute viel spezialisieren und zu vielen Einzelragen Stellung nehmen müssen, dabei immer vor der Verantwortung stehen, übermorgen von den eigenen Parteigenossen vor die Frage gestellt zu werden, ob wir unsere Forderungen, wenn wir nicht mehr in der Opposition stehen, auch verwirklichen können.

Wir sind uns klar, daß eine Reihe von Forderungen des Programms von 1890 heute erfüllt sind, und zwar weit mehr, als die Parteigenossen in der Agitation zugestehen wollen. Es wäre viel nützlicher, auf die Erfolge unserer Partei durch die Erfüllung von vielen Programmjahren hinzuweisen. Andererseits dürfen wir die alten noch nicht erfüllten Forderungen nicht ohne weiteres in ein neues Programm übernehmen, wir müssen die noch nicht erfüllten Forderungen an den heute völlig veränderten Verhältnissen messen, wir müssen sie neu formulieren, wir müssen sie vielleicht überhaupt unter ganz anderen Gesichtspunkten betrachten.

Dabei ist völlig klar, daß die eigentliche sozialistische Forderung, das Streben, aus der kapitalistischen Ordnung in eine sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu gelangen, im wesentlichen völlig gleich geblieben ist. Darin werden wir uns nicht ändern. Unser Endziel ist im wesentlichen das gleiche geblieben. Trotzdem können wir nicht wie 1890 formulieren. Damals haben wir ganz allgemeine Grundsätze und Ziele aufstellen können, während wir heute zu den Problemen Stellung nehmen müssen, Uebergänge aus der Ordnung, die wir heute noch tragen müssen, in die Ordnung zu suchen haben, die wir mit allen Fasern unseres Seins erstreben. Dabei ist an den großen Problemen der Sozialisierung trotz aller üblen Erfahrungen und Enttäuschungen nicht vorüberzugehen, die eintraten, weil wir noch nicht die genügende Macht besaßen. Hieraus ergeben sich besondere Schwierigkeiten der Formulierung, vor allen Dingen deswegen, weil manches an einem Orte möglich ist, was anderwärts nicht

durchführbar ist. Wir müssen die Fülle der Erfahrungen der letzten fünf Jahre in Betracht ziehen und dürfen nicht von längst verfloffenen Zeiten ausgehen, da sich Macht- und Kraftverhältnisse völlig verschoben haben.

Zusammenfassend müssen wir uns sagen, daß die Zeit überaus ungünstig für die Schaffung eines Programms war. Wir geben der Hoffnung Ausdruck wie auch der Bericht des Parteivorstandes, daß wir einer Gesundung der Partei zu größerem Vertrauen und parteiöffentlichem Zusammenwirken entgegengehen. Wir müssen unterscheiden lernen zwischen dem, was uns zu Sozialdemokraten macht, und dem, was momentane Zwangslagen praktischer Politik für Gegner und Anhänger dieser Politik unserer Partei sind. Wir müssen uns mehr verstehen, müssen mehr wirklichen Sozialismus in die Massen tragen, denn wird von selbst erstehen, was wir alle wünschen, ein richtunggebendes, zum Sieg führendes Programm. (Bravo! und Händeklatschen.)

Vorsitzender **Dittmann**: Wir treten nunmehr in die Aussprache ein. Um die Geschäfte zu vereinfachen, schlage ich Ihnen vor, sämtliche zum Vorstandsbericht und zum Bericht der Reichstagsfraktion gestellten Anträge als unterstügt anzusehen. — Ich stelle Ihr Einverständnis fest. Dann sind mehrere Anträge eingegangen, die zum Druck gegeben worden sind. Jetzt hat das Wort zu den Frankfurter Anträgen, zu denen schon gestern gesprochen worden ist, der Genosse **Markwald**. Später sprechen wir dann über die Redner und die Rednerfolge.

Markwald-Frankfurt a. M.: Genosse **Wels** ging gestern von der irrtümlichen Auffassung aus, der von Frankfurt eingebrachte Antrag habe den Ausschluß des Genossen **Ebert** aus der Partei nebst der Aufstellung einer Reichspräsidentenkandidatur verlangt. Deshalb könne der Antrag nicht zur Debatte gestellt werden. Es wird niemand von Ihnen annehmen, daß ich den Parteitag belügen wolle. Von dem Frankfurter Bezirk sind drei Anträge gestellt, die getrennt voneinander zu behandeln sind. Ein Antrag auf Ausschluß von **Ebert** ist von einem anderen Frankfurter Bezirk als die beiden anderen Anträge eingegangen und auch von der Hauptversammlung angenommen worden. Wenn also der Parteivorstand aus materiellen oder formalen Gründen den einen Antrag nicht zur Debatte stellen wollte, hätte er mindestens der Frankfurter Organisation mitteilen müssen, aus welchen Gründen er einen ordnungsmäßig gestellten Antrag dem Parteitag einfach vorenthält. Der erste Antrag sagt nichts weiter, als daß der Parteitag einen Kandidaten zur Reichspräsidentenwahl aufstellen soll. Der zweite Antrag enthält allerdings eine Kritik der bisherigen politischen Handlungsweise des Reichspräsidenten und lautet:

„Der Parteitag stimmt dem „Vorwärts“ zu, der in seiner Nummer 601a vom 27. Dezember 1923 die Absetzung einer Landesregierung durch das Reich „nach sächsischem Muster“ unter Anwendung des § 48 Abs. 2 der Reichsverfassung für „vollkommen unvereinbar mit dem Wortlaut und dem Geist der Verfassung“ erklärt hat. Da der Reichspräsident, Genosse **Ebert**, diesen Verstoß gegen die Reichsverfassung begangen hat, auch seine Unterschrift unter verschiedene andere, den Interessen des Proletariats widersprechende Verordnungen auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung nicht verweigert hat, erklärt der Parteitag die erneute Kandidatur des Genossen **Ebert** zum Amt des Reichspräsidenten für ausgeschlossen.“

Sie mögen über diesen Antrag denken wie Sie wollen. (Zuruf.) Er beweist schon in seinem Wortlaut den Irrtum des Genossen **Wels**. Ein Ausschluß aus der Partei ist nicht verlangt. Es lagen also drei getrennte Anträge vor, über die getrennt abgestimmt wurde. Wenn Genosse **Wels** behauptet, es sei ein Antrag gestellt, so muß er falsch aus Frankfurt informiert worden sein. Sichtlich darf ich zu dem Antrag erst sprechen, wenn er die genügende Unterstützung gefunden hat, mache aber darauf aufmerksam, daß vor der Wahl des

Reichspräsidenten kein Parteitag zu erwarten ist und es jedem demokratischen Bewußtsein widersprechen würde, die Aufstellung des Kandidaten für ein so wichtiges Amt den wenigen Genossen des Parteivorstandes zu überlassen. (Sehr richtig!)

Wels: Der Parteivorstand in Berlin kann natürlich die Entstehungsgeschichte jedes Antrages nicht nachprüfen, ist dazu auch nicht verpflichtet. Den Grund, weshalb diese Anträge nicht gedruckt worden sind, habe ich dem Parteiausschuß und gestern dem Parteitag angegeben. Bei uns sind zwei Anträge aus Frankfurt am Main eingegangen. Wir müssen die Anträge, wenn überhaupt, dann wortgetreu veröffentlichen. Beide Anträge behandeln dieselbe Materie, wenden sich gegen den Reichspräsidenten, sind ein Ganzes. Der Antrag, der beginnt: „Der Parteitag stimmt dem Vorwärts zu“, ist in unsere Hände gelangt, aber er wird durch den Antrag, der folgt, ergänzt (Widerspruch):

(Wels liest den Antrag vor, den Markwald bereits verlesen hat.)

Nun kommt ein Schlusssatz, der heißt „Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, auf möglichst baldige Neuwahl des Reichspräsidenten hinzuwirken“. (Heiterkeit.) Der Parteivorstand hat nicht das Recht, die Anträge aus den Bezirken zu sezieren und Stückwerk zu veröffentlichen. Die Tendenz des Antrages gipfelt in dem vorletzten Satz, den Genossen Ebert auszuschließen. Dieser Antrag ist nicht aufgenommen, weil der Parteivorstand dem Parteitag keine statutarisch unzulässigen Anträge unterbreitet, sondern auf dem Standpunkt steht, daß jeder, der Anträge stellt, sich über die Bestimmungen des Organisationsstatuts informieren soll. (Sehr richtig!)

Nun hat Genosse Markwald um Veröffentlichung ersucht und bittet, die beiden Anträge zur Diskussion zu stellen. Der Antrag, daß der Parteitag die Aufstellung eines Kandidaten für die Wahl des Reichspräsidenten auf die Tagesordnung setzen solle, ist uns nicht zugegangen. Ich behaupte nicht, daß Markwald die Unwahrscheinlichkeit gesagt hat, aber der Parteivorstand kann Anträge nur prüfen, wenn sie zugesandt werden. Ich bin der Auffassung, daß der Parteivorstand in Wahrung des Statuts handelt, wenn er Anträge, die statutarisch zur Verhandlung auf dem Parteitag nicht zugelassen werden können, nicht an den Parteitag bringt. (Sehr richtig! Bravo!)

Vorsitzender Dittmann: Der Parteitag kann nicht anders handeln, als dem Genossen Markwald anheimzugeben, die Anträge in der Form, die er für richtig hält, erneut zu stellen. In der vorliegenden Form sind sie nach dem Organisationsstatut nicht zulässig. — Der Parteitag schließt sich dieser Auffassung an. Damit ist diese Angelegenheit erledigt.

Wir gehen nunmehr zur Aussprache über. Als sich während des Referats des Genossen Wels ein starker Ansturm auf die Rednerliste einstellte, habe ich vorgeschlagen, erst nach Anhörung der drei Referate Wortmeldungen entgegenzunehmen. Die Redner sind aber trotzdem eingetragen worden, und um eine langwierige Geschäftsordnungsdebatte zu vermeiden, schlage ich vor, die Rednerliste, wie sie sich jetzt gestaltet hat, anzunehmen. Danach sind 44 Redner gemeldet. (Heiterkeit.) Wenn wir jetzt eine neue Rednerliste aufstellen würden, würden wir wahrscheinlich dasselbe Schauspiel erleben. Ich bitte Sie daher, die Rednerliste so bestehen zu lassen. — Damit ist der Parteitag einverstanden. Die Redezeit beträgt 10 Minuten. Ich bitte den Parteitag, den Vorsitzenden darin zu unterstützen, daß keinem Redner gestattet wird, die Redezeit zu überschreiten, damit nicht hinterher Beschwerden kommen.

Krille-München: Der Vorsitzende hat eben erläutert, wie die Rednerliste zustande gekommen ist. Nach der Bemerkung des Vorsitzenden von heute vor-mittag hatten wir vorläufig verzichtet. Jetzt stehen wir am Schluß der Liste. Uns liegt aber daran, daß die Landmannschaften, die nach ihrer Auffassung das

Verlagen der Reichstagsfraktion und des Parteivorstandes am eigenen Leibe verspürt haben, auch zu Wort kommen. Nach 15 oder 20 Rednern wird aber hier die große Guillotine kommen, und dann ist Schluß. Deshalb lege ich gegen diese inkonsequente Geschäftsführung Protest ein.

Vorsitzender Dittmann: Um während des Referats des Genossen Wels nicht eine Unterbrechung durch eine Geschäftsordnungsdebatte herbeizuführen, wie die Rednerliste geregelt werden solle, habe ich die Frage heute früh nicht zur Entscheidung gebracht. Ich werde das jetzt tun. Ich habe schon festgestellt, daß der Parteitag damit einverstanden ist, daß die Rednerliste so bestehen bleibt.

Genosse Dittmann wünscht als Begründer eines selbständigen Antrags eine verlängerte Redezeit von 20 Minuten. Seine Auffassung ist aber irrig. Die Anträge zum Vorstandsbericht und zum Bericht der Reichstagsfraktion gelten nicht als selbständige Anträge. Selbständige Anträge sind nur solche, die einen besonderen Punkt für den Parteitag bedeuten. Ich stelle deshalb fest, daß die Redezeit zu den genannten Anträgen für jeden Redner nur 10 Minuten beträgt. (Dittmann-Stuttgart: Auf den Parteitag vor dem Kriege haben wir eine andere Geschäftsordnung gehabt; da konnte der, welcher selbständige Anträge gestellt hatte, 20 Minuten reden!) Ich werde den Parteitag entscheiden lassen. Wer für meine Auffassung ist, den bitte ich, die Hand zu erheben. — Gegenprobe. — Das Erste war die große Mehrheit. Die Redezeit beträgt also für Jeden zehn Minuten. Ich gebe dem Genossen Dittmann das Wort.

Dittmann-Stuttgart: Seit der Vereinigung sind 1½ Jahre ins Land gegangen. Die Tatsache besteht, daß bei entscheidenden Fragen der Politik vielfach Meinungsverschiedenheiten bestanden. Wenn wir sie heute nicht austragen können, ist das nicht unsere Schuld, denn Sie haben uns in Ihrer Mehrheit ein Korreferat verweigert. Die Kollegen der Fraktionsmehrheit sagen zu ihren Handlungen: Wir waren in einer Zwangslage: außen die Erfüllungspolitik, im Innern die Sicherung der Republik. Das gab uns Veranlassung, Koalitionspolitik zu treiben. Deshalb mußten wir mit bürgerlichen Parteien zusammengehen. Wird ein solcher Standpunkt eingenommen, dann handelt es sich aber darum, ob man eine Koalition mit bürgerlichen Parteien als ein unter dem Zwang gegebenes Uebel betrachtet, zeitlich möglichst begrenzt und den Höchstpreis für die Interessen des Proletariats fordert, oder ob man von dem Gedankengang ausgeht, daß man als Minderheit unbedingt dabei sein will, sich bei einer Regierungsbildung nicht ausschalten lassen will und damit auch die Verantwortung und Rücksichtnahme auf Staat und bürgerliche Koalitionsparteien übernehmen will. Diese letzteren Gedankengänge sind es, die nach unserer Auffassung dazu beigetragen haben, daß die Partei falsche Wege wandelte. Man hat fortgesetzt Rücksichten nehmen müssen. Demgegenüber steht die Tatsache, daß die Bourgeoisie auch in den Koalitionsparteien keine Rücksichten auf Volksinteressen genommen hat. (Sehr gut!) Sie ging ihren Weg und hat auf Staats- und Volksinteressen gepiffen. (Sehr richtig!) Sie hat die Erfüllungspolitik sabotiert und die Friedenspolitik dem Ausland gegenüber ernstlich gefährdet. Dieses Schuldkonto geht tief hinein in die Kreise aller bürgerlichen Parteien.

Und wie steht es innerpolitisch? Die Lasten sind nicht auf die starken Schultern abgewälzt worden, sondern dem werktätigen Volke aufgebürdet. Das Kapital hat es in der Inflationszeit verstanden, sich zu konsolidieren auf Kosten des Mittelstandes und der Arbeiterklasse, während die Volksmassen verarmten. Es ist bis zur Diktatur der Bourgeoisie wirtschaftlich und politisch gekommen. Die bürgerlichen Parteien spekulierten auf die Berrissenheit des Proletariats, die sie in ihrem Interesse planmäßig förberten, auf die Dummheit und Ver-

geßlichkeit breiter Arbeitermassen und auf ein Drittes, indem sie uns jahrelang gestatteten, an Koalitionsregierungen teilzunehmen, um uns mitverantwortlich zu machen für ihre Politik und ihre Sünden. Ob sie uns ferner noch zum Mitregieren brauchen, ist eine andere Frage. (Sehr gut!) Sie haben das getan, um das Schuldkonto von sich auf uns abzuwälzen. (Sehr gut!) Das ist ihnen leider nur zu sehr gelungen, wie die letzte Reichstagswahl bewiesen hat. Wir hätten die Aufgabe gehabt, der Bourgeoisie die Verantwortung zuzuschieben, ihre Politik zu bekämpfen und das Proletariat als Klasse aufzurufen und die Konsolidierung der Arbeiterbewegung vorzunehmen. (Zurufe.) Den Zwischenrufern möchte ich sagen, daß sie es heute durch ihre Ablehnung eines Korreferenten unmöglich gemacht haben, sachliche Gedankengänge zusammenfassend vorzutragen. (Sehr richtig!) Wir sind entschlossen, uns auf dem Parteitag und sonstwo weder durch persönliche noch andere Zwischenrufe von der Linie abbringen zu lassen, unsere Auffassung sachlich und entschieden zu vertreten. (Lebhafte Bravo!)

Schauen Sie sich die Entwicklung und Erscheinungen während der Zeit an, in der wir vereinigt sind. Ich gehe nicht auf die wenig freundschaftliche Bemerkung des Genossen Wels ein, daß in Nürnberg ein Teil die Vereinigung wie ein pfliffiges Bäuerlein nur sehr faul mitgemacht habe. Solche Ausführungen auf dem Parteitag sollte man nicht in namenloser Unterstellung machen, sondern da hätte man deutlich werden sollen. (Sehr richtig!) Wir, die wir uns vereinigt haben, hatten das Recht, unsere Bedenken vorher zum Ausdruck zu bringen. Wir legten Wert darauf, daß es nicht eine rein organisatorische Einigung werden sollte, sondern daß unsere geistige Einstellung dabei die notwendige Beachtung finden sollte.

Wenn es wegen der Beschränkung der Redezeit nicht möglich ist, hier sachlich zusammenhängend zum Ausdruck zu bringen, welche Politik wir seit langen Monaten ersehnten und anzustreben wir uns sachlich bemühten, dann werden wir es in der Gesamtpartei tun müssen, und wir werden es in dem Bestreben tun, daß sachliche Meinungsverschiedenheiten uns nicht auseinandertreiben, sondern zur innerlichen Kräftigung der Partei dienen. Wir sind auf dem Parteitag zusammen, um von allen Richtungen aus neue Werkkraft auf die proletarischen Massen auszuüben. Das kann um so besser geschehen, wenn Sie jede Meinung achten und auch wir das Recht haben, unsere sachliche Meinung offen und rücksichtslos zum Ausdruck zu bringen. (Lebhafte Beifall.)

Loni Sender-Frankfurt a. M.: Die deutsche Sozialdemokratie erklärt, sie sei eine Partei der Demokratie und verlangt daher die Demokratie im Staate. Eine Partei der Demokratie muß aber vor allem die Demokratie auch restlos in ihren eigenen Reihen verwirklichen. (Sehr gut! — Zurufe.) Demokratie heißt nicht nur, daß in den Beschlüssen das Recht der Mehrheit sich durchsetzen kann, sondern heißt auch Schutz der Minderheit. (Sehr gut!) Diesen Schutz der Minderheit, den wir im Staate fordern, verlangen wir auch innerhalb der Partei. Darum ist es ein Waffengang mit ungleichen Waffen, wenn sämtlichen Referaten, die alle einer Richtung angehören, kein einziges Korreferat gegenübergestellt werden darf.

Wenn wir die Resolution des Genossen Müller kritisch lesen, dann bedeutet sie eine glatte Verurteilung der Politik der Fraktionsmehrheit und der Parteinstanzen. (Sehr richtig!) Da wir Klarheit schaffen wollen, haben wir eine eigene unmißverständliche Resolution eingebracht. Genosse Müller sagt in seiner Resolution, daß die Partei genötigt gewesen sei, Koalitionspolitik zu treiben, daß das Ziel der Koalition Sicherung der Republik gegen den Ansturm der Reaktion sein müsse. Die Teilnahme an der Regierung müsse die Durchsetzung der Demokratie und die Erfüllung der bürgerlichen Republik mit sozialem Inhalt zum

Ziele haben. Aber in der Politik will man doch nicht nur Ziele haben, sondern auch Resultate. An den Resultaten erst erkennt man, ob die getätigte Politik gut war oder falsch. Diese Ziele sind durch die Koalitionspolitik restlos nicht erreicht worden. (Sehr richtig!) Genosse Müller hat selbst gesagt, daß wir das Erstarken der Reaktion und die bewußt und planmäßig betriebene Inflation nicht verhüten und die sozialen Errungenschaften, vor allem den Achtstundentag, nicht sichern konnten. Wir haben auch nicht verhindern können, daß die Justiz noch viel schändlicher arbeitet als in der Vergangenheit. (Sehr richtig!) Auf der anderen Seite ist gegenüber dem Minus an positiven Resultaten ein sehr großes Plus an Opfern zu verzeichnen gewesen. Opfer haben wir gebracht vor allen Dingen im Ansehen, das unsere Partei im Proletariat nötig hat. Opfer wurden durch die Zugeständnisse gebracht, die wir der Bourgeoisie in dem gemeinsamen Regierungsprogramm haben machen müssen. Die Preisgabe der Demokratie hat ihren drastischsten Ausdruck in den Ermächtigungsgesetzen gefunden, durch die den Regierungen — wie besonders im zweiten Ermächtigungsgesetz — Blankovollmachten ohne Einschränkung erteilt wurden, die dann in antisozialem Sinne ausgenutzt wurden. Durch die legale Preisgabe der Demokratie haben wir der Reaktion einen Weg gewiesen, wie sie auf legalem Wege ihre Diktatur errichten könnte. Das ist die außerordentliche Gefahr der Ermächtigungsgesetze. Wenn wir weiter fragen, wie die Sicherung der Republik gelungen ist, müssen wir uns zunächst klar sein, daß es nicht allein auf die Staatsform und auf den Namen der Republik ankommt, sondern auf ihren Inhalt und Charakter. (Sehr gut!) Dann müssen wir feststellen, daß bei Aufrechterhaltung des Namens der Republik und bei Feststellung der Tatsache, daß wir in der Tat noch keinen regierenden Monarchen in Deutschland haben, doch der Inhalt der Republik immer weniger republikanisch und weniger demokratisch geworden ist. Wie wenig es auf die republikanische Staatsform allein ankommt, beweist ein Blick auf andere Länder. Frankreich ist eine Republik, und doch haben wir ein Frankreich des Herrn Poincaré gehabt. England ist eine Monarchie, und doch haben wir das England des Genossen Macdonald. (Zuruf: Also Monarchie! — Heiterkeit.) Dieser Zuruf ist nur ein Beweis, mit welcher Voreingenommenheit gewisse Anwesende des Kongresses logischen Gedankengängen nur zu folgen wissen. (Lebhafte Zustimmung.) Nicht „also Monarchie“, sondern eine Republik mit republikanischem, mit demokratischem, mit sozialem Inhalt. (Sehr richtig!)

Genosse Müller sagte, man müsse vor allem verhüten, daß die Republik zu einer Geldsakrepublik werde. Aber das haben Sie gerade deswegen nicht verhindern können, weil wir so viele Opfer gebracht haben und dadurch die Kräfte der Reaktion haben groß werden lassen, ohne die Gegenkräfte gegen die Reaktion zu mobilisieren. (Sehr wahr!) Die Gesichtspunkte jeder proletarischen Politik müssen sein, unsere Macht als Klasse zu stärken, die Geschlossenheit unserer Organisation und des gesamten Proletariats zu erhöhen und eine starke Anziehungskraft auf alle fluktuierenden Kräfte der Gesellschaft auszuüben, damit immer stärker der Glaube innerhalb der Gesellschaft aufkommt: hier ist die Kraft, die das Neue, das Junge, das Gesunde schaffen will. (Lebhafte Beifall.)

Es ist abwegig, wenn man immer wieder in der Partei hört, daß nicht Klassen-, sondern Staatspolitik getrieben werden muß, und wenn man hört, das Vaterland müsse in gegebener Stunde über die Partei gestellt werden. Wir sind allerdings noch der vielleicht etwas antiken Auffassung, daß wir als Klasse, als Partei nicht das Interesse einer kleinen oder auch einer großen Schicht, sondern des gesamten Volkes vertreten. Nur aus dieser Tatsache können wir die ganze Begeisterung schöpfen, weil wir wissen: was wir für unsere Klasse erstreben, deckt sich mit dem Wohl des gesamten werktätigen Volkes. (Zuruf: Nichts Neues!) — Das mag nichts Neues sein. Es kommt aber darauf an, fest-

zustellen, ob man sich in der praktischen Politik auch von diesen Gedanken leiten läßt. (Zustimmung.)

Darum möchte ich auch dem Genossen Müller auf seine Bemerkung, daß ja schon Karl Marx vor Jahrzehnten nachgewiesen habe, daß die Bourgeoisie keine einheitliche Masse sei, folgendes sagen: Man hat uns wiederholt auf diesem Parteitag gesagt, daß man auch in neuer Situation lernen müsse, wie der Marxismus auch auf die neue Zeit anzuwenden sei. Das gilt auch in bezug auf diese Bemerkung des Lehrers des Sozialismus Karl Marx. Wir befinden uns heute in einer Zeit der Verschärfung der Klassengegenätze, wo beide Klassenteile immer stärker zusammengeschweißt werden. Die Bildung des Bürgerblocks ist im Entsehen begriffen. Was anders ist denn diese Bildung des Bürgerblocks als ein Zusammenschweißen der besitzenden Klassen, die sich bedroht fühlen, Kräfte sammeln und uns geschlossen gegenüber treten? Dies und nichts anderes wollen auch wir. Wir wollen, daß das Proletariat durch eine gradlinige Politik, die von allen Proletariern verstanden werden kann, immer stärker zu einer einheitlichen, tatkräftig geschlossenen Masse wird. Dann erst sind wir imstande, auch die Kräfteverhältnisse im Staat wieder zu unseren Gunsten zu verschieben, unsere Ziele nicht nur als eine Fata Morgana vor uns hinzustellen, sondern mit raschem Schritt auf sie loszumarschieren. (Lebhafter Beifall.)

Aufhäuser-Berlin: In Nürnberg haben wir einen organisatorischen Rahmen für die beiden sozialistischen Parteien geschaffen, und heute ist es unsere Aufgabe, diesem Rahmen Inhalt und Gestalt zu geben.

Wir sind in die große Koalition eingetreten und aus der ersten großen Koalition herausgedrängt worden. Wir sind in die zweite große Koalition hineingegangen und herausgedrängt worden. Wir haben dem ersten Ermächtigungsgesetz zugestimmt und das zweite mitverantwortet. Die erste Koalition ist durch die scharfen wirtschaftlichen Gegenätze außerhalb des Parlamentes gesprengt worden. (Sehr richtig!) Die zweite große Koalition ist das Opfer der politischen Gegenreaktion geworden. Das erste Ermächtigungsgesetz hat die freie Wirtschaft wiederhergestellt. Das zweite hat die Ergänzung gebracht und schließlich den Abbau der Sozialpolitik herbeigeführt. Die Koalitionspolitik war also in ihrem Verlauf nicht abhängig von unserem Willen, sondern von den ökonomischen Kräften außerhalb des Parlamentes. Wir müssen unsere politische Einstellung auch von den wirtschaftlichen Erfordernissen der Arbeiter diktieren lassen, genau wie die Gegenseite, wie die Volkspartei usw. ihre politische Einstellung danach geißt hat, welches die wirtschaftlichen Interessen der Unternehmer sind.

Genosse Müller hat als Erfolg der Koalitionspolitik hervorgehoben, daß wir die Rentenmark bekommen haben. Aber diese Rentenmark ist doch nicht die Währung, die die Sozialdemokratie gewollt hat. Es ist kein Fortschritt, sondern ein Rückschritt, wenn die Währung aus der Souveränität des Reiches genommen und in die Hände der Privatwirtschaft gelegt wird. Alles, was wir heute an sozialem Rückschritt beklagen, ist nicht zuletzt durch den Verwaltungsrat der Rentenbank diktiert, das heißt vom Privatkapital, das über diese Währung im wesentlichen zu verfügen hat.

Nun wird gesagt, der wesentliche Beweggrund, weshalb wir die Mehrheit und Regierung mit den anderen Parteien bilden, sei das Allgemeininteresse.

Die Berliner Organisation bringt in ihrem Antrag 232 zum Ausdruck, daß sie gerade darin die eigentliche Fehlerquelle erblickt. Die tiefere Meinungsverschiedenheit über die die Partei zu einer Klärung kommen muß, ist nicht allein die Koalitionsfrage oder die Ermächtigungsverordnung, sondern die Stellung der organisierten Arbeiterklasse Deutschlands zu diesem Staate. Wir haben in unserem Antrag zum Ausdruck gebracht, daß wir wohl die Republik als Staatsform verteidigen und sie als Kampfbojen für den Sozialismus betrachten, daß wir

aber nicht vergessen wollen, daß diese Republik nach wie vor großkapitalistisch geblieben ist. Oberfinanzrat Bang hat in einer Schrift des Reichsverbandes der Industriellen offen erklärt: „Als der wilhelminische Staat zerbrach, blieb die Wirtschaft gesund und überlebte den Staat.“ Ich füge dem hinzu: die Republik ist infolge ihrer wirtschaftlichen Einstellung in den letzten 6 Jahren geradezu die Beute der deutschen Schwerindustrie geworden. Die Sozialdemokratie kann im heutigen sozialistischen Staat nicht mehr politische Verantwortung übernehmen, als sie wirtschaftliche Macht in diesem Staat hat.

Wir haben das Opfer gebracht und Unruhen und den Bürgerkrieg verhindert. Aber in derselben Zeit, in der die Sozialdemokratie dieses Opfer brachte, hat die andere Seite den Bürgerkrieg mit der wirtschaftlichen Waffe der Inflation gegen uns geführt. Dieser Bürgerkrieg der Inflation hat nicht weniger schädlich und tödlich gewirkt als eine bewaffnete Auseinandersetzung.

Wir sollen auch nicht annehmen, daß in der nächsten Zeit diese Frage für uns gleichgültig wird. Die politische Gruppierung von heute, die zeitweise Trennung der Deutschnationalen und der anderen Bürgerlichen kann nicht von Dauer sein. Wir werden bei der Frage der Lastenverteilung aus dem Sachverständigenrat den geschlossenen Bürgerblock von den Demokraten bis zu den Nationalisten haben. Der Parteitag muß für die künftige Wirtschaftspolitik und Lastenverteilung die Richtlinien geben und die Konsequenzen ziehen, die wir aus der Wirtschaftspolitik der zurückliegenden Koalitionsregierungen ziehen mußten. Ich sehe im Wahlergebnis vom 4. Mai kein Unglück für die Sozialdemokratie, wenn sie bereit ist, aus der veränderten wirtschaftlichen Lage auch ihre politischen Konsequenzen zu ziehen. Die Kommunisten brauchen wir nicht zu fürchten; sie machen sich allein kaputt. Aber wir müssen unsererseits positiv die soziale und gesellschaftliche Struktur Deutschlands auch für den Kampf der Arbeiterklasse ausnutzen. Wir müssen die starken industriellen Kräfte aller Werttätigen bei uns sammeln, indem wir eine Politik treiben, die sichtbar sozialdemokratisch ist. (Sehr richtig!) Das gibt uns die Möglichkeit, das Vertrauen in vollem Maße zurückzugewinnen und die Kräfte zu sammeln, die wir brauchen. In diesem Sinne empfehlen wir den Antrag Nr. 232. Er bedeutet nicht einen Erfolg für morgen, aber den Weg zur Macht. (Lebhafter Beifall.)

Seydewitz-Zwickau: Wenn in den Diskussionen über die sächsische Frage gesprochen wird, fühlen wir uns immer vor einem Berg von Voreingenommenheit, der im Interesse der Gesamtpartei überwunden werden sollte. Genosse Hermann Müller hat gesagt, verfassungsrechtlich ist das Eingehen einer Koalition der Sozialdemokraten in Sachen mit den Kommunisten durchaus richtig, politisch ist es aber eine Dummheit gewesen. Wir stehen ebenso wie der größte Teil der deutschen Parteigenossenschaft auf dem Standpunkt, daß die Koalitionsfrage eine taktische Frage ist. Uns ist in den Koalitionsdebatten oft vorgehalten worden, daß man nicht grundsätzlich sagen könne, man dürfe nie mit der Deutschen Volkspartei oder einer anderen Partei zusammengehen. Auf der anderen Seite darf man aber auch nicht sagen, daß man niemals mit den Kommunisten zusammengehen darf. (Sehr richtig!)

Es wird gesagt, wir hätten der Partei durch das Zusammengehen mit den Kommunisten geschadet. Ich bitte, einmal objektiv die Dinge zu betrachten und zu sehen, wie das Zusammengehen der sächsischen Partei mit den Kommunisten auf die kommunistische Partei gewirkt hat. (Sehr richtig!) Einowjew hat gesagt, daß die sächsischen Kommunisten auf den Leim gegangen seien und nicht das erreicht haben, was sie wollten. Die Meinungsverschiedenheiten in der KPD, die Tatsache, daß Brandler, der so etwas wie der liebe Gott in der KPD war, beiseite gedrückt worden ist, ist nicht zum wenigsten durch die Bindungspolitik erreicht worden, die wir mit den Kommunisten in Sachsen und Thüringen ge-

trieben haben. Die Kommunisten haben unbestritten die Absicht, unsere Partei zu zerstören. Meinungsverschiedenheit in unserer Partei besteht nur darüber, wie man diese Versuche der Kommunisten parieren kann. Wir glaubten es auf dem Wege zu erreichen, den wir beschritten haben.

Sofort nach der zweiten Wahl zum sächsischen Landtag, als es all die Auseinandersetzungen in der sächsischen Partei noch nicht gab, regierte in Sachsen die Regierung Bud, die auch nur mit Unterstützung der Kommunisten regieren konnte. Was im Zusammenwirken der KPD mit der Sozialdemokratie nach dem März-Parteitag 1923 geschah, ist nur die Fortsetzung der bisher betriebenen Politik gewesen. Wenn gesagt wird, die sächsische Parteilinke hätte die Dummheit gemacht, die Koalition in Sachsen und die feste Regierungsbildung mit den Kommunisten eingegangen zu sein, so ist das falsch, es ist nicht die ausgesprochene Parteilinke in Sachsen gewesen, sondern die Vertreter der Fraktionsmehrheit. (Sehr richtig!) Im Prinzip bestand in Sachsen über diese Frage eine gewisse Einheitslichkeit.

Ich möchte der Meinung des Genossen Müller widersprechen, daß die Aera Zeigner ein Schade für die Republik gewesen sei. Weh getan hat uns, daß Genosse Müller gesagt hat: wenn Zeigner ein Deutschnationaler gewesen wäre, wäre das Gerichtsurteil gegen ihn nicht so schlimm ausgefallen. Ich sage: wenn Zeigner nicht Sozialdemokrat gewesen wäre, wäre er wegen der Delikte, deren er angeklagt war, freigesprochen worden. (Sehr richtig!) Es hat sich nur um eine Sache gehandelt, Zeigner das Genick zu brechen.

Wir sehen durchaus die Verbindung, die zwischen der sächsischen und der Reichspolitik besteht. Wenn in den Berichten gesagt wurde, an der Reichsregulativ in Sachsen sind die sächsischen Genossen selbst schuld, weil sie die Koalition mit den Kommunisten eingegangen sind, so heißt das: man darf die Reaktion nicht reizen, sonst wird sie noch schärfer gegen die Arbeiterschaft vorgehen. (Sehr richtig!) Ich wünschte dringend, daß im Reich etwas mehr Verständnis vorhanden wäre für die Wirkung der Reichsregulativ auf die sächsische Arbeiterschaft. (Sehr richtig!) Das hat uns bei der Gemeindevwahl schwer geschadet. Betrachten Sie diese Episode der Zusammenarbeit der sächsischen Sozialdemokratie mit den Kommunisten nicht als eine politische Torheit, sondern als eine Notwendigkeit, die der Arbeiterschaft dienen wird. (Lebhafter Beifall.)

Ströbel-Berlin: Die Partei ist nach einer schweren Wahlniederlage zu einem Parteitag zusammengetreten. Man hätte annehmen sollen, es würde kein Parteitag der Selbstzufriedenheit, sondern der schärfsten Selbstprüfung und Kritik. (Sehr gut!) Diese Niederlage wird leider von vielen Genossen nicht einmal als solche empfunden. Es besteht daher die Gefahr, daß die Ursachen dieses Mißerfolges nicht erkannt und abgestellt werden, daß also die alte Parteipolitik weiter getrieben wird und die Partei aus ihrer mißlichen Lage nicht wieder heraustritt.

Man hat die Wahlniederlage auf die strupellose Demagogie der Rechten und der äußersten Linken zurückgeführt. Es ist doch feststehend, daß diese gewissenlose Verheißung der Nationalisten und Kommunisten den Erfolg gehabt hat, daß fünf bis sechs Millionen Wähler dieser Verheißung erlegen sind. Zu sagen, dem lautesten Schreier leihete man willig sein Ohr, wäre eine Verachtung der breiten Massen, die wenig demokratisch wäre. (Sehr gut!) Die breiten Massen haben in den letzten Jahren geradezu fürchterlich gelitten. Ich erinnere nur an die Broschüre von Professor Hirsch, wonach in den letzten zwei Jahren die Masse des arbeitenden Volkes nur ein Fünftel, häufig nur ein Zehntel des Friedenseinkommens besaßen hat. Nehmen wir dazu, daß jahrelang nur vom Proletariat,

dagegen fast nicht von der Bourgeoisie die Steuern getragen wurden, so ist die ungeheure Empörung der Massen erklärt.

Die Massen mußten in Scharen zu den Kommunisten übergehen, wenn nicht die Sozialdemokratie diese unerhörte Entwicklung aufs äußerste bekämpfte. Bei der Nachprüfung werden Sie auf die Forderung der Erlassung der Sachwerte, der Zwangsanleihe, der Goldsteuer hinweisen und werden sagen, die Bürgerlichen hätten diese Forderungen vereitelt, die Partei trage keine Schuld. In Wirklichkeit hat die Partei doch in gewissem Sinne Schuld, weil sie die Entwicklung nicht mit dem gebotenen Nachdruck und unter Aufrüttelung der Massen getrieben hat. Als Beweis will ich Sie nur an die Worte von Müller in Görlitz erinnern, Stinnes sei noch nicht der Aller schlimmste (Lachen), er habe sogar hin und wieder eine vernünftige Arbeiterpolitik getrieben. In der Schrift von Kurt Geier, „Drei Volkverderber“, ist ausgesprochen, daß er einer der schlimmsten Volkverderber schon damals war.

Als der Ruhrkrieg ausbrach, wobei unerwähnt sei, ob er hätte verhütet werden können und müssen, wenn sich die Sozialdemokratische Partei mit Energie gegen die Stinnes-Politik eingesetzt hätte (Sehr gut!), haben wir einseitig gegen die Franzosen und nicht gegen die Schwerindustrie, gegen die Steuer- und Reparationsfabrikanten gekämpft. (Sehr gut! — Zuruf vom Parteivorstand.) Man hatte monatelang die Schandwirtschaft von Cuno gebuldet, man fürchtete eine neue Dolchstoßlegende. Dadurch sollten wir uns niemals beeinflussen lassen. Scheidemann und Ebert sind dieser Legende zum Opfer gefallen, obwohl sie wahrlich keine Schuld an dem Ausbruch der November-Revolution getragen haben. (Heiterkeit und Zurufe.) Die Politik der Unabhängigen Sozialdemokratie während des Krieges war auf eine andere geistige Vorbereitung der kommenden Dinge eingestellt als Ihre Politik. (Sehr gut!)

Außer zu den Kommunisten ging ein Teil der durch die Entwicklung Ruinierten sogar zu den Völkischen, weil die Sozialdemokratie den Grenzstrich zwischen sozialistischem Vaterlandsgelühl und Nationalismus nicht scharf genug gezogen hat. Während des Ruhrkampfes hat ein Teil der Parteipresse den Nationalismus sogar im Stile des Altdeutschtums vertreten. Ohne Kritik an den Reden der beiden Fraktionsredner im Reichstag zu üben, die rhetorisch glänzend waren, kann ich sagen, es fehlte in diesem Kampfe gegen die Rechte der scharfe sozialistische Angriffsgeist Leuten gegenüber, die vom Novemberverbrechen zeternten, die von Schuldblüde zu sprechen wagten. Ihnen gegenüber mußte die Anklage der Juli- und Augustverbrechen, der Umstiftung zum Weltkrieg erhoben werden, was nicht scharf genug erfolgt ist.

Führen wir erst einen umfassenden Klassenkampf, dann wird die Sozialdemokratie auch diese Niederlage siegreich überstehen.

Scheidemann-Cassel (mit Händeklatschen empfangen): Ich bin Ströbel dankbar, daß er endlich „festgestellt“ hat, daß Ebert und ich an der November-Revolution unschuldig sind. (Heiterkeit.) Ich fürchte, die Gegner werden es trotzdem nicht glauben, wenn ich mich auf ihn berufe.

Es ist viel von Unzufriedenheit und Selbstzufriedenheit geredet worden. Das bringt mich in Verlegenheit. Ich verstehe es, wenn man von einer unerfreulichen Stimmung in der Partei spricht, aber Unzufriedenheit? — das verstehe ich nicht. Ich habe in meiner Praxis bisher einen zufriedenen Sozialdemokraten überhaupt noch nicht kennen gelernt. (Heiterkeit!) Vielleicht bin ich aber noch nicht lange genug in der Partei. (Sehr gut!) Wenn in der Partei eine unerfreuliche Stimmung herrscht, so deshalb, weil es vielfach an der nötigen Information gefehlt hat (Sehr richtig!), wenn wir im Reichstag wiederholt Politik machen mußten, die für die Draußenstehenden un durchsichtig war

und uns im Interesse des Landes und der Arbeiterschaft zu Entschlüssen verpflichtete, über die die Genossen draußen zunächst den Kopf schüttelten. Wo die Parteipresse ihre Pflicht und Schuldigkeit getan hat, ist die unerfreuliche Stimmung durch die Auflklärung der Parteigenossen bald zerstört worden. (Sehr richtig!) Wo aber die Parteiblätter nur Organe von Redakteuren sind, die sich einbilden, alle politische Weisheit mit Löffeln gefressen zu haben und deshalb glauben, der Partei am besten zu dienen, wenn sie Mißtrauen wecken und Zwietracht säen, da ist die Stimmung in der Partei natürlich schlecht geworden. Die neurasthenische Kraftmeierei, die wir merkwürdigerweise auch in Blättern finden, die von Gewerkschaftsmännern inspiriert werden, verstehe ich überhaupt nicht. So zu tun, als ob wir die ganze Welt aus den Angeln heben könnten — in Zeitläuften, wo die Gewerkschaftsbeamten staatliche Erwerbslosenunterstützung beziehen mußten, ist ein Verbrechen an der Gewerkschaftsbewegung und dient nicht der Festigung der Partei. (Sehr richtig! und Zurufe.)

Mein Abscheu habe ich die Anträge vernommen, die sich mit der Person Eberts beschäftigen. Habt Ihr, die Ihr Euch dafür interessiert, Ebert zu rüffeln oder gar aus der Partei auszuschließen, denn gar kein bißchen Schamgefühl! (Anhaltender Beifall und Händelatschen.) Dieser Mann hat Jahrzehnte lang, länger als mancher seiner Gegner überhaupt an Lebensjahren zählt, im Dienst der Partei gestanden. Gewiß hat er Fehler gemacht. Wer wäre mit allem einverstanden, was er auf Grund der Verfassung mit seinem guten Namen hat decken müssen (Sehr richtig!), was ihm wahrscheinlich genau so gegen den Strich gegangen ist wie uns auch! Ich bitte dringend: blamiert uns nicht vor der ganzen Welt und schweigt.

Ich erinnere mich an Parteitage vor 20 und mehr Jahren, auf denen debattiert wurde, ob wir nicht ruppiger werden sollten. So ruppig wie die, die weiter links von uns stehen, könnten wir nicht werden. (Sehr richtig!) Diejenigen, die sich einbilden, daß man mit dem Blasen von Kindertrompeten und dem Pfeifen auf zwei Fingern auf die Dauer Eindruck auf die Arbeiterschaft machen könne, trennen sich. Eine Partei mit Millionen Anhängern kann eine solche Politik nicht treiben, sondern muß praktische Arbeit liefern, sonst laufen ihr die Massen davon. Das werden die Kommunisten erleben. Die Kommunisten berufen sich, wenn sie ihre Parteiheldigen nennen, auf Kadel und Rosa Luxemburg. Sich auf beide zu berufen, ist Unsinn. So alte proletarische Klassenkämpfer wie der Privatdozent Dr. Rosenberg und der Studienrat Dr. Schwarz werden das wissen. Die andern sind offenbar noch zu jung, so daß sie keine Ahnung haben, daß Rosa Luxemburg 1911/12 nicht ruhte, bis Kadel, der aus der russisch-polnischen Partei hinausgeworfen war, auch aus der deutschen Partei entseuert wurde. Aber auch auf Rosa Luxemburg können sich die Kommunisten nicht mehr berufen, nachdem Genosse Levi, dem wir dafür dankbar sind, ihren Nachlaß herausgegeben und nachgewiesen hat, daß sie den Unfug der bolschewistisch-kommunistischen Politik in Grund und Boden verurteilt und die Demokratie reiflos für die Arbeiterbewegung, auch die kommunistische verlangt. Wir, die wir für die Demokratie kämpfen, werden Tag für Tag deshalb beschimpft. Irgendeine Konkurrenz mit den Kommunisten aufzunehmen, wäre sinnlos. Lassen wir sie schimpfen.

Die Kernfrage ist die: wie steht die Sozialdemokratie zu dem neuen Staat? (Sehr gut!) Auch die Genossin Sender, die ich schätze, spricht von den vielen Mängeln der Republik. Sollen wir trotzdem uns zu der Republik, die in der Hauptsache unsere Schöpfung ist, nicht ganz anders stellen, als zu dem alten Kaiserreich, für das Millionen von Arbeitern in den Krieg gegangen sind!

Diese Frage hängt mit der Frage der Beteiligung an einer Koalitionsregierung eng zusammen. Ich halte niemand im Saal für so dumm, daß er sich unter allen Umständen an einer Regierung beteiligen möchte. Die Republik muß in erster Linie von den Massen — vielleicht auf der Straße — verteidigt werden. — Keiner weiß das. Solange wir die Möglichkeit haben, eine Schanze festzuhalten, die uns vielleicht vor diesem schwersten Kampf bewahren kann, so dürfen wir sie nicht preisgeben. (Sehr richtig!) Ich bin nicht unter allen Umständen für eine Beteiligung an Koalitionsregierungen. Ich verlange unter allen Umständen, daß ein Mindestprogramm vereinbart wird, zu dem sich die andern mit uns verständigen müssen. Ist die Möglichkeit vorhanden, daß wir uns über wichtigste Punkte verständigen können, so müssen wir in Wahrung unserer proletarischen und demokratischen Interessen für die Republik an der Regierung teilnehmen. (Sehr richtig!) Es ist doch für eine große Partei blamabel, wenn bei einer Regierungsbildung die Demokraten, die Deutsche Volkspartei, das Zentrum über eine neue Regierung zuhandeln und so tun, als ob eine Sozialdemokratie im Reich gar nicht vorhanden wäre. (Sehr richtig!) Das verstehen die Genossen draußen auch nicht und finden es vielfach unerhört. Dafür habe ich vollkommenes Verständnis. Aus Fehlern in der Vergangenheit müssen wir lernen. Es ist falsch, so sagen, wir müßten die gleiche Politik treiben, ob wir in der Regierung sind oder nicht. Würden wir uns zu einer solchen Taktik bekennen, dann bräuchten die andern auf uns keine Rücksicht zu nehmen, weil sie sich sagen können, selbst bei einer Minderheitsregierung wären wir ja der Sozialdemokratie auf alle Fälle sicher, sie sind bereits gebunden. (Sehr gut!) Wenn wir für das Sachverständigengutachten als Grundlage für Gesetze sind, die getroffen werden müssen, um mit der Entente in ein gutes Verhältnis zu kommen, so ist das richtig. Zweifellos sind wir aber bis zu einem gewissen Grade gebunden. Die Deutsch-nationalen haben sich in der Wahlbewegung gegen das Sachverständigengutachten ausgesprochen, sind bei dem Kuhhandel um die Regierung vollkommen unzufrieden und spielen jetzt, nach dem Scheitern des Regierungskuhhandels, wieder die Rabiaten. Wir müssen aber unter allen Umständen dafür sorgen, daß, wenn nachher die Gesetze gemacht werden, die proletarischen Interessen in der wirksamsten Weise vertreten werden. Wenn es infolge unseres Vorgehens zu einer Auflösung des Reichstages kommen sollte — wenn wir sie provozieren könnten, sollten wir das tun. Viele sind bereits zur Vernunft gekommen. (Sehr gut!) Das Riesenheer der Beamten sagt sich jetzt schon: Je weniger Sozi, um so weniger Gehalt. (Sehr gut!) Wir haben sehr viel Agitatoren, aber auch noch viel mangelndes Verständnis für die praktischen Aufgaben der Tag für Tag an uns herantretenden Politik. Die französischen Parteigenossen haben wahrhaft praktische Politik in ihrem Zusammengehen mit den Radikalen getrieben. Wenn wir das in Deutschland tun würden, wie würden unsere Radikalinsti, die in Wirklichkeit konservativ bis auf die Knochen sind, gelärmt haben! Denken Sie an das Stichwahl-Ergebnis 1912, — wie ist uns dafür gedankt worden!

Bitte: Keine Bindung durch Resolutionen, aber eine Verpflichtung, — unbefehdet unserer sonstigen Pflichten für die Interessen des Proletariats bis zum letzten zu kämpfen —, die wichtigste Pflicht, auf die wir alle Kraft konzentrieren müssen, ist die: die Republik zu retten, koste es was es wolle, für sie zu kämpfen mit Leib und Seele. (Lebhafte Beifall und Händelatschen.)

Elte-Berlin: In der gesamten Partei herrscht die einmütige Auffassung, daß wir die diktatorischen Bestrebungen der kommunistischen Zentrale ablehnen. In letzter Zeit ist aber oftmals der Parteivorstand von dem Weg der Demo-

fratie abgewichen und hat sich diktatorischen Maßnahmen zugewandt. Mit hoher Wahrscheinlichkeit ist anzunehmen, daß der Ausgang der Wahl in Berlin mit der Kandidatenaufstellung in Berlin zusammenhängt. (Sehr richtig!) Wir hatten damals nicht die Absicht, wenn wir auf dem Bezirksparteitag Groß-Berlin eine Mehrheit haben sollten, diese rücksichtslos auszunutzen. Am 23. Februar wurden wir vom Parteivorstand zu einer Sitzung berufen, in der man sich über die Aufstellung der Kandidaten und die Wahrung der Parität klar werden sollte. Wir haben dort erfahren, daß der Parteivorstand schon zwei Tage vorher mit der anderen Seite verhandelt hatte. Er schlug uns vor, Parität zu üben, weil uns sonst die Rechte, die 42 Mandate mehr hätte, rücksichtslos an die Wand drücken würde. (Hört, hört!) Auf der Bezirksvorstandssitzung wurde mit geringer Mehrheit der Vorschlag angenommen, eine Enbloc-Wahl zum Reichstag auf dem Bezirksparteitag vorzunehmen. Dieser Antrag ist dann aber mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden, weil die Delegierten selbst über die Aufstellung der Kandidaten entscheiden wollten. Die Abstimmungen über die einzelnen Kandidaten und die Entgegennahme des Ergebnisses ist in voller Ruhe vor sich gegangen. Erst bei einer persönlichen Bemerkung der Genossin Bohm-Schuch und einem Zwischenruf: wir treiben es zum Bruch, kam es zu den Zuständen, die Ihnen durch die Presse bekannt geworden sind. Am nächsten Tage wurde im „Vorwärts“ der Bezirkstag als ein Tag des Unheils in der Berliner Arbeiterbewegung bezeichnet und die Linke als unversöhnlich hingestellt.

War die Linke versöhnlich? Ich kann mich hier auf einen Artikel des Genossen Dittmann berufen, der die Vorgänge geschildert. Ich bitte Sie jetzt um Ihre besondere Aufmerksamkeit. Genosse Dittmann schreibt: Die Linke verfügte über gut 40 Stimmen Mehrheit. Bevor es zur Abstimmung über die zweite Stelle der beiden Listen kam, mahnte ich die Linke, ihre Mehrheit nicht zu mißbrauchen und für die zweite Stelle die Vorschläge der Minderheit zu berücksichtigen. Die Abstimmung über die zweiten Stellen der Liste zeigte, daß diese Mahnungen ihre Wirkung nicht verfehlt hatten. Genosse Dittmann rechnet dann aus, daß die Kandidaten für die zweite Stelle, z. B. Heimann 45 Stimmen, Bohm-Schuch 64 Stimmen von der Linken erhalten haben. Ich habe deshalb, schreibt Genosse Dittmann, sofort der Auffassung widersprochen, daß beim dritten gemeinsamen Wahlgang die Linke Vergewaltigungsabsichten gehabt habe. Trotzdem wurde diese Wahl kassiert. Dittmann hat am 4. März in einer Bezirksvorstandssitzung ausgeführt, gegen die formelle Rechtmäßigkeit der Wahl lasse sich kein Einspruch erheben, (Hört, hört!) anders liege es aber auf sachlichem Gebiet. Wir haben dann einen neuen Bezirksparteitag gehabt; der die Wahl en bloc schloß. Wir haben dann dieselbe Situation gehabt wie auf dem Parteitag am 2. März. Zugunsten der Rechten ist eingegriffen worden, zugunsten der Linken nicht. Der Antrag des Bezirksparteitags, den Bezirksparteitag zu vertagen, wurde im Berliner Bezirksvorstand niedergestimmt, und so kam zustande, daß das, was für die Rechte recht war, für die Linke nicht billig sein durfte. Mit erstaunlichem Eifer hat sich der Parteivorstand für die paritätische Liste ins Zeug gelegt. Wir von Berlin haben diesen Eifer des Parteivorstandes in verschiedenen Bezirken Deutschlands, wo es die Linke abzuhalten galt, vermisst. Wir verwahren uns entschieden gegen die vom Parteivorstand angewandte Gewaltmaßnahme, die ein Hohn auf die vielgepreisene Demokratie ist. Die Bezirksparteitage haben allein das Recht der Entscheidung, sofern gegen die Wahl formell kein Einspruch zu erheben ist. Infolge dieser Vorgänge haben die Berliner Parteigenossen im ersten Quartal dieses Jahres einen Mitgliederchwund von etwa 20 Prozent zu verzeichnen. (Hört, hört!) Es muß unsere heiligste Aufgabe sein, die verlorenen Mitglieder wieder heranzubringen. Dazu gehört, daß der Parteivorstand die Rechte der Parteimitgliedschaft respektiert. (Beifall.)

Kemmel-Karlsruhe: Namens meiner Freunde aus Baden habe ich einiges zu erklären. Auch bei uns in Baden, dort insbesondere, wo die Industrie zu Hause ist, war man nicht immer mit der Politik der Reichstagsfraktion zufrieden. Das liegt an der ungenügenden Aufklärung über die inneren Vorgänge, die für die Handlungen der Fraktion maßgebend waren. Allerdings haben die politischen Situationen so schnell gewechselt, daß es nicht immer möglich war, rechtzeitig Informationen ins Land hinauszubringen.

Im Antrag 194 Breslau ist gefordert, in Koalition nur zu gehen, wenn der Bezirksvorstand des Landes ein zustimmendes Gutachten abgibt. Ueberall da, wo die Parteiführung gut ist, wird es so gehalten werden. Wenn aber einmal Differenzen zwischen Bezirksvorstand, Parteileitung und Landtagsfraktion über die Frage der Taktik ausbrechen, dann muß die Landtagsfraktion als zuständige Instanz entscheiden. Die Frage, ob das, was man tut, richtig oder falsch ist, wird vom Erfolg oder Mißerfolg entschieden.

Auffallender Mangel in der Erkenntnis unserer Einstellung zum Staatsganzen zeigt der Antrag 229 Bremen, der sogar die Gründung der Reichswehr und Sipo verurteilt. Die Tätigkeit der Reichswehr haben wir manchmal zu kritisieren gehabt. Daß aber ein Staat ohne eine militärische Organisation nicht bestehen kann, haben alle erfahren, die in schwerer Zeit die Verantwortung tragen mußten. (Sehr richtig!) Wenn in der Zeit, ehe die Rätewirtschaft in München zutage trat, es möglich gewesen wäre, in Bayern die Staatsform mit starkem polizeilichen Schutz zu verteidigen, wäre heute in Bayern die Reaktion wahrscheinlich nicht in dem Ausmaße da. (Sehr richtig!)

Warum gingen wir 1918/19 in die Koalition? Wir sollten doch endlich aus der Geschichte lernen. Lesen Sie nach, was in der „Gesellschaft“ von Bauer-Wien über gewisse Vorgänge in England und Frankreich gesagt ist. Als in Deutschland 1918 das System zusammenbrach, war das Bürgertum zu schwach, um führen zu können, die Arbeiterklasse zu uneinig, um die Macht fest in der Hand zu halten. Wenn man sich an die Auseinandersetzung Ende 1918 und Anfang 1919 erinnert, an den Kampf des Spartakismus gegen die bestehende Staatsform oder gegen den Willen, in Deutschland die Republik zu etablieren, dann haben wir den Kernpunkt der Schwäche des Proletariats in Deutschland. Erst einen Kampf um die Frage, ob Republik oder Diktatur, und jetzt um die Frage, ob Republik oder Monarchie. Mit der Schaffung der Reichsverfassung hätte dieser Kampf aufhören müssen. Unsere ehemaligen Genossen, die heute in der Kommunistischen Partei sind und diesen wüsten Kampf gegen die Sozialdemokratie führen, hätten wissen müssen, daß der Bruderzwist der Arbeiterklasse den Faschismus erzeugt und den Monarchisten neuen Anhang zuführt und daß die Staatsform, die dem Staat ein soziales Gepräge geben kann, gefährdet wird. Wenn man in Koalition geht, muß man Verantwortung übernehmen. Gleich so richtig ist die Tatsache, daß über die Frage, ob wir in eine Regierung hineingehen oder nicht, nicht unser Wille entscheidet, sondern die politische Situation. Dieselben Genossen, die gegen die Politik der Koalition Stellung nehmen, halten es für selbstverständlich, daß in Sachen eine Koalition mit den Kommunisten gemacht wird. Ich gehöre zu den Leuten, die für die Vorgänge in Sachen Verständnis haben, weil ich mir vorstellen kann, daß, wenn die Sozialdemokratische Partei sich nicht in der absoluten Mehrheit befindet, unter Umständen eine Unterstützung oder Duldung von links her anzustreben nötig sein kann. In jenem Zeitpunkt, wo in Sachen eine Koalition gemacht wurde, war in Deutschland längst klar, daß der Eintritt in die sächsische Regierung seitens der Kommunisten eine Tappe sein sollte in dem Kampf gegen die bestehende Staatsform. (Zuruf.) Die Nachweise sind später gekommen, sie

führen aber den Beweis für die Zeit, in welcher die Kommunisten in die Regierung eingetreten sind. Wer den Kampf der Kommunisten in Rechnung stellte, dem mußte klar sein, daß er für die Kommunisten nur Mittel zum Zweck war. Es steht fest, daß eine Koalition mit einer Partei, die in bezug auf die Staatsform auf einem andern Boden steht, eine Gefahr heraufbeschwört und zu Zusammenstößen führen muß. Wir werden noch jahrelang mit den schwersten Enttäuschungen zu rechnen haben, bis diese bürgerliche Republik zu einem sozialen Volksstaat ausgebaut sein wird. In diesem Kampf hilft uns nicht absolute Negation, sondern Aufklärung darüber, was staatspolitisch notwendig ist und für die Arbeiterklasse tragbar ist. (Bravo!)

Markward-Frankfurt a. M.: Es ist die Frage aufgeworfen worden, ob wir einen glänzenden Sieg der Sozialdemokratie in der jetzigen Situation erwarteten. Unsere Absicht ist seit Jahren, solche Situation zu schaffen. Eine Kritik hat nur Zweck, wenn sie darauf ausgeht, die Zukunft zu gestalten. Das Schamgefühl sollte einem Sozialdemokraten nur eins verbieten: Schritte zu unterlassen, von denen er überzeugt ist, daß sie dem Proletariat nützlich sind, und Schritte zu tun, die dem Proletariat schaden. Niemand hat dem Genossen Ebert einen Vorwurf aus Schritten gemacht, zu denen ihn die Verfassung zwang. Der „Vorwärts“ schrieb seinerzeit: „Es scheint die Absicht bestanden zu haben, auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung die thüringische Regierung nach sächsischem Muster abzusehen. Wir halten diese Art der Anwendung des Artikels 48 für vollkommen unvereinbar mit dem Wortlaut und dem Geist der Verfassung.“ Die Konsequenz ergibt sich von selbst. Man sollte den Mut haben, das auszusprechen, was 90 Prozent der Arbeiterschaft denken. Die unternommenen Schritte waren nach dem Wortlaut der Verfassung ungesetzlich, da die sächsische Regierung kein Mißtrauensvotum vom Landtag bekam.

Genosse **Hermann Müller** hat mit Recht gesagt, das parlamentarische System sollte zur Anerkennung von Realitäten in der Agitation erziehen. Das haben wir leider vermisst. Wir haben gewünscht, daß die Presse, von der gerühmt worden ist, daß sie beruhigend auf die Arbeiterschaft einwirkt, so daß sich das „glänzende“ Wahlergebnis in Berlin ergab, mit derartigen Realitäten operiert hätte. Ich erinnere an drei Fälle. 1. Der „Vorwärts“ und der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ nannten das Steuertompromiß von 1922 ein sichtbares Opfer der Besitzenden — die Zwangsanleihe von einer Milliarde Goldmark! Als ich gegen diese Auffassung schrieb, gab mir Müller in einer Redaktionkonferenz den Rat, auf meine Stellung zu verzichten, wenn ich die Politik der Partei nicht mehr vertreten könne. Jetzt steht im Reichstagshandbuch, das der Parteivorstand herausgab, ungefähr dasselbe wie damals in der „Volksstimme“. 2. Als das erste Kabinett der großen Koalition gebildet wurde, schrieben alle von dem „Sozialdemokratischen Parlamentsdienst“ beeinflussten Blätter, dieses Kabinett sei das Kabinett zur Erfassung der Sachwerte. Die wenigen Blätter der sogenannten Opposition behaupteten das Gegenteil. 3. Als der militärische Ausnahmezustand proklamiert wurde, teilten diese vom „Sozialdemokratischen Parlamentsdienst“ beeinflussten Blätter mit, der Ausnahmezustand richte sich gegen Bayern, er sei die einzige juristische und tatsächliche Möglichkeit, den militärischen Belagerungszustand zu beseitigen. Severing hat in der „Blode“ geschrieben, daß er mit dem Belagerungszustand einverstanden gewesen sei, denn nun würden in Bayern verfassungsmäßige Zustände hergestellt werden. (Hört, hört, hört!) Wir wußten aber vom ersten Tage an, daß der Belagerungszustand sich nur gegen die Arbeiter richten würde. Was soll aber jetzt werden? Mit parlamentarischen Nachmitteln kann die Sozialdemokratie nichts ausrichten, mit den Deutschnationalen kann keine Regierung zustande kommen, die Volks-

partei hat erklärt, daß sie nach wie vor das große Ziel verfolgt, den Bloß zu gründen, den ich als den Kapitalistenbloß bezeichnet habe. Unsere Resolution sagt im Grunde genommen lediglich dasselbe, was der Parteivorstand in Görlich beantragt hat. Weil wir wußten, daß damit nicht ernst gemacht werden würde, haben wir damals gegen diese Resolution gestimmt.

Die „Frankfurter Zeitung“, ein bürgerliches Blatt, schrieb nach den Wahlen in Mecklenburg: „Nicht weil die Sozialdemokratie mit den Kommunisten paktiert hat, sondern weil sie in der Reichspolitik zuviel mit den anderen Parteien paktiert und sich nicht durchzusetzen verstanden hat, weil sie den Arbeitern an Führung nichts zu bieten wußte, deswegen sind die Anhänger davongelaufen.“ Nicht nur die Kommunisten, sondern auch die Deutschnationalen und die Deutschvölkischen haben in den Wahlversammlungen mit dem sozialdemokratischen Programm agitiert und es so hingestellt, als könnten unsere Forderungen vielfach von ihnen befolgt werden. Daß die Arbeiterschaft in den breitesten Kreisen des Volkes auf diesen Schwindel hereinfiel, war ein großer Fehler.

Genosse **Müller** hat gemeint, es sei nicht immer klug, die Aufhebung des Belagerungszustandes zu beantragen, weil dann, wenn dieser Antrag abgelehnt wird, es nicht nützlich sei, daß die Urheber des Belagerungszustandes merken, daß der Reichstag ihn nicht aufheben will. Am 8. Oktober lehnten die Sozialdemokraten die Anträge auf Aufhebung des Belagerungszustandes ab, obwohl damals noch die Deutschnationalen dafür waren und wir die Mehrheit dafür gehabt hätten. (Loebe-Berlin: Das ist ein Irrtum!)

Genosse **Müller** hat noch gemeint, die unpolitischen Militärs hausten wie die Stiere im Porzellanladen. Das Unglück ist, daß sie nicht unpolitisch sind. Den Militär möchte ich sehen, der im Porzellanladen der Deutschvölkischen haust. Es sind eben politische Militärs, und es darf deshalb für uns kein Pattieren mit dem jetzigen undemokratischen Staat geben, solange die Republikaner bewaffnet und nur die Monarchisten bewaffnet sind. Sie selbst haben die Reichswehr als Rückenstütze der Reaktion bezeichnet, und Sie haben, als der Belagerungszustand verhängt wurde, dieser Rückenstütze das Heft in die Hand gegeben. In wenigen Wochen werden die Deutschnationalen in der Reichsregierung oder der preussischen Regierung sein. Wenn mit dieser Politik Schluß gemacht wird, wird der Zeitpunkt eintreten, an dem, weil Verdienst und Glück sich verteilten, die Sozialdemokratie den ersehnten glänzenden Sieg davontragen wird. (Beifall.)

Der Vorsitzende **Dittmann** schlägt hierauf vor, die Verhandlungen auf Freitag, den 13. Juni, Vormittags 9 Uhr, zu vertagen. — Der Parteitag stimmt zu.

(Schluß der Sitzung 6 Uhr.)

Dritte Sitzung.

Freitag, den 13. Juni 1924, vormittags 9 Uhr.

Vorsitzender: **Dittmann**.

Schriftführer: **Bechtel-Weißburg, Dreger-Lübke** und Frau **Grete Jabe-Hamburg**.

In der Fortsetzung der Debatte erhält zunächst das Wort als Vertreter des Saargebiets Dr. **Sender-Saarbrücken**:

Meine sehr verehrten Parteigenossinnen und Parteigenossen! Als Vertreter des Saargebiets gestatten Sie mir, ihre Aufmerksamkeit auf die besonderen Verhältnisse im Saargebiet hinzuwenden.

Unser Schicksal ist bis zur Abstimmung im Jahre 1935 durch den Versailler Vertrag bestimmt. In Versailles ist das Annexionsmenü aufgestellt worden. In diesem Menü war auch das Saargebiet enthalten. Wir sind aber nicht verzehrt worden, jedenfalls nicht vollständig. Es muß festgehalten werden, daß wir nicht territorial von Deutschland abgeprengt sind, sondern nur verwaltungsmäßig insofern, als wir der sogenannten Treuhänderschaft des Völkerbundes unterstellt sind und diese Treuhänderschaft durch eine sogenannte internationale Regierungskommission dargestellt wird. Mit Rücksicht auf die mir zur Verfügung stehende Zeit kann ich leider über die unterirdische Art der Zusammenfassung der Regierungskommission nichts sagen. Es darf aber kein Zweifel darüber bestehen — und das haben die letzten Wahlen zum Landesrat für das Saargebiet gezeigt —, daß 99% Proz. der Saarbevölkerung deutsch sind und auch deutsch bleiben wollen. (Bravo!) Obwohl Frankreich gelegentlich der Versailler Verhandlungen die beabsichtigt gewesene Annexion des Saargebiets nicht erreicht hat, besteht bis zur heutigen Stunde das Bestreben Frankreichs — wie weit ein neues Regime dies ändern wird, können wir heute noch nicht beurteilen —, die Treuhänderschaft des Völkerbundes in untreuer Weise ausüben zu lassen, und zwar in so untreuer Art, daß wir auch weiter fest entschlossen sind, uns mit unseren, wenn auch schwachen Kräften, gegen die versteckten Annexionsbestrebungen zu stemmen.

Es gibt eine ganze Reihe von Mitteln der Annexion, die Frankreich durch die in ihrer Mehrheit französisierte Regierungskommission betreibt. In der Regierungskommission ist der französische Einfluß überwiegend; Frankreich hat gewissermaßen die Mehrheit in dieser internationalen Regierungskommission. Seinen Einfluß mußte Frankreich sogar auf das Mitglied der Kommission auszudehnen, das ein geborener Saarländer sein sollte. Ich erinnere nur an den bekannten verräterischen Minister Dr. Hecker, der gestürzt wurde. Sie wissen, daß Frankreich Eigentümer der Gruben ist. Dieser Staat ist einer der mächtigsten Arbeitgeber der Welt, dem 70 000 Bergarbeiter an der Saar gegenüberstehen. Die Bergwerke, die französische Erzen sind, haben auf Grund des Versailler Vertrages die Berechtigung, französische Schulen für ihr Bergwerkspersonal zu errichten. In Wirklichkeit müssen wir aber von einer Verdrängung der deutschen Schule über das erträgliche und nach dem Versailler Vertrag zulässige Maß hinaus sprechen. Die Schule ist ein bedeutungsvolles Annexionsmittel geworden. Es ist festzustellen, daß ein sehr willfähriger Wegebereiter der Französisierung der deutschen Schule ein deutscher katholischer Geistlicher, Professor Holtan, ist. (Hört, hört!) Das muß von dieser Stelle aus dem Zentrum gesagt werden, damit es nach dem Rechten sehe. —

Die Frage des französischen Militärs ist von uns duzende Male, besonders in Genf beim Völkerbund, behandelt worden. Wir im Saargebiet haben nach dem Versailler Vertrag keinen Anspruch auf französisches Militär. Frankreich weiß das so gut wie wir und kennt so gut wie wir Sinn und Zweck des Aufenthalts des Militärs. Wir sind kein Okkupationsgebiet, sondern sogenanntes Völkerbundsgebiet, das dem französischen Militarismus entzogen sein sollte. —

Ein weiteres Mittel der Annexion ist der Absolutismus der Regierungskommission. Wir haben kein Parlament mit Beschlußrecht. Wir haben nur einen sogenannten Landesrat, der bei unerträglicher Beschneidung des passiven Wahlrechts mit dem fänglichen Recht der Begutachtung ausgestattet ist. Seine Abgeordneten haben keine Immunität. Wir stehen jederzeit mit einem Fuß im Gefängnis oder Zuchthaus. Wie die Immunität behandelt wird, zeigt der Fall eines Parteigenossen Schneider, der in den letzten Tagen recht empörende Schutzmandale zur Sprache gebracht hat und dafür disziplinarisch zur Verantwortung gezogen werden sollte, jedenfalls aber schon jetzt Einbußen und Nachteile er-

litten hat. Der Landesrat hat kein Recht, sich seine Geschäftsordnung selbst zu geben. Er muß sich seine Tagesordnung von der Regierung, die er bekämpft, vorsetzen lassen. Er hat nicht das Recht der Interpellation und der Stellung von Initiativanträgen. Trotzdem hat es der Landesrat verstanden, sich die Redefreiheit zu erzwingen, teilweise auch gegen diejenigen, die ihn als ernannte Präsidenten durch die Regierung vorgeführt wurden. Wir haben nämlich nicht das Recht, diese Präsidenten selbst zu wählen.

Der Höhepunkt der Torheit dieser annexionistischen Politik war eine sogenannte Notverordnung, die Zuchthaus, Gefängnis, Konfiskation des Vermögens, Verbannung usw. vorsah. Diese Notverordnung habe ich immer in dem Sinne begrüßt, als sie uns den Weg zum Völkerbunde freier machte. Auf einmal sah die Welt, daß im Saargebiet Dinge vor sich gehen, die nicht in Ordnung sind, und mit einemmal war das Saarproblem geschaffen, dank der ungewollten Hilfe der von uns bekämpften Regierung. —

Sie sehen aber auch schon jetzt, daß es im Saargebiet so aussieht, als ob es kein Verwaltungsobjekt der sogenannten Völkerbundsdemokratie wäre. Die Schuld daran trägt der dominierende Einfluß Frankreichs im Völkerbund und besonders in seinem Exekutivorgan, dem Völkerbundsrat. Von dem schwachen Deutschland konnten wir nicht immer eine ausreichende Hilfe erwarten. Wir erkannten deshalb die Notwendigkeit, allein zu der Stelle hinzugehen, die für uns in unseren Nöten die einzige ist und bis zur Abstimmung im Jahre 1935 bleibt, nämlich zum Völkerbund nach Genf. Nach und nach ist es uns geglückt, die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf das Saarproblem hinzulenken. Ich bin darüber erfreut, daß mir Gelegenheit gegeben worden ist, von dieser Stelle aus unseren Parteigenossen Branting und Unden aus Schweden unsern herzlichsten Dank für ihre Unterstützung in Genf auszusprechen. Ohne sie ständen wir wohl heute noch am Anfang. — (Bravo!) Ich verkenne auch nicht, daß wir ohne den Schutz der englischen Vertreter, insbesondere Lord Parmoors, der von Macdonald nach Genf gesandt worden war, niemals das in der Abwehr erreicht hätten, was wir tatsächlich erreicht haben. Unsere Arbeit ist fast nur Abwehr. Dieser Erfolg ist um so höher zu bewerten, als der Völkerbund und der Völkerbundsrat heute noch ein sehr zögerndes, schwächliches, ja ein verfallenes Wegebild darstellten (sehr wahr!), schon allein aus dem Grunde, weil neben anderen Staaten auch Deutschland fehlt. Es war für uns immer sehr schmerzlich zu sehen, daß wir uns an die Vertreter einer ganzen Reihe europäischer und außereuropäischer Staaten wenden mußten, während Deutschland fehlte. Ich sage das hier vor dem Parteitag, weil die Partei ihre Aufgabe auch darin erblicken muß, den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund vorzubereiten (sehr richtig!) und darauf zu halten, daß wir zum mindesten als Vertreter Deutschlands einen treuen weitersten Republikaner im Völkerbund sehen, am besten einen Sozialdemokraten. Wir wissen ganz genau, daß unser Schicksal mit der Lösung des Reparationsproblems zusammenhängt. Aber trotz alledem müssen wir im Saargebiet und muß die gesamte Partei ihre Pflicht tun.

Zum Schluß darf ich Ihnen noch sagen, daß wir trotz der Spezialpolitik, die wir zu treiben gezwungen sind, nach wie vor mit heißem Interesse die Politik der Partei verfolgen. Denn wir spüren die Auswirkungen der Politik der Partei, ihre Erfolge und Mißerfolge als harte oder freudige Wirklichkeit an unserem eigenen Leibe. Wir nehmen an allem warmen Anteil, da wir gebeten, nach noch 11 Jahren der Haft wieder nach Deutschland zurückzukehren, und zwar zu einer wohl ausgebauten Republik. 11 Jahre sind noch eine sehr lange Zeit; in dieser Zeit kann eine Reihe von Aufgaben von der Partei gelöst werden. Wir sind ein unlösbarer Teil der deutschen Sozialdemokratie. Zu ihr gehören wir wie das Kind zur Mutter. (Zustimmung.)

Deshalb gestatten Sie mir zum Schluß noch folgendes auszusprechen, worauf wir im Saargebiet ungeheuren Wert legen. Sorgen Sie mit allen Kräften dafür, daß eine kräftige Hand endlich einmal an die Gurgel der Reaktion gelegt wird! Sorgen Sie für den beschleunigten Ausbau der Republik und verteidigen Sie den Achtundentag als eines der unantastbaren Heiligtümer des Proletariats. In diesem Sinne schreie ich mit den Worten, die der „Vorwärts“ in seinem Begrüßungsartikel an die Parteigenossen des Landes gerichtet hat: „Zurück zu den alten Quellen und vorwärts zu neuer Kraft.“ (Lebhafte Beifall.)

Sollmann-Köln: Parteigenossen und Parteigenossinnen! Unser Parteifreund Ströbel hat in seiner gestrigen Rede gesagt, ein Teil der Parteipresse habe während des Ruhrkampfes nahezu alldesdeutsche Politik getrieben. Genosse Ströbel hätte bei seiner Gewissenhaftigkeit den schweren Vorwurf belegen sollen. Ich wäre bereit gewesen, ihn zu diesem Zwecke ein Blatt wie die „Rheinische Zeitung“ bündeweise zur Verfügung zu stellen, und ich bin überzeugt, er würde seinen Irrtum einsehen. In Wahrheit hat die gesamte deutsche Parteipresse ohne Ausnahme die völkischen Methoden des aktiven Widerstandes und die Häßpredigten gegen Frankreich bekämpft. Wir haben den Ruhrkampf geführt im Klasseninteresse des europäischen Proletariats, aber auch in dem Vaterlandsgefühl, das aus so vielen Reden unseres alten Bebel geklungen hat. Bebel sagte in seinem Fraktionsbericht 1890/93:

„An der Erhaltung der Unabhängigkeit Deutschlands sind die arbeitenden Klassen mindestens ebenso interessiert wie diejenigen, die sich als die berufenen Herrscher der Völker betrachten, und das arbeitende Volk ist nicht gewillt, seinen Nacken unter irgendeine Fremdherrschaft zu beugen. (Sehr richtig!) — Gälte es einmal, sich seiner Haut zu wehren, die arbeitenden Klassen Deutschlands würden ihren Mann stellen bis zum letzten Mann und selbst die Aeltesten.“

Während des Chinakonflikts sagte Bebel im Reichstage:

„Was würde Deutschland tun, wenn ein auswärtiger Feind ihm auch nur einen Fuß breit Landes nähme? Die ganze Nation würde aufstehen wie ein Mann und das zurückweisen.“

Im Reichstage sagte Bebel am 17. März 1904:

„Wir werden jeden Versuch, von diesem Vaterlande ein Stück Boden wegzureißen, mit allen uns zu Gebote stehenden Kräften bis zum letzten Atemzug zurückweisen.“ (Hört, hört!)

Dieser Bebel, der ein Todfeind der bürgerlichen Gesellschaft war, wußte also, daß es gegenüber außenpolitischen Bedrohungen doch ein „sogenanntes Volksganzes“ gibt, wie die von Aufhäuser begründete Berliner Resolution hämisch sagt. Aber freilich, dem Genossen Ströbel sind auch die letzten Reichstagsreden Löbes und Breitsteins zu national gewesen. Wenn ich nicht fürchten müßte, unsern Freund Breitscheid mit meinem Lob zu kompromittieren (Heiterkeit), so würde ich sagen: lieber Breitscheid, diese letzte Rede war ganz ausgezeichnet; nur so fort, so sind Sie auf dem richtigen Wege. Wir brauchen uns jedenfalls nicht hinter den Bebel des Ausnahmegesetzes geistig zurückwerfen zu lassen.

Zum Ruhrkampf will ich daran erinnern — was vielfach vergessen ist —, daß unsere Politik von der gesamten Internationale gebilligt worden ist (Sehr richtig!), am stärksten von dem internationalen Kongreß in Hamburg Ende Mai v. J. Noch am 6. Oktober, während unserer Regierungszeit, hat das internationale sozialistische Bureau gemeinsam mit dem internationalen Gewerkschaftsbureau die Politik Frankreichs mit den schärfsten Worten verurteilt und die Rheinländer in ihrem Widerstande gegen Frankreichs Imperialismus bekräftigt. Es ist nicht so, daß wir uns des passiven Widerstandes zu schämen

brauchten. (Sehr richtig!) Ohne diesen Kampf regierte meiner Ueberzeugung nach heute noch in Frankreich der bloc national mit Poincaré und Millerand. (Lebhafte Zustimmung.) Gewiß war es auch unsere Meinung, daß der Kampf früher zu Ende gebracht werden mußte. Aber das war nur möglich durch den Sturz Cunos. Da bin ich freilich der Auffassung, daß die Partei viel zu lange gezögert hat, diesen Sturz zu vollziehen. (Zuruf: Sie haben das ja mitgemacht!) — Ich, keineswegs. Ich wußte aber, daß, wenn man Cuno stürzen sollte, an seine Stelle die große Koalition gesetzt werden mußte. (Hermann Müller: Das wollte die Mehrheit!) Ja, das wollte ich mit der Mehrheit. — Ich frage die Genossen, die gestern über die Koalitionspolitik lange theoretisiert haben, und ich frage die Redner, die nach mir kommen: wie wollten die Genossen der Opposition das Ruhrunternehmen beenden, wie wollten sie zu Verhandlungen mit Frankreich kommen ohne die Regierung der großen Koalition? (Sehr richtig!) Ich bin ja auch zum Minister gedrückt worden. (Hermann Müller: Sehr richtig!) 24 Stunden habe ich mich dagegen gewehrt. Wir wußten genau, daß wir mit unserem Ministerdasein unser ganzes politisches Ansehen verlieren konnten. Was haben uns die Genossen der Opposition damals auf ihrer Sonderkonferenz in Weimar empfohlen? Sturz der Regierung Cuno und möglichstes Zusammengehen mit den Kommunisten. (Hört, hört!) Wer würde das heute noch zur Lösung der innen- und außenpolitischen Probleme empfehlen?

Gewiß mag Seydewitz recht haben, daß die Koalitionspolitik in Sachsen die KPD. geschädigt hat. Aber ich glaube, von einem so engen Gesichtspunkte aus kann man die Reichspolitik in einer solchen Stunde nicht machen. Wenn die Politik in Sachsen die KPD. auch geschädigt hat — das leugne ich nach dem Wahlausfall nicht — so hat sie doch die gesamte republikanische Reichspolitik noch viel mehr geschädigt. Ich bin nicht verantwortlich für den Einmarsch der Reichswehr in Sachsen. Ich weiß auch, daß Ebert die gewaltsame Entfernung der sächsischen Regierung keineswegs gebilligt hat. Aber selbst ein Parteiblatt wie die „Leipziger Volkszeitung“ hat zugegeben, daß die Art des kommunistischen Vorgehens, auch der kommunistischen Minister in Sachsen, leider der Reaktion den willkommenen Anlaß zur Einsetzung der Reichsregulativ gegen Sachsen gegeben hat. (Sehr richtig!) Ohne die Koalition mit den Kommunisten hätten wir den Einmarsch in Sachsen, den von uns niemand wollte, verhindern können. Ich bin niemals ein Freund der Zeignerischen Politik gewesen. Trotzdem erkläre ich: an diesem unglücklichen Politiker ist ein Suizidverbrechen begangen worden und wird zum Schaden Deutschlands ein neues vorbereitet. (Sehr richtig!) Die Art, wie man an Zeigner Rache nimmt, scheint mir unwürdig, erbärmlich, büßisch und feige zu sein; sie muß die Verachtung jedes anständigen Menschen herausfordern. (Lebhafte Zustimmung.)

Nun hat die Genossin Loni Sender nach Erfolg oder Mißerfolg der Koalitionspolitik gefragt. Hier sind Erfolge: Wir haben den passiven Widerstand knapp vor dem Chaos in Deutschland zu Ende gebracht. Wir haben zu Verhandlungen mit dem Verband gedrängt und sie erreicht. Wenn Sie heute die Politik des Sachverständigengutachtens billigen, so strömt sie aus der Außenpolitik, die wir im Herbst vorigen Jahres im Kabinett getrieben haben. (Sehr richtig!) Der Separatismus im Rheinlande ist erledigt worden. Wir haben gegenüber den Verfassungspolitikern im Kabinett erreicht, daß dem Rheinlande die finanzielle Hilfe nicht gesperrt wurde, und so die Rheinlande politisch fest bei Deutschland gehalten, die in jenen Monaten einige Male ganz dicht vor der Loslösung gestanden haben. Wir haben durch Hilferding die Rentenmark vorbereitet, die

Sanierung der Reichsfinanzen eingeleitet, den Rechtsputz, namentlich mit Hilfe Severings, verhindert, die Republik gerettet und die Reichseinheit gewahrt. (Sehr richtig!) Was wäre geschehen, wenn im Oktober 1923, als in Bayern und in ganz Norddeutschland die Reaktion bewaffnet aufmarschierte, ein Deutschnationaler Minister des Innern in Preußen gewesen wäre! (Bravo!)

Es wird nach einer Klärung der Stellung zum republikanischen Staat gerufen. Warten Sie damit nicht zu lange, sonst ist dieser Staat nicht mehr vorhanden. (Sehr gut!) Während wir Theorie treiben, machen die anderen Politik. (Sehr richtig!) Wir müssen den Willen zur Eroberung der Staatsgewalt auf dem Wege der Demokratie haben. Nicht nur die Massen, sondern auch manche Führer wissen Errungenschaften erst oft zu schätzen, wenn sie zum Teufel gegangen sind. (Bravo! und Händeklatschen.) Das ist der Quell der Mißerfolge unserer Politik in den letzten Jahren nicht nur in der geeinten Partei, sondern auch vorher, daß viele nicht mit dem Herzen bei dieser Republik gewesen sind. Indem ich die Frage bejahe, daß dieser Staat bei aller Unvollkommenheit ein großer entscheidender Fortschritt gegenüber dem kaiserlichen Halbabsolutismus, dem Dreiklassenstaat Preußen, den Dreiklassenparlamenten in den Gemeinden ist, setze ich mich mit aller Kraft für diesen Staat ein, nicht als Endziel, sondern als Kampfboden für die Befreiung der Arbeiterklasse.

Ich grüße die Jungsozialisten von dieser Stelle, weil sie nicht Nurpolitiker und Nurwirtschaftler sind, sondern für die Massen der Partei den Anschluß an die großen allgemeinen Geistesströmungen unserer Zeit suchen, die Partei tragen. Die Jugend, die sich voll Abscheu von den bluttriefenden Hakenkreuzlern und dem ebenso blutigen Sowjetern abwendet, muß sich die Partei geistig erobern, muß praktisch in der Partei mitarbeiten. Die Sozialdemokratie ist keine überwundene Angelegenheit. Die Partei aber muß wie die Labour Party in England die große gemeinsame Aufnahmestelle für alle Menschen werden, die wirtschaftlich, politisch, kulturell, ethisch, ja auch religiös über die Barbarei des Kapitalismus hinaus zu klassenlosen Gemeinschaftsformen streben. Dann wird auch die Stunde der Sozialdemokratie wieder kommen, die uns nicht nur äußerlich mächtiger, sondern auch innerlich reifer, wissender, fähiger und einheitlicher finden wird. (Bravo! und Händeklatschen.)

Heinig-Berlin: Wenn man den Ausführungen der Wortführer der Opposition mit größter Aufmerksamkeit folgt, bleibt doch ein Rest von Unzufriedenheit, weil man das Gefühl nicht los wird, daß die Opposition eigentlich an der Peripherie all der Probleme geblieben ist, die uns berühren. (Sehr richtig!) Keiner hat, nachdem er die negative Seite seiner Stellung formuliert hat, ausgesprochen, was von morgen an richtungsgebend sein soll. (Sehr gut! — Zurufe und Unruhe.) In der Kritik dessen, was geschehen ist, sind auch viele Anhänger des Parteivorstandes oder rechten Flügels mit denen von links durchaus einer Meinung. Wenn man die Politik als die bewußte Herstellung des labilen Gleichgewichts der Kräfte ansieht, so habe ich den Eindruck, daß in den jüngst vergangenen Wochen die Partei bei ihrer Politik zur Frage der Kabinettsbildung nicht immer auf der Linie des stärksten Widerstandes, der in ihr liegen kann, gewesen ist. Es hat manchmal so ausgesehen, als hätten die bürgerlichen Parteien einen Blankschuss von uns in der Tasche. Daß das nicht der Fall war, wissen die, die dafür verantwortlich sind; tatsächlich war aber diese Wirkung nach außen verschiedentlich vorhanden. Der Vorschlag des Volksentscheids, der kaum noch zur Debatte steht, hat bei vielen Genossen draußen das Bedenken entstehen lassen, daß er außenpolitisch nicht restlos ausbalanciert war bevor dazu Stellung genommen wurde. So gibt es viele Dinge, über die man sich ernsthaft unterhalten kann. Aber entscheidend ist doch, daß der Parteivorstand

und seine Anhänger nicht durch Ideen und eine Politik getötet werden wollen, die vor 30 Jahren einmal richtig waren. (Lebhafte Zustimmung.) Die Entwicklung ist doch kein Kreislauf, es gibt kein Zurück. Wie Sollmann gesagt hat, gibt es nur eins, daß sie uns stützen, die nach uns kommen, für die, was wir erkämpft haben, eine Selbstverständlichkeit ist und die darauf weiter aufbauen. In unserer positiven Stellung zum Staat haben wir positive Arbeit zu leisten, wir können nicht zum Jahre 1890 zurückkehren, das wäre ein Schlag in unser eignes Gesicht. Wir wollen von denen getrieben werden, von denen das Morgen kommt, und nicht von denjenigen, die aus dem Borgeftern nicht herauskommen. (Bravo! und Händeklatschen.)

Dißmann muß ich sagen, daß sich in der Gewerkschaftsbewegung immer nur die Taktik bewährt hat, bei allem dabei sein zu wollen. (Sehr gut!) Wenn Aufhäuser gesagt hat, unser Wechseln aus und in die Koalition lasse auf eine gewisse Weichheit schließen, so muß ich ihm als Gewerkschaftler sagen, wenn uns der Unternehmer zehnmal die Treppe hinabwarf, das elftemal sind wir doch wiedergekommen. (Zurufe und Unruhe.) Das Wesen des Klassenkampfes ist doch, daß man den Gegner niemals allein läßt. Eine solche „positive“ Politik würden wir in Berlin mindestens zur Hälfte der Berliner Genossen unter keinen Umständen mitmachen. (Sehr gut!)

Der Genosse Litta hatte Sie gestern mit Berliner Dingen behelligt und für den Mißerfolg der Berliner Wahlausfälle den Parteivorstand verantwortlich gemacht. Er hätte nicht so weit zu suchen brauchen. Er ist nämlich der zweite Vorsitzende in Berlin, und dieser Bezirksvorstand hat den Parteivorstand gebeten, in Berlin einzugreifen. (Hört, hört! — Unruhe und Zurufe.)

Wenn die Genossin Toni Sender in ihrer Einstellung zur Republik als unsere Aufgabe bezeichnete, die Gegner zu zwingen, gute Republikaner zu werden — (Widerspruch) — das war wenigstens der Inhalt Ihrer Ausführungen nach meiner Ueberzeugung —, so werden diese bürgerlichen Republikaner doch nicht dadurch besser, daß wir uns um die Republik nicht kümmern. Es gibt in der Politik keine Vernunftsteh, die Republik wird nur in dem Ausmaß gut sein, wie wir sie lieben, wie wir für sie kämpfen. (Sehr gut!) Sie ist nicht unser Ziel und nicht unser reiflos durchgebildetes Ideal, aber ein Stück weiter aus dem Gestern zum Heute.

Die Kritik der Opposition ist also im wesentlichen eine negative Feststellung, was hier und da hätte besser gemacht werden können, aber nicht der Ausdruck dessen, was die Opposition morgen haben will. (Sehr richtig!) Wenn ich dem Parteivorstand einen Vorwurf mache, dann den, daß er heute noch nicht den vollen Einfluß hat, den wir auf Grund der Wahlen haben müßten, um in die Zukunft hinein positive Politik zu treiben. Das ist unsere Aufgabe, in der Kritik sind wir lange einig. (Bravo! und Händeklatschen.)

Vorsitzender **Dischmann:** Es liegt ein genügend unterstützter Antrag auf namentliche Abstimmung über den Antrag Dischmann und Genossen vor.

Dr. Kieß-Jena: Ich hatte die Ehre, auf dem Parteitag 1921 über die Regierungsbildung in Thüringen wie heute mit dem Genossen Müller zu diskutieren. Damals sah er die Regierungsbildung in Thüringen überaus pessimistisch an, weil schon damals die Kommunisten eine gewisse Rolle spielten und die U.S.P. nach seiner Ansicht nicht regierungsfähig war. Trotzdem hat Thüringen unter rein sozialistischer Regierung wie Sachsen S.P.D. gemeinsam mit der U.S.P. und sogar mit den Kommunisten bis Anfang 1923 eine Länderpolitik getrieben, die den Beweis erbracht hat, wie rein sozialistische Regierungen regieren und welche Möglichkeiten des Aufbaues sich in unserer Bewegung zeigen, wenn sie sich reiflos, nur eingefangen durch die Reichsverfassung, in den Ländern entfalten kann. Danach müssen wir feststellen, daß eine

Arbeiterpolitik in den Ländern nur sozialdemokratisch sein kann. Die Kommunisten haben, bevor sie eine „eigene Politik“ versuchten, bis zum Frühjahr 1923 unsere Politik mitgemacht. Hier ist also der Weg der linken Möglichkeiten reiflos gegangen. Mit dem Sturz Lipinskis in Sachsen begannen die Versuche der Kommunisten eine „reine Arbeiterregierung“ zu bilden, die schließlich mit der Auflösung des Thüringer Landtags und der großen Koalition in Sachsen endete. Die selbständige Länderpolitik der Kommunisten führt also zum Zusammenbruch der Arbeiterpolitik! Uns aber trifft kein Vorwurf, wenn wir den Versuch mit der K.P. unternommen haben, sondern wir müssen seine Ergebnisse in der Agitation ausnützen.

Genosse Müller hat die thüringische Politik der Partei als Trümmerhaufen bezeichnet. Immerhin hat die Sozialdemokratie in Thüringen sehr viel geschaffen, was eine Periode der Reaktion nicht spurlos vertilgen kann. (Sehr gut!) Jedenfalls bleibt mehr übrig als von dem wenigen, was mit Zustimmung der bürgerlichen Koalition anderswo geschaffen worden ist. Aber gleichgültig, wie das ist: Wie Müller und Scheidemann erklärt haben, gleichgültig wie die Dinge sonst gegangen sind, diese Republik ist unsere Republik, so sagen wir mit Stolz: Dieses Thüringer Land haben wir zusammenge schmiedet, das also, was die Bourgeoisie 1848 schwächlich unternommen und nie zustande gebracht hat. Das ist ein großes historisches Ereignis, was wir der Behauptung gegenüberstellen können, die sozialdemokratische Politik in Thüringen sei ein Trümmerhaufen. (Sehr richtig! und Zurufe.)

Mit Sollmann gebe ich zu, daß die Partei in den Monaten seiner Regierungszeit auch bei uns Rückschläge erlitten hat. Die von Sollmann, Frölich und Zeigner angekündigte Reichsregierung gegen Sachsen und Thüringen hat sich nicht gegen die Kommunisten, sondern gegen die Sozialdemokratie gerichtet. (Unruhe.) Wir denken an Freiberg, wo unsere Bewegung große Opfer gebracht hat. Wenn wir vorhin Sollmann hörten, können wir uns nicht wundern, wenn er Neuromantiker werden will und nicht mehr auf die klare Erkenntnis der Klassenverhältnisse und gesellschaftlichen Macht abstellt, sondern nebelhafte Vorstellungen von kultureller Entwicklung hegt. Einen solchen romantischen Aufbau lehnen wir nach solchen Erfahrungen ab. (Unruhe und Zurufe.) Wir wollen auch für die große Politik die klare Erkenntnis der gesellschaftlichen Kräfte, die wir koordinieren wollen, soweit sie auf unser Ziel losmarschieren. Das parlamentarische Vorgehen allein genügt nicht. Ich weise trotz der ewigen Debatte mit Müller wieder auf das österreichische Beispiel hin, wo zur Freude für jeden Reichsdeutschen die Fäden klug zu den Massen des Neuproletariats gesponnen wurden, wo die brennenden Tagesfragen, beispielsweise einmal die Lohnfrage der Bankangestellten zur Staatsfrage gemacht wurde.

Wir brauchen bewußten Massenkampf, ohne nach Opposition und ähnlichem zu fragen, wie sich Heinig das so leicht gemacht hat. (Zurufe und Unruhe.) Wir brauchen das Maximum an Kraftentfaltung, was wir in jenen kritischen Tagen vermocht haben, als man ein Maximum an Zurückhaltung gegenüber dem Kampf in Thüringen und Sachsen gezeigt hat. (Bravo! und Händelklatschen.)

Wir bedauern die sozialdemokratische Politik in Sachsen, sind aber stolz, daß wir die absolute Einheit der Partei über alle Klippen hinweg durchgeführt haben. (Bravo!) Das ist ein ungeheurer Gewinn, den auch der Parteivor sitzende Müller zugestehen wird. Mit Recht ist gesagt, am besten wirke der Anschauungsunterricht dafür, was die Parteien leisten und was nicht. Diese Dinge müßten auch einmal nach links ausprobiert werden. Wir haben sie nach rechts bis zur letzten Bitterkeit durchgestoßen, und dieser Tropfen rechts war bitterer als alles andere links. So konnten wir in Thüringen zeigen, wie weit

mir zu gehen vermögen. Wir brauchen aber nicht das beseligende Moment zu missen, das wir aus dem Kampf heraus gewonnen haben, den wir in Thüringen geführt haben, nicht aus der Beschaulichkeit!

Wenn Müller erklärt, daß die Görtzler Resolution nicht zum Ziel geführt hat, so darf ich darauf hinweisen, daß ich schon damals gegen die Görtzler Resolution gestimmt habe. Ich begrüße es aber, wenn Müller die seitdem eingesezte Entwicklung kritisch betrachtet und zugesteht, daß der Versuch nicht zum Ziel geführt hat. Die Loyalität aber, die er sich selber gewährt, verlangen wir auch für einen Versuch nach links. Bei allem scharfen Kampf gegen die Kommunisten dürfen wir nicht Antikommunisten werden, sondern müssen Arbeiterpolitik aus der Erkenntnis der Gesamtsituation heraus treiben, und die beste Arbeiterpolitik ist das Ringen um die Seele der Arbeiter. (Sehr richtig!) Das wird dann die beste gegen die Kommunisten gerichtete Politik sein. So werden viele Debatten vermieden und wir werden das Maximum an Kraft zeigen, wenn wir uns auf den Ausgangspunkt der Bewegung besinnen, die sozialistische Erkenntnis der Lage der arbeitenden Klassen. Bravo! und Händelklatschen.)

Vorsitzender Dittmann: Es ist namentliche Abstimmung über den Antrag Müller und Genossen beantragt worden.

Schulz-Königsberg: Aus dem Bericht des Parteivorstandes ist ersichtlich, daß es in der Partei aufwärts geht. Die Wahlen am 4. Mai waren der Auftakt zu den kommenden Reichstagswahlen. Sie wären besser ausgefallen, wenn nicht schwere Fehler gemacht worden wären. Gewiß hat auch die Inflation an dem schlechten Stand der Organisation schuld, wir müssen bei Austrag der Gegensätzlichkeiten, die durch die große Koalition und das Ermächtigungsgesetz geschaffen sind, aus den gemachten Fehlern lernen. In Sachsen sieht sich die Rechte und die Linke im Parlament nicht mehr an. So können die Dinge nicht weitergehen. Als im vorigen Jahre die große Koalition in Kraft trat, sind ganze Vorstände der Ortsvereine zurückgetreten, weil sie die Politik der Partei nicht mehr mitmachen zu können glaubten. Man muß die Partei doch als Ganzes betrachten und nicht bei jeder Gelegenheit davonlaufen. Es ist festgestellt, daß da, wo die schlimmste Opposition gemacht wurde, die Organisation am meisten zurückgegangen ist. (Lachen.) Frankfurt hat gegen das Jahr 1922 einen Rückgang von 6000 organisierten Mitgliedern gehabt, auch unser dortiges Parteiblatt hat an Abonnenten verloren. (Hört, hört!) Wo Sozialismus Neuland ist, und die Menschen erst zu Sozialisten erzogen werden sollen, werden sie durch Gegenjählichkeiten abgestoßen. Heute gehen die Genossen zu den Kommunisten, wenn sie die Politik der Partei nicht verstehen. In Berlin ist es ebenso wie in Frankfurt.

Ganze Führergarnituren abzusagen, ist früher nicht üblich gewesen. Die Berliner, die sich besonders radikal gebärden, haben jahrelang einen Wolfgang Heine, der ganz rechts steht, als Abgeordneten gehabt. Viele Genossen vergessen auch die heutige Staatsform. Früher stand die Sozialdemokratie einig gegen Staat und Wirtschaft. Wir haben uns stets als ehrliche Republikaner bekannt. Liegen die Dinge heute nicht auch so? Müßten wir unsere eigene Schöpfung, die Republik, nicht im Auge behalten, wenn wir das Wirtschaftsleben umändern wollen? Deswegen sind wir auch in die Koalition gegangen.

Auf eine Bemerkung des Genossen Scheidemann, daß wir nicht ruppiger werden können, weil der Bedarf an Ruppigkeit von den Kommunisten gedeckt wird, wurde gestern dazwischengerufen, wir sollten energischer werden. Ich möchte wissen, wie wir das machen sollen. In eine Koalition mit den Bürgerlichen zu gehen, ist radikal, als draußen zu bleiben. (Sehr richtig!) Man muß

dem Gegner Vorteile abringen. Wenn man sich vom Feind löst und nur Agitation treibt, ohne daß die Arbeiterschaft Vorteil davon hat, ist das nicht radikal, sondern pflaumenweich. Deswegen werden wir auch weiter in eine Koalition mit Parteien gehen, die auf dem Boden der Republik stehen, zum Nutzen der Arbeiterbewegung.

Ich wundere mich, daß es noch Genossen gibt, die einem Zusammengehen mit den Kommunisten das Wort reden. Mit einer Partei, die erklärt, daß sie die Lüge als bewußtes Kampfmittel gebraucht, ist nichts anzufangen. Bei den Wahlen zum Reichstag, zu den Gemeindevertretungen haben die Kommunisten direkt gegen Sozialdemokraten gestimmt. So können die Dinge nicht weitergehen.

Ein großer Teil dessen, was wir in der Partei durchgemacht haben und was zum Schaden der Arbeiterschaft ausgeschlossen ist, beruht darauf, daß wir die alte Führerautorität nicht mehr besitzen. Was wir nach der Revolution durchgemacht haben, hat sich meistens nicht um die Sache gedreht, sondern man hat einfach die Führer bekämpft. Dagegen hat sich sogar der Genosse Dismann auf dem Verbandstag der Metallarbeiter in Kassel gewendet. Wenn er auch hier verlangt hätte, daß wir die Führer nicht kritisieren sollen und das, was der Parteivorstand zum Nutzen unserer Partei getan hat, dann wäre das richtig gewesen. (Heiterkeit.) Die Geschichte nimmt ihren Fortgang, aber seien wir einig, damit der Gang der Geschichte beschleunigt wird. (Beifall)

Cöbe-Berlin: Ich bedaure, daß der Opposition nicht gestattet worden ist, ihre Gedankengänge in einem Korreferat mitzuteilen. (Sehr richtig) Wir haben verhindert, daß sie die Linien aufgezeigt, die nach ihrer Ansicht eine fruchtbarere und erfolgreichere Politik der Partei ermöglichen soll. (Sehr richtig) Wir dürfen auch nicht das Odium der Schwäche und Undeutlichkeit auf uns laden. Ich glaube, daß die Beschlüßfassung aus einer gewissen Unzulässigkeit erfolgt ist, die aus dem Gedanken herrührt, daß wir das schon hundertmal gehört haben, daß diese Kritik niemals etwas Positives, sondern nur Negatives gebracht hat und die Partei schwächt. Ich billige die Ansicht des Parteitagess in diesem Punkte nicht, wenn auch manches diese Abneigung verständlich macht. Auf einer Versammlung, die gestern im Friedrichshain stattfand, ist als einzige Schrift die Kampfschrift der Opposition zum Fall Luer verbreitet worden. Auf meiner Fahrt von Solingen nach Breslau im Wahlkampf wurde ich von einer Broschüre der Genossin Sender verfolgt, die die Tendenzen der Reichstagsfraktion gegenüber dem Belagerungszustand nicht richtig wiedergibt, sondern es so erscheinen läßt, als ob die Mehrheit ihre Haltung aus Liebe zum Belagerungszustand eingenommen habe. Solche Dinge erschweren eine sachliche Kritik. So leicht wie Martwald es seinen Gegnern macht, brauchte er es nicht zu tun. (Heiterkeit.) Er sollte nicht Wert darauf legen, der Scholem Sozialdemokratischer Parteitage zu werden. (Sehr gut! — Heiterkeit.) Vor der Ritterlichkeit, mit der Scheidemann den Kampfgefährten verteidigt hat, ziehe ich den Hut, obgleich ich in der sachlichen Beurteilung dessen, was Martwald kritisiert haben wollte, anderer Meinung bin. Wir sollten soviel Objektivität besitzen und sagen: ich stimme die Minderheit nicht nieder, sondern will ihre Gründe hören und mich mit ihr auseinandersetzen. (Sehr richtig)

Genosse Ströbel hat gestern an meiner Rede im Reichstag Kritik geübt und gesagt, wenn wir den Vorwurf des Novemberverbrechens entgegengescheubert hätten: Ihr seid die Juli- und Augustverbrecher, so wäre das wirklicher gewesen. Darüber läßt sich streiten. Ob er die Ungerechtigkeit der gegen uns erhobenen Vorwürfe dadurch wirksamer ins Licht setzt, scheint mir zweifelhaft zu sein. Ueber Ströbels hier gehaltene Rede kann ich ein günstigeres Urteil abgeben, als er es über meine getan hat. Wir müssen unsere

Handlungsweise immer nachprüfen, weil die Resultate unseres Mühens nicht diejenigen sind, daß die Genossen draußen einheitlich damit zufrieden wären. (Sehr gut!)

Der Streitpunkt, der hier aufgerollt wird, ist der der Koalition. Gegen das, was in der Resolution Müller gesagt worden ist, hat kein Redner der Opposition einen Satz vorbringen können; nur den Gedankengang, den Ihr damit verbindet, verwerfen wir. Was uns als Ersatz angeboten wird, ist sehr mager. In sechs Absätzen der Resolution Dismann wird die bisherige Politik von Partei und Fraktion verurteilt. Ein Absatz blickt in die Zukunft und ergibt sich in allgemeinen Redewendungen über Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, während doch jeder der Meinung ist, daß er diesen Klassenkampf führt.

Es handelt sich um den alten Gedanken: Verfündigen wir uns am Klassenkampf, wenn wir mit Teilen der Bourgeoisie zeitweise zusammengehen? Das ist von den Älten im Zolltarikampf und in den Zeiten des Erbschaftsteuerkampfes geschehen. Der Unterschied zu heute ist der: Was damals Episode war, wird jetzt zur Periode. Deshalb das Mißtrauen und die Unzufriedenheit, von der wir oft hören. Nun frage ich: Ist der Weg, den wir heute beschreiten, unvermeidlich, oder können wir mit Dismann und anderen ein Recht kommandieren? Ich glaube, daß wir das nicht können. In allen europäischen Staaten, in denen die Sozialdemokratie bis dicht vor die Tore der Macht gelangte, ist das Koalitionsproblem ähnlich gelöst worden wie bei uns. Wir atmen jetzt förmlich auf, daß die französischen Sozialisten in einer Koalition mit Bürgerlichen der schlimmeren Reaktion ein Paroli bieten können. (Sehr gut!) Ob diese Koalition eine verdeckte ist oder ein offenes Bündnis, ist eine Frage von geringerer Bedeutung. In England und Dänemark sehen wir Koalitionspolitik; nur müssen dort unsere Genossen die Koalitionsbrüder bei den Bürgerlichen suchen ähnlich in Schweden. So einfach, wie Genosse Dismann es hinstellt, ist die Frage also nicht zu lösen.

Wenn wir ein Kabinett Marx am Leben erhalten mußten, das doch durch die Wahl entfernt werden sollte, dann nur aus dem Gesichtspunkt, weil das Sachverständigengutachten in Deutschland zur Annahme gebracht werden muß, um unserer Interessen willen, um des Volkes willen. In unseren Kreisen wird jedoch unterschätzt, welche positive Kraft auch in der Opposition liegen kann. Erst eine kraftvolle Opposition kann zu einer kraftvollen Stellung in der Koalition führen. (Sehr gut!) Es wird fälschlich angenommen, daß wir uns aus der Politik ausschalten, wenn wir uns aus der Koalition ausschalten. (Sehr gut!) Wenn wir unser parlamentarisches Gewicht wieder mit der Kraft in Einklang gebracht haben, über die wir draußen verfügen — es war ja eins der Symptome unserer Schwäche, daß unsere Gegner wußten, daß hinter den 173 nicht mehr zwei Fünftel des Volkes stehen (sehr richtig!) — werden wir auch eine günstigere Position beziehen können, werden aber, wenn wir zu Bündnissen genötigt sind, vor aller Welt abgrenzen müssen, was wir innerhalb dieser Koalition nur erreichen können. Die Enttäuschung unserer Genossen draußen ist erklärlich, weil immer zuviel von unserer Beteiligung an der Regierung erwartet wird. Die englische Arbeiterpartei handelt nüchterner. Sie tritt zwar mit ihrem Wahlprogramm in den Wahlkampf ein, gesteht aber nach der Wahl ihren Wählern offen, daß sie für dieses ganze Programm die ganze Macht nicht erobert habe. Deswegen gehen wir mit der Zeitmacht, die wir haben, an die Lösung einer kleinen Zahl bestimmter abgegrenzter Augenblicksfragen heran. So sollen wir, wenn wir zu solcher Koalition gezwungen sind, immer sagen: Genossen, läßt euch nicht! Wir bringen euch nicht Frieden, Freiheit und Brot auf einmal, sondern wir können euch in diesem

Augenblick nur den Frieden zu bringen versuchen, um dann die andern Kämpfe weiterzuführen.

Wir müssen uns ernstlich überlegen, wie wir über die parlamentarischen Kämpfe hinaus den großen Körper unserer Parteigenossen aktiver in unseren politischen Kampf hineinziehen. (Sehr richtig!) Deshalb müssen wir den großen Ruf zum Schutz der Republik in unser Land hinaus ertönen lassen. Nicht auf die Form, sondern auf den Inhalt der Republik kommt es an. Aber da wir so wenig Freunde der Republik, auch nur ihrer Form haben, und gezwungen sind, Bürgerliche zu kritisieren, die zuge Freunde dieser Republik sind, sollte man in unseren Reihen keine Zweifel darüber lassen, daß es zwar auf den Inhalt und nicht auf die Form ankommt, daß wir aber die Form verteidigen, um den Inhalt zu gewinnen. (Sehr richtig!) Die heutige Republik ist noch nicht das, was sie sein soll. Das wollen wir aus ihr erst machen, und deshalb kämpfen wir mit Nägeln und Zähnen für diese Republik. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Robert Schmidt-Berlin: Durch das Auftreten der Opposition ist die Frage in den Vordergrund gedrängt, ob es vom sozialdemokratischen Standpunkt richtiger erscheint, in ein Koalitionsministerium einzutreten. Wir haben in der Fraktion bei jeder Entscheidung über diese Frage immer eine Opposition gehabt. Daß die Auffassung der Opposition vollständig verkehrt ist, dafür ein Beispiel. Als wir nach dem Londoner Ultimatum uns in der Situation befanden, daß das bürgerliche Kabinett zurücktrat, gab es für uns keine andere Entscheidung, als Eintritt in ein Koalitionsministerium. Wir hätten sonst der deutschen Arbeiterschaft ungeheuren Schaden zugefügt. Damals waren sich England, Frankreich und Italien einig, daß dieses Ultimatum erfüllt werden muß und daß, wenn diese Erfüllung nicht geschehe, die Befehung des Ruhrgebiets die weitere Folge sein würde. Hat die Partei nicht eine Aufgabe erfüllt, die im Interesse der deutschen Arbeiterschaft lag, indem sie alles einsetzte, um damals die Befehung des Ruhrgebiets zu vermeiden?

Welches war denn im Grunde genommen die Politik, die von der bürgerlichen Seite als die Erfüllungspolitik bezeichnet wurde? Diese Politik nahm Rücksicht auf die politische und geistige Strömung, die als Folge des Krieges eingetreten war, und sie erwartete in der Folgezeit ein Abflauen der geistigen Zerrüttung der europäischen Völker. Ist in dieser Beziehung keine Veränderung eingetreten? Ist nicht in England und Frankreich ein Umschwung zu verzeichnen? Die Stellung Deutschlands und der Sozialdemokratischen Partei konnte keine andere sein als die des Abwartens und der Verständigung mit unseren Freunden im Auslande, um eine Veränderung in der Schärfe der politischen Gegensätze herbeizuführen. Ich habe eine große Achtung vor unseren Freunden im Auslande, besonders in Frankreich. Sie haben sich schnell wieder zur Internationale zurückgefunden und sie haben ebenso wie unsere Freunde in den anderen Ländern der Internationale neues Leben und neue Kraft zugeführt.

Was will nun die Opposition für ein Programm für die kommende Zeit? Was hat sie hier zum Vortrag gebracht? Genosse Löbe ist der Meinung, wir hätten doch einem Korreferenten das Wort geben sollen. Beachten Sie aber auf der anderen Seite den Vorteil, der darin liegt, daß eine ganze Reihe von Parteigenossen von der Opposition zu Worte gekommen sind, die sonst nicht das Wort erhalten hätten. Uns liegt daran, die verschiedensten Anschauungen zu hören. (Sehr richtig!)

Ein Redner aus Thüringen sagte: wir wollen das Maximum der Kraft entwickeln. Das ist eine schöne Redensart, und ich glaube, wir können ihm zustimmen. Aber ich frage ihn: haben die Bergarbeiter in ihrem Kampf nicht ein Maximum der Kraft entwickelt? (Sehr richtig!) Haben nicht die Gewerkschaften

in ihrem Lohnkampf und in den Kämpfen um den Achttundentag auch ein Maximum der Kraft entwickelt, und zwar in einer Zeit, in der ihre Kassen leer, ihre ganze Aktionskraft ungeheuer geschwächt war, in einer Zeit, in der sie die kommunistische Taktik zu überwinden haben? Aber in einem unterseide ich mich von dem Kritiker aus Thüringen. Wir sollen die Kraftentwicklung der gewerkschaftlichen Kämpfe und der Lohnkämpfe nicht mit politischen Fragen verquicken. (Sehr gut!) Das sind Dinge, die nicht zusammengehören. Ich bin fest überzeugt, daß auch die Gewerkschaften ihre Aufgaben auf dem Gebiete der Lohnkämpfe von politischen Tagesfragen frei halten werden. Das Gegenteil wäre eine Taktik kommunistischer Art, aber nicht eine Taktik, die eine sozialdemokratische Partei als richtig bezeichnen kann.

Genosse Aufhäuser sagte: es fehlt uns an weitgesteckten sozialdemokratischen Zielen. Ich frage, ob wir auf wirtschaftlichem Gebiet nicht weit gesteckte Ziele propagiert haben, ob nicht in der Erfassung des Sachwertes, in der Steuerfrage, auf sozialpolitischem Gebiet, in der Währungsfrage die Sozialdemokratische Partei geradezu führend in Parlament gewesen ist. (Sehr wahr!) Ich habe sehr oft den Eindruck, daß es sowohl draußen wie innerhalb der Fraktion Genossen gibt, die nicht im einzelnen verfolgen, mit welchem Eifer die Tätigkeit auf diesem Gebiet sich vollzog. (Sehr wahr!) Ich habe keine große Achtung vor der Auffassung unseres Genossen Aufhäuser, wenn er mit einer Handbewegung über die Währungsreform hinweggeht und meint, nur die Goldwährung sei das richtige, die Rentenmark sei nur ein Palliativmittelchen. Unter denjenigen, die sich mit der Währungsfrage beschäftigen, wird kein Streit darüber bestehen, daß eine Golddeckung bei der Währung nur dann Wert hat, wenn auch die Noten gegen Gold eingelöst werden. (Sehr richtig!) Nur zu sagen: der Goldschlag steht als Deckung für die Noten dahinter, hat bei einer solchen Papierflut keinen Wert. Deshalb war gerade der Weg der Sachdeckung, wie er von uns vorgeschlagen worden ist, der allein richtige. Wenn es jemals unberechtigt gewesen ist, an einer Sache Kritik zu üben, dann an der Aufgabe, die die Partei in dieser Beziehung erfüllt hat. (Sehr richtig!)

Der Genosse Aufhäuser sagt, auch außerhalb müßten wir unsere weitgesteckten sozialdemokratischen Ziele klar und deutlich zur Geltung bringen, so erwidere ich ihm: er ist als Leiter einer großen Gewerkschaftsorganisation sehr gut in der Lage, weitgesteckte sozialdemokratische Ziele zur Geltung zu bringen. (Sehr gut!) Aber ich sehe in seiner Organisation dieselben Erscheinungen wie in den anderen gewerkschaftlichen Organisationen. (Sehr wahr! und Heiterkeit.)

Nun ein Wort zum Ermächtigungsgesetz. Ich teile die Auffassung, die der Genosse Müller im wesentlichen skizziert hat. Aber lassen Sie mich noch eines hinzufügen. Die Entscheidung über das zweite Ermächtigungsgesetz war eng verknüpft mit der Frage der Auflösung des Reichstags, die von den Deutschnationalen aus naheliegenden Gründen mit ungeheurer Eifer betrieben wurde. Ich frage heute: ist nicht jede Hinausschiebung des Wahltermins in ruhigen politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen von größerer Bedeutung als in einer Zeit der Unruhe und der stärksten Währungserschütterungen? (Sehr wahr!) Es wäre sehr töricht gewesen, wenn wir in dieser Zeit den Deutschnationalen gefolgt wären und gesagt hätten: jetzt wollen wir die Wahlen zu einem Zeitpunkt ausschreiben, der der ungünstigste für die deutsche Arbeiterschaft ist. (Sehr richtig!) Der Reichstag durfte nicht eher aufgelöst werden, bis die Reparationsfrage geklärt war. Mit dem alten Reichstag hätten wir die Reparationsfrage leichter gelöst. Ist nicht die Reparationsfrage die Frage, die uns augenblicklich außerordentlich interessiert, von der das Wohl und Wehe des deutschen Volkes abhängt? Die Lösung dieser Frage ist die Aufgabe der unmittelbaren Zukunft. Da vermissen Sie, daß die Opposition uns ihr Ziel

angibt. Das Ziel kann kein anderes sein, als mit allen Kräften auf der Grundlage des Sachverständigengutachtens in enger Fühlung mit den Freunden draußen die Lösung zu suchen, die uns einen Schritt vorwärts in Deutschland bringt. Unter solchen Umständen müßten wir das Ermächtigungsgesetz schlucken. Viele der Verordnungen, die auf Grund des Ermächtigungsgesetzes ergangen sind, hätte die bürgerliche Majorität im Reichstag sowieso angenommen.

Aus all diesen Gründen ist es unsere vornehmste Aufgabe, wenn wir wieder zu den Kräften kommen wollen, die wir zu dem Aufbau der Partei und auch zum Aufbau Deutschlands brauchen, die Erkenntnis des Sozialismus zu vertiefen und in immer weitere Kreise der Bevölkerung hineinzutragen. (Beifall.)

Inzwischen ist ein Antrag auf Schluß der Debatte eingelaufen.

Krüger-Brandenburg begründet diesen Antrag.

Fleißner-Dresden spricht gegen den Antrag.

In der Abstimmung wird der Antrag auf Schluß der Debatte mit 136 gegen 131 Stimmen angenommen. (Fürrufe der Opposition.)

Markwald-Frankfurt (persönliche Bemerkung): Genosse Löbe hat einen Vergleich zwischen mir und einem kommunistischen Abgeordneten gezogen, dessen Eigenart in grober Beschimpfung seiner politischen Gegner besteht. Ich möchte fragen, ob der Genosse Löbe einen einzigen beleidigenden Ausdruck von mir gehört hat. Falls er diese Frage verneinen muß, würde der Vorwurf auf ihn selbst zurückfallen. (Heiterkeit.)

Toni Sender (persönliche Bemerkung): Der Genosse Heinig hat mir unterstellt, ich hätte gesagt, daß man die Bürgerlichen dazu zwingen könne, gute Republikaner zu sein. Das Stenogramm weist aus, daß ich weder dem Wortlaut noch dem Sinne nach einen derartigen Bödsinn gesagt habe. (Sehr gut!)

Vorsitzender Dittmann: Ich darf feststellen, daß der Genosse Heinig das Wort „Bödsinn“ sicher nicht gebraucht hat. Sonst wäre es gerügt worden.

Dittmann-Stuttgart (persönliche Bemerkung): Genosse Schulz aus Königsberg sagte, ich hätte mich selbst als Korreferenten bezeichnet. Wenn meine engeren politischen Freunde mich als Korreferenten vorschlugen, so hat der Parteitag das Korreferat ja abgelehnt.

Genosse Schulz hat dann auf angebliche Äußerungen von mir auf dem letzten Verbandstag meiner Organisation in Cassel Bezug genommen. Dazu habe ich folgendes persönlich festzustellen. Wir haben auf dem Verbandstag in Cassel allen Richtungen volle Redefreiheit in verlängerter Redezeit gegeben. Die Äußerungen, die der Genosse Schulz zitiert hatte, kann er nur aus dem „Bormärts“ wiedergegeben haben. (Hört, hört!) Jedenfalls kann er es an keiner anderen Stelle gefunden haben, wo über den Verbandstag eingehend berichtet wurde. Ich muß ihm also wie jedem, der auf eine objektive Wiedergabe meiner Äußerungen Wert legt, empfehlen, sich an objektive Zeitungsberichte oder aber an unser Protokoll vom Casseler Verbandstag zu halten. Sachlich ist das, was Genosse Schulz zitiert hat, falsch. Ich habe auf dem Verbandstag den Kameraden gegenüber erklärt — was eine Selbstverständlichkeit ist —: urteilt objektiv, erkennt an, was wir im Interesse des Verbandes getan haben, und über die einzelnen strittigen Fragen wollen wir uns sachlich auseinandersetzen und zu verständiger suchen. Nimmermehr hat der Vorstand und habe ich als Berichterstatter des Vorstandes ein bedingungsloses Vertrauen verlangt.

Löbe-Berlin (persönliche Bemerkung): Herr Scholem, den ich in einem etwas harten Vergleich hier herangezogen hatte, hat verschiedene Eigenschaften. Als ich den Vergleich anstellte, dachte ich daran, wie dieser Abgeordnete die Interessen seiner eigenen Partei in untaktischer, taktloser, ungefüchter und

vordringlicher Weise vertritt. (Sehr gut!) Seine beleidigenden Beschimpfungen, diese Art seines Auftretens habe ich bei dem Vergleich mit Markwald nicht heranziehen wollen. (Große Heiterkeit.)

Ich benutze die Gelegenheit zu einer anderen persönlichen Nichtigstellung. Eine Bemerkung über die Verteilung einer Broschüre ist von den Berliner Genossen so aufgefaßt worden, als ob ich der hiesigen Organisation einen Vorwurf machen wollte. Ich nehme an, daß die hiesige Organisation daran gar nicht beteiligt war. Ich wollte damit nur gewissen Leuten, die Kampfschriften gegen die Partei herausgeben und das für das Notwendigste ihrer Parteiarbeit halten, geißeln. Gegen den einzelnen sandte ich meine Worte, nicht gegen die Berliner Organisation. (Zurufe.) Es wäre noch viel schlimmer, Genosse Dittmann, wenn dies Material von einer gegnerischen Partei verkauft würde.

Wels (Partei Vorstand) (Schlußwort): Parteigenossinnen und Genossen! Den größten Teil der für das Schlußwort übrigbleibenden Arbeit hat der Genosse Müller zu übernehmen. Gestatten Sie mir, auf die Dinge einzugehen, die für mein Referat besonders in Frage kommen.

Die Vorwürfe, daß die Opposition nicht in genügendem Maße zum Wort gekommen ist, weil ihr ein Korreferat nicht verfaßt wurde, müssen meiner Auffassung nach zurückgewiesen werden, weil andere Gründe als die maßgebend sind, die insbesondere Genosse Fleißner in für den Parteivorstand herabsetzender Weise hervorhob. Ich betone ferner gegenüber dem Genossen Fleißner, daß die Festsetzung der Tageszeit für den Parteitag schon vor Monaten erfolgt ist und daß von seiner Seite gegen die Zweckmäßigkeit dieser zeitlichen Begrenzung ein Einspruch erhoben worden ist.

Die Unabhängige Partei ist vor der Vereinigung von dem bei der alten Partei üblichen Brauch abgegangen, eine ganze Woche zu tagen; gerade ihre Mittglieber haben uns auf die Zweckmäßigkeit dieser Verkürzung aufmerksam gemacht.

Die Aufstellung eines Korreferenten ist nach meinem Gefühl deshalb abgelehnt worden, weil die Parteigenossen von der Auffassung ausgingen, daß der Einheit der Partei nicht dadurch gedient wird, aller Welt das Schauspiel zu geben, daß die Einigung der Partei nur ein Schemen ist und zwei Richtungen heftig um die Herrschaft kämpfen. (Sehr gut! und Zurufe.) Ich hatte das zweifelhafteste Vergnügen, als Referent des Vorstandes auf verschiedenen Bezirksparteitagen zu den Korreferaten Stellung zu nehmen. Diese Art der Organisierung der Opposition durch die Forderung nach Gleichberechtigung mit den verantwortlichen Parteinstanzen geht über die zustehenden Ansprüche hinaus. Diese Zweifeltätigkeit ist auf die Tatsache zurückzuführen, daß die Einigung nicht mit der gleichen Unvoreingenommenheit von allen vollzogen worden ist. Der Beschluß zur Einigung ist auf dem Parteitag der U.S.P.D. in Gera mit überwältigender Mehrheit gefaßt worden, die Minderheit aber hat als Reservatio die Erklärung abgegeben, sie werde auch in der geeinten Partei von den in der anderen Partei aufgestellten Grundfragen nicht abweichen, insbesondere in den Punkten, die heute zur Debatte stehen. Mit Bedauern habe ich erlebt, daß Dittmann auf dem Landesparteitag in Württemberg aus dieser Reservatio das Recht ableitete, eine besondere Stellung in der Partei einzunehmen. (Hört, hört! und Zurufe.) Die Genossin Sender hat in Chemnitz mir gegenüber auf diese Erklärung verwiesen. Diese persönliche Salbierung einiger Genossen in Gera hat für die Partei keine Geltung und verstoßt gegen Sinn und Geist des Geraer Beschlusses, nach Nürnberg zu gehen. (Lebhafte Zurufe und große Unruhe.) Nach der mir gemordenen Darstellung war es nichts anderes als eine Ueberrumpelung

der für die Einigung kämpfenden Parteileitung. (Lebhafte Zurufe von Dismann.) Genosse Dismann, Sie verbitten sich immer alle Angriffe. Ich habe in meinem Referat nicht die Tonart angeschlagen, die die Opposition gegen uns anschlägt. (Lebhafte Unruhe.) Der Parteivorstand hat in 1½ Jahren seit der Einigung aus dem eigenen Lager fast mehr Beschimpfungen erfahren als von den Kommunisten. Wir erblicken in der unausgesetzten Schaffung von neuen Reibungsläcken nichts anderes als die Befolgung der kommunistischen Parole, gegen die Führer anderer Richtungen vorzugehen. (Große Unruhe und erregte Zurufe.) Soll ich den Stoß Zeitungsartikel vortragen, in denen zur Beseitigung des Parteivorstandes und zu seiner Reinigung an Haupt und Gliedern aufgefordert wird, weil der Parteivorstand durch sein würdeloses Hinterherlaufen hinter den bürgerlichen Parteien die Würde der Partei nicht wahr! Wer die mit der Verantwortung für die Wahrung und Förderung der Partei beauftragten Personen in der Öffentlichkeit so herabsetzt, dient den Interessen der Partei nicht. Wenn alle Angriffe gegen den Vorstand immer mit dem Satz schließen: das hindert uns nicht, einig und zusammen zu bleiben, so habe ich dafür nur ein sehr beschränktes Verständnis. (Sehr gut!) Der Vorstand soll durch diese Äußerung zur Liebe gezwungen werden, etwa wie der Berliner sagt: „Liebe mir oder ich zerhack dir die Kommode!“ (Heiterkeit.) Das ist die Liebe, die auf dem Terror gegen den anderen Teil beruht, die die Opposition in der Partei sührt, die wir nachweislich als organisierte Opposition gekennzeichnet haben, deren Zusammenhänge wir auch dokumentarisch nachweisen können.

Wir lehnen es ab, den Richtungsstreit in der Partei als etwas zur Partei Gehöriges anzuerkennen.

Seydewitz hat mir und dem Parteivorstand gegenüber behauptet, bei der Regierungsbildung in Sachsen seien die Kommunisten noch nicht als Verderber den Parteigenossen erkennbar gewesen. Die an den Parteivorstand gerichteten Fragen sind klipp und klar von uns mit der Ablehnung eines Zusammengehens mit den Kommunisten beantwortet worden, da auch Ihnen schon damals die von Moskau befohlenen 21 Punkte bekannt waren, wonach die Notwendigkeiten des deutschen Volkes oder des betreffenden Landes als Richtschnur nicht anerkannt werden sollten, sondern die Befehle einer Körperschaft, die außerhalb Deutschlands liegt. Wir haben auf die Zerförungsarbeit in den Gewerkschaften hingewiesen, und waren uns mit einem hervorragenden Gewerkschaftler darin einig, daß das Zusammengehen mit den Kommunisten so verderblich wie die Räteherrschaft in München wirken würde. So sehr mir eine Einigung mit den sächsischen Freunden am Herzen liegt, kann ich nicht anerkennen, daß das Zusammengehen mit den Kommunisten eine Notwendigkeit oder eine politische Klugheit gewesen wäre. Tatsächlich haben die thüringischen und sächsischen Genossen das Zusammengehen mit den Kommunisten im Gegensatz mit der von der gesamten Partei befolgten Politik eingeleitet. (Lebhafter Widerspruch.) Der Versuch von Seydewitz, diese Politik zu rechtfertigen, war deshalb deplaciert. Wie das Stenogramm meiner Rede ausweisen wird, habe ich auch nicht der Sozialdemokratischen Partei in Sachsen den Vorwurf gemacht, die hätte die Reichsregierung herbeigeführt, sondern ich habe die Schuld hierfür den Kommunisten gegeben.

Die Genossin Sender charakterisierte unsere Politik durch den Mangel an Erfolge; unsere Politik müsse also falsch gewesen sein. Eine Politik kann richtig sein, ohne daß ihr Erfolge beschieden sind. Ich erinnere an die Politik der Sozialdemokratie während des Krieges und die Bemühungen, durch eine Friedensresolution die Brücke über das Blutmeer zu schlagen. In stetigem Ringen haben wir Zentrum und Demokraten für diese Resolution im alten Reichstag gewonnen. War diese Politik falsch, weil sie nicht zum Erfolge führte? Sie

wurde sabotiert durch die Männer, die in den Regierungsämtern die Politik des deutschen Reichstags sabotierten und die Brücken immer wieder in Grund und Boden schlugen, die dem deutschen Volk den Frieden gegeben hätten. So richtig wie diese Politik war auch unsere Politik in der Nachkriegszeit, der der Erfolg verjagt blieb, weil auf den Schultern der Sozialdemokratie, die allein im allgemeinen Zusammenbruch die Trägerin der Regierungsverantwortung war, alle Lasten sich türnten. Die Sozialdemokratische Partei allein genöÙ das Vertrauen im Volk, wir sind die Inkarnation der Verantwortung für die Sünden und Fehler des alten Regimes. Wir konnten keinen Erfolg erzielen, weil das Sündenkonto der verflochtenen Regierung ins Ungeheure gestiegen war und durch unsere Arbeit in wenigen Jahren nicht ausgelöscht werden konnte. Es ist ein tragisches Geschick, daß die Sozialdemokratie in Deutschland solange positiv wirken konnte und nicht an der politischen Macht war, als in Frankreich die Revanchegeströmung noch stärker als jetzt war und unter der unendlichen Belastung der Kriegs- und Nachkriegszeit der Einfluß der Sozialdemokratie durch die außenpolitischen und innerpolitischen Wirkungen sich verminderte, in den übrigen Ländern der Einfluß der Arbeiterchaft aber durch die von Deutschland geriebene Politik wuchs. In der Sozialdemokratischen Partei verkörpert sich das Schicksal des deutschen Volkes. (Sehr richtig!)

In der Geschichte aber wirkten sich die Dinge anders aus. Die Sozialdemokratie Deutschlands wird für die fünf Jahre nach dem Krieg bis zur Zeit der wirtschaftlichen Konsolidierung den höchsten Ruhm ernten und einen Aufstieg für die deutsche Sozialdemokratie gemeinsam mit der Sozialdemokratie der anderen Länder beginnen.

Ich sehe deshalb nicht wie Ströbel eine schwere Niederlage in dem verflochtenen Wahlkampf. Wie im Weltmeer gibt es im politischen Leben der Völker und Parteien Wellenberge und Wellentäler. Die Welle am 4. Mai warf uns auf den Tiefstand, die kommende Zeit wird uns in die Höhe heben, vor allen Dingen, weil die moralisch-sittlichen Tendenzen, die ökonomischen Kräfte und die wissenschaftlichen Unterlagen für Regierungs- und Wirtschaftsbildung allein bei der Sozialdemokratie zu finden sind und ihr den Sieg verschaffen.

Ich bin betrübt, daß der Gedanke einer Niederlage der Sozialdemokratie vor den Wahlen gar nicht so hart empfunden wurde, denn ein Artikel in einem sächsischen Blatt erschien mit der Aufschrift: Her mit der befreienden Niederlage! Man hoffte, mit der Aenderung der Politik der Partei die Beseitigung der Bonzen herbeizuführen, um so den Aufstieg anzubahnen. Niemand kann sich darüber im unklaren befinden, daß die Sozialdemokratische Partei schon aus rein technischen Gründen einen Rückgang der Mandatziffern im Reichstag erleben mußte. Bei den Wahlen im Februar 1921 zogen die Kommunisten mit 30 gegen 28 unabhängige Sitze in den Preussischen Landtag ein. Bei der Zerschlagung in Halle wurden die Unabhängigen nicht wie die Abgeordneten in die Hälfte geschieden. Das wußten wir, und darum ist es falsch, diese Korrektur der Wahlziffer als eine schwere Niederlage hinzustellen.

Litte könnte ein absolut authentischer Interpret der Vorgänge in Berlin sein, denn er war Vorsitzender der ersten Bezirksgeneralsammlung, die zur Aufstellung der Kandidaten Stellung nahm, die er mit der Erklärung schloß, daß, da ein Ergebnis nicht zustande gebracht sei, nummehr der Parteivorstand einzugreifen habe. Ich bekenne mich aber schuldig, schon vorher mit den streitenden Gruppen Verhandlungen aufgenommen zu haben, aber wahrlich nicht aus Vergnügenssucht, (Sehr gut!), sondern weil ich durch den Vorstehenden der Berliner Organisation, den Genossen Künstler, wiederholt darum gebeten war. Es kam auch kein Votum zustande, sondern in gemeinsamer Sitzung einiger Mitglieder des Vorstandes hat der Bezirksvorstand von Groß-Berlin Be-

schlüsse gefaßt, die nachher von einer zweifelsfreien Mehrheit der Delegiertenversammlung angenommen worden sind. Wenn behauptet wird, dieses Eingreifen sei Berlin bei den Wahlen schlecht bekommen, so ist das irrig. In Letzow-Beestow war kein Streit über die Kandidaten, und dort hat die Partei noch schlechter abgeschnitten als im eigentlichen Berlin, wo verhältnismäßig die günstigsten Resultate erzielt wurden.

Soweit mein Schlußwort! Das weitere wird Müller behandeln, und zwar auch die Anträge 8, 9, 10, 11, 12 und 28, die zum Fraktionsbericht gehören.

Von den Anträgen, die sich auf den Bericht des Parteivorstandes beziehen, bitte ich Sie, den Antrag 1 abzulehnen, weil niemand wissen kann, welche innerhalb der nächsten Jahre zu lösenden und lösbaren Aufgaben der Partei aufzutragen werden. Diese Forderung ist dem Wunsch entsprungen, der Partei zu dienen, ist aber undurchführbar. Ebenso bitte ich den Antrag 2 abzulehnen, den Antrag 3 dagegen anzunehmen, mit dessen Annahme alle zu diesem Punkt gestellten Anträge sich erledigen, nämlich die Anträge 5, 6 und 7. Den Antrag 13 bitte ich, dem Parteivorstand zu überweisen, damit die Antragsteller diesen darüber informieren können, da bisher nicht bekannt geworden ist, daß eine Vermeidung in der Begehung der Maiseier eingetreten ist. Ebenso bitte ich um Ueberweisung des Antrags 14 an den Parteivorstand. Antrag 15 ist dadurch zu erledigt zu erklären, daß die Fraktion nunmehr monatlich über ihre Tätigkeit in Verbindung mit dem Mitteilungsblatt für die Funktionäre Berichte herausgeben wird. Dadurch erledigt sich Antrag 16. Antrag 17 bitten wir dem Vorstand zu überweisen, Antrag 18 als erledigt zu erklären. Vom Antrag 19 bitten wir, den einleitenden Satz anzunehmen, die Ziffer a dem Parteivorstand zu überweisen; der Erwägung zu b bedarf es nicht, da ein solches Organ schon vorhanden ist und nur absonnert zu werden braucht. Antrag 20 bitte ich abzulehnen. Der Antrag ist leicht gestellt, aber die Aufrechterhaltung einer Parteischule ist eine Finanzfrage, wir haben auch einen Ersatz in der Schule in Schloß Tinz. Antrag 21 bitten wir abzulehnen, weil der Wunsch durch die Herausgabe der „Gesellschaft“ und die Tatsache erfüllt ist, daß Wanderlehrer tätig sind; den Absatz 2 des Antrages bitte ich dem Parteivorstand zu überweisen, ebenso den Antrag 22 und 23. Anzunehmen bitte ich den Antrag 24, dagegen den Antrag 25 abzulehnen, da wir eine solche Einrichtung in dem Wirtschaftsausschuß der Reichstagsfraktion haben mit dem Recht der Heranziehung von Experten. Antrag 26 bitte ich im Auftrage vom Parteivorstand und Parteiauschuß anzunehmen. Antrag 27 bitte ich dem Parteivorstand zu überweisen. Die Anträge 29 und 30 bitte ich abzulehnen. Den Antrag 31 bitte ich der Reichstagsfraktion zu überweisen. Antrag 32 bitte ich abzulehnen. Wir glauben im Sinne des Kampfes unsere Pflicht getan zu haben. Antrag 240 bitte ich dem Parteivorstand zu überweisen. Antrag 241 ist erledigt, da das Frauenblatt in Kürze herauskommen wird. Antrag 242 bitte ich abzulehnen. Wir können außer den schon bestehenden Spezialzeitschriften nicht noch ein Blatt herausgeben, für das keine Abonnenten mehr da sind. Außerdem gibt die Erziehungs-Internationale schon eine solche Zeitschrift heraus. Mit der von mir vorgeschlagenen Erledigung der Anträge wird der Partei am besten gedient werden.

Hermann Müller (Parteivorstand), (Schlußwort): Ueber die Anträge 239 und 243 ist namentliche Abstimmung beantragt. Das sind die beiden Resolutionen von mir und Genossen Dismann. Ich glaube, daß die Entscheidung über alle zur Frage der Taktik gestellten Resolutionen mit der Entscheidung für oder gegen die eine oder andere dieser beiden Resolutionen fällt. Ich beantrage deshalb, die Anträge 8, 9, 10, 11, 12, 187, 188, 189, 190, Abs. 1, 191, 192, 193, 194, 210, 227, 228, 229, 231, 232 und 237 durch die Annahme einer der beiden Resolutionen für erledigt zu erklären. Die Resolution Dismann ist ein starkes Miß-

trauensvotum gegen die Parteileitung und die Politik der Fraktion. Darüber wird sich jeder klar sein.

Es sind mehrere Anträge gestellt, die Wünsche in bezug auf einzelne Materien der Gesetzgebung betreffen. Da der Parteitag vor den Wahlen geplant war, ist ein großer Teil der Anträge unter anderen Voraussetzungen gestellt, als sie heute vorliegen, und durch Anträge, die die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion in den letzten Wochen eingebracht hat, bereits erledigt.

Die Anträge 8 und 190 Abs. 2 bitte ich der Fraktion zu überweisen. Die Reichstagsfraktion wird die Arbeitsdienstpflicht als verkappten Versuch, die Wehrpflicht einzuführen, glatt ablehnen. Die im Antrag 186 geforderten Vorbereitungen für einen Volksentscheid über den Achtfundentag werden bereits getroffen. Antrag 195 richtet sich gegen den deutschen Volkshafter in Washington. Wiederfeldt ist von Krupp nur beurlaubt und hat nicht die Absicht, dauernd Volkshafter zu bleiben. Antrag 196 bitte ich der Fraktion zu überweisen, ebenso die Anträge 197, 198 und 199. Die Anträge 48, 200, 207 und 236 betreffen das Gesetz über die Ausführung des Artikels 48 der Reichsverfassung. Wir haben bereits einen entsprechenden Antrag im neuen Reichstag eingebracht. Zu den Anträgen 201, 202 und 204 Abs. 1 liegen bereits Anträge der Fraktion vor. Auch zu Antrag 203, Aufwertung der Sparkassenguthaben, haben wir Anträge im Reichstag eingebracht. Die Anträge 204, Abs. 2 und 3 und 224 bitte ich der Fraktion zu überweisen. Antrag 245 bitte ich anzunehmen. Antrag 205 verlangt ein Amnestiegesetz. Ein entsprechender Antrag ist bereits im Reichstag eingebracht. Die Anträge 206 und 208 bitte ich der Fraktion zu überweisen. Auf Antrag 209 werde ich noch zurückkommen. Bezüglich der Anträge 211, 212, 214 und 215, betreffend die Bodenfrage, haben wir bereits im neuen Reichstag den Antrag wiederholt, den wir schon im alten gestellt haben. Die Anträge 213, 216, 217 und 218 bitte ich der Fraktion zu überweisen. Antrag 219 betrifft das Wahlrecht für die Seeleute. Die Anträge 220 und 221 fordern ein neues Wahlgesetz. Ueber die Notwendigkeit der Verkleinerung der Wahlkreise habe ich bereits gesprochen. Das Reichskabinett hat eine entsprechende Vorlage bereits angenommen, so daß wir uns demnächst damit zu befassen haben werden. Die Anträge beantrage ich der Fraktion zu überweisen. Die Anträge 222 und 226 betreffen die Reichsbahnen. Wir werden das Material verwenden bei Erledigung der Gesetze über das Gutachten der Sachverständigen. Die Anträge 223, 225 und 230 bitte ich der Fraktion zu überweisen. Ueber Antrag 244, der die Reichstagsfraktion beauftragt, bei der Haushaltsberatung den Reichswehretat abzulehnen, ist namentliche Abstimmung beantragt. Ich halte solchen Antrag für unklug. (Sehr richtig!) Ob der Reichswehretat angenommen oder abgelehnt werden muß, entscheidet sich nach den Verhandlungen im Reichstag. Wir würden durch die Annahme des Antrages den Rechtsparteien eine zu leichte Gelegenheit geben, in der Reichswehr gegen uns zu agitieren. (Sehr richtig!) Ich bitte daher, den Antrag abzulehnen.

Es ist bemängelt worden, daß die Fraktion in der vergangenen Zeit nicht genügend Informationen über ihre Haltung herausgegeben hat. Diese Vorwürfe sind berechtigt. Wir haben beschlossen, dem Mitteilungsblatt des Parteivorstandes allmonatlich eine Beilage über die Tätigkeit der Fraktion zu geben und auch regelmäßig Referentenmaterial herauszugeben. Es darf aber nicht vergessen werden, daß wir in den letzten Jahren nicht die Mittel gehabt haben, eine so umfassende Agitation zu betreiben. In Zukunft werden wir in dieser Beziehung wieder mehr leisten können.

Daß eine lebhafteste Stimmung gegen Korreferate in der Partei besteht, rührt daher, weil hierin so viel Mißbrauch getrieben worden ist. (Sehr richtig!) An

den Parteivorstand sind in den letzten Monaten vielfach Anforderungen ergangen, aus seiner Mitte Referenten und Korreferenten für Unterbergkristage zu stellen. (Heiterkeit.) Dazu sind die Mitglieder des Parteivorstandes nicht gewählt. Genossin Sender hat gesagt, daß unter Demokratie Schutz der Minderheit zu verstehen sei. Das ist richtig, aber zur Demokratie gehört noch viel mehr Schutz der Mehrheit. (Sehr gut!) Wenn 5 Redner der Minderheit hintereinander geredet haben, kann man nicht sagen, daß die andere Seite nicht gehört werden solle. (Sehr richtig!)

Ich habe immer Wert darauf gelegt, zu beweisen, daß wir in die Regierung nur gegangen sind, wenn wir mußten, und daß dafür stets außenpolitische Gründe maßgebend gewesen sind. Um diese Feststellung sind sämtliche Redner der Opposition herumgegangen. Ebenso hat auch niemand getadelt, daß die Fraktion der Regierung März das Leben ermöglicht hat. Wir haben immer verlangt, daß die Politik getrieben wird, zu der sich schließlich die Regierung der Mitte entschlossen hat. Die Politik, zu der März sich jetzt verpflichtet hat, war nichts anderes als die Fortsetzung der Erfüllungs- und Befreiungspolitik, die wir vertreten haben. Was die Bedingungen anlangt, die man stellen soll, wenn man eine Regierung unterstützt oder in eine Koalition hineingeht, so lassen sich dafür allgemein gültige Maßstäbe nicht aufstellen. Bei der Unterstützung des Kabinetts März war unsere Stellung schwach, weil die anderen mußten, daß wir im Interesse unseres Zusammenarbeitens mit den internationalen Sozialisten gezwungen waren, für die Politik der Durchführung des Sachverständigenkartells einzutreten. Genosse Dismann hat behauptet, der Grund für die Koalitionspolitik sei vielfach gewesen, daß man sich nicht ausschalten lassen dürfe. Für einen kleinen Kreis war diese Argumentation wohl maßgebend. Ich bestreite aber, daß für 80 Proz. derjenigen, die die Fraktionspolitik verteidigen, dieser Grund ausschlaggebend war. Man braucht nicht immer dabei zu sein, es gibt Fälle, wo wir aus der Regierung herausgehen müssen.

Genosse Markwald hat erklärt, daß er gegen die Görlicher Bedingungen gewesen sei, weil er überzeugt war, daß sie nicht ernst gemeint waren. Wenn der Parteivorstand und Parteiausschuß solche Resolution vorschlagen, nehmen sie es auch ernst damit. Wir wußten freilich, daß wir, was die Republikanisierung der Reichswehr angeht, nicht alles durchsetzen konnten. Aber konnten wir aus der Regierung Wirth herausbleiben, weil die bürgerlichen Parteien unsere Bedingungen nicht reiflos annehmen wollten? Damit hätten wir dem Proletariat den schwersten Schlag versetzt. Ich habe deshalb in meiner Resolution die Formulierung von Bedingungen unterlassen. Solche Bedingungen müssen aus der jeweiligen politischen Situation heraus formuliert werden.

Die Opposition hat auch meine Rede in Görlich über Stinnes kritisiert. Ich habe davon nichts zurückzunehmen. Ich habe mich damals scharf dagegen gewandt, daß man Stinnes in Spaa als Gutachter auf das Ausland losgelassen hat. Ich habe aber auch gesagt, man solle Stinnes nicht zum schwarzen Mann machen. Ich habe ferner gesagt, daß die Thyssen und Klöckner nicht besser sind als Stinnes. Weiter habe ich gesagt, daß bei Lohnverhandlungen in der Arbeitsgemeinschaft Stinnes nicht der Schlimmste gewesen ist. Andererseits haben wir immer betont, daß Stinnes seine privaten Interessen mit denen des deutschen Volkes verwechselt hat. Stinnes hat es so einzurichten verstanden, daß von seinem Vermögen das Reich Erbschaftsteuer überhaupt nicht bekommt. Er hat seine Frau als Erbin eingesetzt, und die Kinder haben auf ihren Pflichten zugunsten der Mutter verzichtet. (Unerhört!) Das ist charakteristisch für diesen Mann, der in der deutschen Wirtschaft lange eine so große Rolle gespielt hat.

Genosse Aufhäuser meinte, daß wir, als wir in der Koalitionsregierung waren, uns von den anderen Parteien nicht so abgegrenzt hätten, daß die zu gewinnenden Schichten des neuen Proletariats über unsere Haltung die richtige Auffassung bekommen hätten. Was die Wirtschaft angeht, so haben wir doch in den letzten Jahren Interpellationen genug eingebracht, die gezeigt haben, wie die sozialdemokratische Wirtschaftspolitik sich von der unterscheidet, die getrieben worden ist, nachdem wir nicht mehr im Wirtschaftsministerium vertreten waren. Die Kritiker mögen vergleichen die Wirtschaftspolitik während der Tätigkeit des Genossen Schmidt und des Staatssekretärs Hirsch mit der zu jener Zeit, als wir nicht mehr im Ministerium waren. Sie würden einen großen Unterschied zu unsern Gunsten feststellen. Die Behauptung, daß die Bourgeoisie die Inflation absichtlich herbeigeführt habe, halte ich für falsch. Die Behauptung ist so absurd, daß die Wähler sie nicht glauben würden. Gewisse Kreise der Schwerindustrie sind noch nicht die Bourgeoisie. So wenig wir heute von der Demokratie zu erwarten haben, gebietet doch die Gerechtigkeit, festzustellen, daß in den letzten beiden Krisen die demokratische Partei sich alle Mühe gegeben hat, zu verhindern, daß die Deutschnationalen in die Reichsregierung hineinkommen. Deshalb darf man nicht so allgemein von der Bourgeoisie reden.

Markwald hat die Frage aufgeworfen, was werden soll, wenn die Deutschnationalen in die Regierung kommen. Wenn die Deutsche Volkspartei mit ihrer Politik durchkommt und die Mittelparteien mürbe macht, ist damit zu rechnen, daß die Deutschnationalen in absehbarer Zeit in die Regierung kommen. Der gesamte Parteitag wird die Auffassung teilen, daß das nichts ist, was wir zu wünschen haben, trotzdem es unsere Agitation erleichtern würde. Es kann kein Zweifel bestehen, daß wir dann eine scharfe Oppositionsstellung gegen die Reichsregierung einzunehmen hätten. Es fragt sich aber: Sollen wir uns in solchem Falle damit begnügen, Opposition zu machen, bis wir die ganze Macht erobert haben? Das kann nicht unsere Aufgabe sein. Wir müßten dann vielmehr denselben Weg gehen wie unsere französischen Genossen und Konstellationen herbeizuführen suchen, die dem Wert der Reaktion ein Ende machen könnten. (Sehr gut!) Also freuen Sie sich nicht zu früh, daß uns diese bequeme Stellung in der Zeit gegeben wird. Wenn dieses Unglück über Deutschland kommen sollte, werden wir dahin arbeiten müssen, daß die Reichspolitik in absehbarer Zeit auch wieder praktisch durch uns beeinflusst wird.

Ich bin überzeugt, daß dann über den Weg, den wir gehen werden, weniger Meinungsverschiedenheiten unter uns bestehen werden, als es heute noch der Fall ist. Ich glaube, daß wir einem bloc national in Deutschland gegenüber keine andere Taktik einschlagen können, als sie die französischen Sozialisten dem bloc national in Frankreich gegenüber eingeschlagen haben.

Es ist dann über meine Resolution gesprochen worden. Genosse Löbe hat bereits darauf hingewiesen, daß gegen die Resolution an sich nichts eingemendet worden ist. Genossin Sender hat gemeint, in dieser Resolution seien nur Ziele genannt. Das ist absichtlich geschehen. Sie hat gefragt: wo sind denn die Resultate dieser Politik? Die Resolution bezieht sich nicht nur auf die Zukunft, sondern auch auf die Vergangenheit. Ich stelle demgegenüber die Gegenfrage: wie wären die Resultate gewesen, wenn wir 1920 und nachher eine andere Politik eingeschlagen hätten, eine Politik, wie sie die Genossin Sender uns hier vorgetragen hat. Genosse Sollmann hat heute morgen schon darauf hingewiesen, daß dann vermutlich das Deutsche Reich nicht mehr existieren würde, daß die Politik der Separation, die von den französischen Militärs und Gewaltpolitikern betrieben worden ist, zum Ziele geführt hätte. Aber ich frage auch: glauben Sie vielleicht, daß wir in Deutschland eine geringere Inflation bekommen hätten,

wenn wir seit 1920 nicht in der Regierung gewesen wären? Glauben Sie, daß wir eine größere Kampfkraft uns erhalten hätten, glauben Sie, daß unsere Steuerpolitik besser gewesen wäre und daß der Achtstundentag heute gesichert wäre? Diese Fragen aufzuwerfen, heißt sie verneinen.

Dann einige Worte zu den Bemerkungen über unsere Steuerpolitik. Ich will nicht das wiederholen, was auf den letzten Parteitag bereits gesagt worden ist. Aber ich kann auch hier nur erklären, daß die Erzberger'sche Steuerpolitik an sich durchaus gut war. (Sehr richtig!) Wenn es den deutschen Kapitalisten gelungen ist, sich dieser starken Besteuerung zu entziehen, so doch nur deswegen, weil die Inflation dazwischen gekommen ist und die Bourgeoisie es immer in der Hand gehabt hat, mit schlechtem Geld die Steuern zu bezahlen. Das ist so weiter gegangen, bis unter Hilferding jene brutale Steuerpolitik eingeleitet wurde, die auch von dem Besitz mehr in die Taschen des Reiches gebracht hat. Im übrigen brauche ich die Fraktion in der Steuerpolitik nicht zu verteidigen; ich glaube, ihre Steuerpolitik hält jeder Kritik stand.

Dann ein paar Bemerkungen über Sachsen und Thüringen. Seydewitz hat gemeint, man müßte doch Verständnis für die Wirkung haben, die die militärische Exekutive in Sachsen gehabt hätte. Ich glaube, der Parteivorstand und die Fraktionsleitung haben dieses Verständnis stets gehabt. Wir sind vom ersten Tage an gegen die Exekutive aufgetreten. Unsere Minister sind, als die Frage zum ersten Male im Kabinett aufgeworfen wurde, sofort zu uns gekommen und haben gesagt, sie würden ihre Ämter niederlegen. Nur weil die Fraktion nicht präsent war, ist die Amtsniederlegung um einige Tage verschoben worden. Im übrigen sind wir es doch gewesen, die alle Beschwerden gegenüber der Reichsregierung vertreten haben und die insolge dessen den gesamten Inhalt dieser Beschwerden bis ins kleinste hinein kennen. Nach dem, was Wels zuletzt sagte, ist es nicht meine Absicht, noch lange über die Frage der kommunistisch-sozialistischen Regierungen zu polemisieren. Ich will nur das eine wiederholen, was uns ein bekannter Gewerkschaftsführer gesagt hat, als die Bildung der kommunistisch-sozialistischen Regierung in Sachsen vorgenommen wurde. Er hat damals erklärt: die Bildung dieser kommunistisch-sozialistischen Regierung wird für das Gesamtreich dasselbe Unheil bedeuten, das die Mätewirtschaft für Bayern bedeutet hat. (Sehr richtig!) Wer die Zeit seither überschaut, muß zugeben, daß sich diese Prophezeiung leider sehr bewahrheitet hat.

Nun ein paar Bemerkungen zu dem, was der Genosse Kieß gesagt hat. Er hat sich auf meine Ausführungen auf dem Görlitzer Parteitag bezogen. Ich habe damals die Überzeugung gehabt, daß bei dem Mehrheitsverhältnis, wie es in Thüringen gegeben war, auf die Dauer eine sozialistische Politik in Thüringen nicht durchführbar sei, und habe die Frage aufgeworfen: was werden die Thüringer Sozialisten mit ihrem Siege anfangen? Der Parteivorstand hat damals die Linie der Entwicklung vorausgesehen, und wir stimmen im Endresultat völlig mit dem überein, was die Thüringer Genossen selber als das Fazit dieser Regierungszeit hingestellt haben. Es hieß doch in dem Aufruf, der damals herausgekommen ist:

In der Stunde höchster Gefahr für das Proletariat drücken sich die Kommunisten feige vor der Verantwortung. Wenn die KPD sagt: Einheitsfront, meint sie Putz; wenn sie sagt: gemeinsamer Kampf, will sie Parteitagitation. Die KPD ist die Todfeindin der Sozialdemokratischen Partei. Jedes Mittel wendet sie im Kampf gegen uns an.

Wir haben die KPD niemals anders aufgefaßt, als sie nach dem Scheitern des Experiments von der Thüringer Sozialdemokratie selber geschildert worden

ist. Wenn ich das Wort von dem „Trümmerhaufen“ gebraucht habe, so habe ich es doch im Zusammenhang mit dem gebraucht, was ich seinerzeit auf dem Landesparteitag in Weimar zum Ausdruck gebracht habe. Es hat sich bezogen auf die Positionen, die wir jetzt räumen mußten. Ich habe in meinem Referat wiederholt, daß ich damals sagte: ihr habt jetzt während der ganzen Debatte der Reichstagsfraktion vorgeworfen, daß sie durch ihre Koalitionspolitik alle Positionen räumen mußte, die sie seit 1918 bezogen hatte; wenn es euch nicht gelingt, Koalitionspolitik zu treiben, dann werdet auch ihr alle Positionen räumen müssen. Ich glaube, das hat sich leider voll und ganz bewahrheitet. Es ist niemals jemandem eingefallen, der Thüringer Sozialdemokratie deshalb einen Vorwurf zu machen, weil sie, solange sie in der Regierung gewesen ist, versucht hat, sozialistische Politik zu treiben. Ich will nicht auf den Vergleich eingehen, der wegen der Verhältnisse in Oesterreich und Deutschland gezogen worden ist. Diese Verhältnisse sind nicht vergleichbar. In dem kleinen Oesterreich liegen die Verhältnisse ganz anders als bei uns, insbesondere was das Neuproletariat angeht. Wir haben in Oesterreich doch nicht in den Grenzschichten des Volkes mit solchen nationalistischen militäristischen Traditionen zu rechnen, wie es leider in Deutschland der Fall ist.

Nun wenige Bemerkungen zu dem, was zur Frage der Wahl des Reichspräsidenten gesagt worden ist. Scheidemann hat den Vorstoß der Frankfurter bereits gestern zurückgewiesen. Daß wir nicht als Partei alles billigen können, was ein Reichspräsident an Verantwortung auf sich nehmen muß, ist selbstverständlich. Aber ich glaube doch, sagen zu dürfen — und ich habe die Dinge doch ziemlich aus der Nähe verfolgt —: wenn später einmal ein Historiker die Periode objektiv zu beurteilen versuchen wird, in der unser Ebert an der Spitze der deutschen Republik gestanden hat, dann wird er feststellen, mit wieviel Einsicht und Takt er dieses Amtes gewaltet hat. (Lebhafte Zustimmung.) Es wird ewig eine Ehre für die Sozialdemokratische Partei sein, daß sie unter so schwierigen Verhältnissen, solange es noch möglich war, aus ihren Reihen den Mann stellte, der so gewirkt hat, wie Ebert. (Lebhaftes Bravo.) Auf der anderen Seite hätte die einfache Klugheit davor warnen sollen, einen solchen Vorstoß zu unternehmen. Wir lesen täglich, wie die „Deutsche Tageszeitung“ und die „Deutsche Zeitung“ gegen den Reichspräsidenten anrennen. Die wissen ganz genau, warum, und das sollte uns die politische Pflicht auferlegen, mehr zu überlegen, was wir tun, und gegen die vorzugehen, die Ebert beiseitigen wollen, statt ihnen indirekt in ihrer Taktik zu helfen.

Nun ein paar sachliche Bemerkungen. Ich spreche ganz offen aus, daß auf diesem Parteitag noch gar nicht die Zeit dazu ist, über die Wahl des Reichspräsidenten zu reden. (Sehr richtig!) Wir wissen ja noch gar nicht, welche politische Konstellation vorhanden sein wird, wenn es zur Wahl des Reichspräsidenten kommt. (Sehr gut!) Wir wissen nicht, welche Parteien sich z. B. dafür erklären werden, Ebert wieder mit dem Amt des Reichspräsidenten zu betrauen. Aber eins dürfen wir doch heute schon annehmen, daß nämlich die Parteien, die auf der äußersten Rechten stehen, den Versuch machen werden, einen General, einen Mac Mahon oder einen Admiral an diese Stelle zu bringen. (Sehr wahr!) Ich hoffe, daß die deutschen Republikaner einschließlich der Sozialisten, so viel politischen Verstand aufbringen werden, das zu verhindern, ebenso wie die Franzosen jetzt gegen ihren Millerand diesen politischen Verstand aufgebracht haben. (Sehr richtig!) Diese Wahl wird ein Politikum ersten Ranges sein, und Parteileitung und Fraktion werden Mittel und Wege finden, um die Partei an der Wahl zu interessieren. Heute wäre es verfrüht, weiter etwas darüber zu sagen.

Nur wenige Schlussbemerkungen in bezug auf die Politik der Zukunft, die Genosse Hilferding in ihrem sachlichen Inhalt noch behandeln wird. Mir ist es gar nicht bange darum, daß die Sozialdemokratische Partei und die sozialdemokratische Reichstagsfraktion auch in Zukunft eine Politik verfolgen werden, die der Republik und dem Interesse der Arbeiterklasse zugute kommt. Denn wir sind ja in Deutschland heute überhaupt nicht mehr in der Lage, eine Politik der Isolierung zu treiben. Wir müssen heute internationale Politik treiben. Wer das Glück gehabt hat, in den Jahren seit Ende des Krieges mit unseren englischen, französischen, italienischen und belgischen Genossen über die Probleme der praktischen Politik zu verhandeln, hat gefunden, daß wir uns über die einschlagenden Schritte immer sehr bald einig geworden sind. Ich vertraue also in diesem Punkte nicht nur auf den gesunden Sinn der deutschen Partei, sondern auch auf das Zusammenwirken der Internationale, das uns vorwärts bringen wird, vorwärts bis zum endgültigen Siege. (Lebhafter Beifall.)

Dißmann-Stuttgart (persönliche Bemerkung): Genosse Wels hat davon gesprochen, daß ich und andere Genossen der früheren USPD. wiederholt bei Auseinandersetzungen der letzten Zeit auf die Erklärung, die 122 Teilnehmer des Geraer Parteitag mit mir auf jenem letzten Parteitag der USPD. abgegeben haben, Bezug genommen hätten. Er fügte hinzu, wir betrachteten diese Erklärung als ein Separatrecht in der geeinigten Sozialdemokratischen Partei. Die Erklärung, die wir auf dem Geraer Parteitag abgegeben haben, hat folgenden Wortlaut:

Die organisatorische Verschmelzung der sozialdemokratischen Parteien bedeutet nicht die Aufgabe der Gesichtspunkte und Auffassungen, von denen wir uns bisher haben leiten lassen. Der Parteitag bekennt sich auch in dieser Stunde zu der Auffassung, daß nur die Politik, die kämpfend gegen die Bourgeoisie die Kräfte des Proletariats zusammenfaßt und entfaltet, die proletarische Klasse als solche einigt und ihrem Endziel entgegenführt. Er ist sich bewußt, daß allein diese Politik imstande ist, das weitere Ziel der bisherigen Politik der USPD., — Einigung aller proletarischen Parteien — zu erreichen. In dieser Erkenntnis betont der Parteitag erneut, daß die Politik der Koalition mit den bürgerlichen Parteien, wie sie bisher getrieben wurde, der Einigung der Arbeiterparteien bisher am meisten hindernd im Wege stand, daß sie dem Proletariat keinen Vorteil, sondern Schaden gebracht hat, daß sie tiefe Enttäuschung in die Reihen der Proletarier gesät und daß sie um geringe zeitweilige Vorteile das dauernde Interesse des Proletariats in Gefahr gebracht hat.

Von diesem Gesichtspunkte ausgehend erklären die Delegierten des Parteitages, daß sie auch in der neuen Partei zur Koalitionspolitik im Sinne des Leipziger Manifestes der USPD. und im Geiste der Beschlüsse des Leipziger Parteitages vom Januar 1923 wirken werden. (Lebhafte Rufe: hört, hört!)

Ich bitte Sie, selbst zu beurteilen, ob das nicht unser gutes Recht war. Wir verlangen kein Reservatrecht. Wir wirken wie jeder andere in der geeinten Partei für unsere Ueberzeugung. Als die USPD.-Kameraden in Gera beschloßen, der Einigung zuzustimmen, hat niemand von uns daran gedacht, den Kameraden der früheren SPD. zuzumuten, ihre sachliche Auffassung preiszugeben. (Sehr richtig!) Wir fanden uns zusammen, und von Reservatrechten kann weder hüten noch drüben die Rede sein.

Ich habe gestern gesagt, daß Meinungsverschiedenheiten in sachlicher Weise zum Austrag gebracht werden müßten, im übrigen aber wir uns alle zur gemeinsamen Arbeit und zu geschlossenem Kampfe gegen den Klassengegner zu-

sammensuchen müssen. Diesen Bemerkungen gegenüber sagt Genosse Wels, er stünde ihnen sehr mißtrauisch gegenüber. Es bleibt bei der Erklärung, die ich gestern abgegeben habe, und weder der Parteivorstand Genosse Wels, noch sonst jemand wird uns von dem Wege abbringen, das sachlich zum Ausdruck zu bringen, was unsere Ueberzeugung ist. Ich bedaure bloß, daß Genosse Wels derartige persönliche Ausfälle, die wir bei ihm, wenn es sich um Genossen handelt, die eine andere politische Richtung vertreten wie er, leider gewöhnt sind, gegen mich sich auch heute wieder erlaubt hat. (Beifall.)

Wels (Parteivorstand) (persönliche Bemerkung): Ueber den Takt streite ich mit dem Genossen Dißmann nicht. Ich möchte aber die Tatsache feststellen, daß die Erklärung, die er vorhin als in Gera abgegeben verlesen hat, ursprünglich als Antrag an den Geraer Parteitag gelangte, weil bestimmte Kreise die Hoffnung hatten, daß ein solcher Beschluß des Geraer Parteitages von der mehrheitlich sozialdemokratischen Partei als Hindernis für die Einigung betrachtet werden würde. (Lebhafter Widerspruch und Zurufe: Unerhört! — Große Unruhe.) Als das in Gera verlesen wurde, ist diese Erklärung zu Protokoll gegeben worden. (Erneute Rufe: Unerhört! Was sagt Hilferding dazu?)

Ekke-Berlin (persönliche Bemerkung): Genosse Wels sagte, daß ich der beste Interpret dafür wäre, daß der Parteivorstand die Berechtigung hatte, in Berlin einzugreifen, weil ich als Vorsitzender des Bezirksparteitages das in einer Erklärung am Schluß des Berliner Bezirksparteitages verlangt hätte. Das ist unrichtig. Ich zitiere aus dem Bericht des „Vorwärts“ vom 3. März folgendes:

Genosse Brite als Vorsitzender erklärt, daß nach den Erklärungen Dittmanns und Crispiens der Parteivorstand sich mit den Vorgängen beschäftigen werde. Ich habe also lediglich festgestellt, daß Genosse Dittmann und Genosse Crispien erklärten, der Parteivorstand werde eingreifen. Ich als Vorsitzender habe mich mit einer derartigen Maßnahme nicht identifiziert und war auch damit nicht einverstanden. (Hört, hört!)

Dißmann-Stuttgart (persönliche Bemerkung): Es liegt im Interesse der Partei, daß von diesem Parteitag aus nach den Bemerkungen des Genossen Wels keine falsche Auffassung draußen entsteht. (Sehr richtig!) Deswegen habe ich die Erklärung zu verlesen, die ich im Auftrage der 122 Antragsteller auf dem Geraer Parteitag der USPD. abgegeben habe. Die Mehrheit des Parteitages hatte die von mir verlesene Erklärung, die ursprünglich ein Antrag war, unterzeichnet. Dann traten Kameraden, die die Erklärung nicht mit unterzeichnet hatten, an uns heran und sagten: wir sind selbstverständlich mit euch nicht uneinig, aber wir wollen uns nicht dem Verdacht aussetzen, daß, nachdem die Vorverhandlungen zwischen den Parteivorständen gepflogen worden sind und nachdem in Augsburg die Einigung beschlossen worden ist, wir im letzten Augenblick der Einigung durch einen solchen Beschluß Schwierigkeiten machen wollten. (Sehr richtig!) Daraufhin haben wir uns als Antragsteller verständigt, um zum Ausdruck zu bringen, daß es uns darum zu tun sei, auch nicht den Funken eines Mißtrauens entstehen zu lassen. (Sehr richtig!) Ich habe dann im Auftrage der Antragsteller eine Erklärung abgegeben, und zwar unter Bezugnahme auf den Genossen Ledebour, den ich vergeblich mit anderen Freunden beschworen habe, den Einigungsweg zu beschreiten. Ledebour hat unserem Antrag gegenüber gesagt: das ist ein Beschwichigungsversuch, und ihr bringt mich nicht dazu, auch wenn ihr diesen Antrag stellt, der Verschmelzung der beiden Parteien zuzustimmen. Wir sagten in der Erklärung folgendes:

Ledebour hat meinen Appell als „Belästigung“ empfunden. Das sollte er nicht sein. Er galt ihm und seinen Freunden. Er galt und gilt aber auch über den Rahmen des Parteitages hinaus, er gilt für alle, die sich bisher nicht entschließen konnten, den Weg gemeinsam mit uns weiterzugehen. Das Zu-

reden betrachten wir als unsere Pflicht. Wir werden weiter so verfahren, bis wir die Vereinigung des gesamten Proletariats herbeigeführt haben.

Genosse Ledebour hat gemeint, unsere Resolution sollte einen Beschwichtigungsversuch darstellen. Die Resolution sagte in ihrem Wortlaut klar und prägnant, was sie sein soll, nämlich ein Willensausdruck, ein Ausdruck unserer Ueberzeugung, für die wir eingestanden sind und für die wir weiter eintreten werden. Die Wirkung kann und soll keine andere sein, als daß wir dem Parteitag wie der gesamten Arbeiterklasse sagen: wir werden unsere Ueberzeugung auch weiter sachlich verteidigen und hoffen, sie zum Siege zu führen. Nachdem dieser unser Willensausdruck die Tatsache zu verzeichnen hat, daß ein wesentlicher Teil, die Mehrheit des Parteitages — die Resolution trägt 122 Unterschriften —, unterzeichnet hat, können wir auf eine formelle Abstimmung verzichten und geben diese Resolution als eine Erklärung der Unterzeichneten zu Protokoll.

(Lebhafte Rufe: Hört, hört! bei der Opposition.)

Nachdem das protokollarisch feststeht, beurteilen Sie selbst die Unterstellungen des Genossen Wels. (Beifall bei der Opposition.)

Dr. Hilferding (Partei Vorstand): Es gibt selbstverständlich in einer solchen Situation Vorgänge, die nicht im Protokoll zum Ausdruck kommen. (Sehr richtig!) Es liegt mir vollständig fern, etwa zu behaupten, daß die 122 Unterzeichner dieser Erklärung die Einigung nicht gewollt hätten. Wir haben aber in Verhandlungen, die namentlich mit der wichtigsten Landsmannschaft, die den Antrag unterschrieben hatte, geführt worden sind, die Genossen darauf aufmerksam gemacht, daß die Annahme dieses Antrages mit größter Wahrscheinlichkeit zur Zerstückelung der Einigung führen müsse. Trotzdem ist dieser Antrag von den Genossen, die sich der ganzen Tragweite bewußt sein konnten, gestellt worden, und erst in den Verhandlungen ist es gelungen, einen großen Teil der Unterzeichner zu der Erklärung zu veranlassen, daß sie auf die Annahme eines solchen Antrages verzichten und sich im Interesse der Einigung damit begnügen werden, daß die Erklärung zu Protokoll genommen wird. Dadurch erst ist die Abstimmung über den Antrag und damit die Gefährdung der Einigung in Gera verhindert worden. (Lebhafte Rufe: Na also!)

Crispien (Partei Vorstand) (persönliche Bemerkung): Ich wollte zu dieser Frage nicht sprechen, nachdem Genosse Hilferding sich dazu geäußert hat. Ich kann nur bestätigen, daß Genosse Hilferding den Sachverhalt durchaus richtig dargestellt hat.

Ich muß aber zu dem sprechen, was sich in den Auseinandersetzungen zwischen den Genossen Witte und Wels abgespielt hat. Ich spreche nicht darüber, weil es sich um eine Berliner Frage handelt, sondern, weil im ganzen Reich verbreitet worden ist, der Partei Vorstand habe sich in Berlin bei der Aufstellung der Kandidaten zur Reichstagswahl diktatorische Eingriffe erlaubt. Diese Behauptung wurde zuerst von dem Genossen Franken aufgestellt, der Redakteur der „Levi-Korrespondenz“ ist, und der nicht nur bei der Kommunistischen Partei organisiert war, sondern der noch als Mitglied unserer Partei in dem Organ der Kommunisten „Chronik des Faschismus“ Mitarbeiter war. (Hört, hört!) Dieser Genosse erklärte in der „Levi-Korrespondenz“, daß auch Genosse Crispien angehört habe, ein Mann des linken Flügels zu sein, daß er jetzt auch zum rechten Flügel übergegangen sei. (Hört, hört!) Ich will gar kein Hehl daraus machen, daß ich in politischen Fragen häufig genug einen sehr ablehnenden Standpunkt gegen die offizielle Politik der Partei eingenommen habe. Aber ich muß es ablehnen, mich von den Genossen, der sich meines Erachtens nicht so bewährt hat wie manche andere Genossen, in meiner Gesinnung

abstempeln zu lassen. Als ich dann in der Korrespondenz, in der dieser Anwurf gegen mich erhoben wurde und der Partei Vorstand zu Unrecht beschuldigt wurde, eine Erwiderung veröffentlichten wollte, in der ich die Sache richtig stellte, ist diese Erwiderung nur zur Hälfte abgedruckt worden. Es war mir infolgedessen nicht möglich, an der gleichen Stelle die nötige Antwort zu erteilen. (Hört, hört!) Wie lag die Angelegenheit in Berlin? In Berlin war es nicht möglich, durch die Verhandlungen eine Liste zustande zu bringen, die beide Seiten befriedigte. Als auf dem Bezirksparteitag eine Kandidatenliste angenommen war, erklärte die Hälfte der Kandidaten, auf dieser Liste nicht kandidieren zu wollen, weil die Rechte sich benachteiligt fühlte. Damit hatten wir statt 10 nur 5 Kandidaten. Es gab eine lange Auseinandersetzung, und ich habe dann, bevor der Bezirksparteitag auseinander ging, den Vorschlag gemacht, der Bezirksparteitag sollte entweder noch am selben Abend erneut zusammen treten oder am folgenden Sonntag, damit die Berliner Organisation ihre Kandidaten selbständig aufstellt und ein Eingreifen des Partei Vorstandes vermieden wird. Ich als Vertreter des Partei Vorstandes habe mich dahin ausgesprochen, die Berliner Organisation möchte es uns ersparen, als Partei Vorstand eingreifen zu müssen. Der Bezirksparteitag hat meinen Vorschlag nicht angenommen. Der Partei Vorstand wurde dann angerufen; wir haben mit den Berliner Organisationsleitungen eine gemeinsame Sitzung abgehalten. Der Partei Vorstand hat keine Kandidatenliste diktiert, sondern er hat mit der Berliner Organisationsleitung verhandelt. Es wurde über eine neue Kandidatenliste ein Beschluß der Berliner Leitung selbst herbeigeführt. Dieser Beschluß wurde einem zweiten Bezirksparteitag zur Annahme empfohlen und von der Berliner Bezirkskonferenz auch angenommen. Nach diesem Sachverhalt kann kein Mensch mehr erklären, daß die Reichstagskandidaten von Berlin auf Grund eines Diktats des Partei Vorstandes aufgestellt worden seien. Zwei linksstehende Genossen lehnten es nun leider ab zu kandidieren. Es blieben noch acht Kandidaten übrig, und das schien bei den Aussichten in Berlin ausreichend zu sein. Das richtig zu stellen hielt ich für notwendig, damit nicht sachliche Auseinandersetzungen durch persönliche Quertreibereien vergiftet werden. (Sehr gut!) Die Opposition wird in Grund und Boden gewirrschaftet, wenn in ihr bestimmte Elemente die Taktik verfolgen, jeden, der sich nach seiner Ueberzeugung zu entscheiden wagt, politisch zu meucheln und gesellschaftlich zu ächten. (Sehr gut! — Erregte Zurufe und große Unruhe.) Ich trage dem nicht Rechnung. Jeder soll für das eintreten, was er verantworten kann, und die Partei mag über jeden Genossen entscheiden. (Bravo! und Händeklatschen.)

Vorsitzender Dittmann: Es liegt ein genügend unterstützter Antrag auf namentliche Abstimmung über den Antrag Nr. 244 vor.

Hierauf wird auf Antrag des Genossen Brühne dem Partei Vorstand einstimmig Entlastung erteilt.

Zu der folgenden namentlichen Abstimmung bemerkt der Vorsitzende Dittmann, daß sämtliche Mitglieder des Parteitages, auch die Mitglieder des Partei Vorstandes und der Reichstagsfraktion, stimmberechtigt sind, da es sich nicht um einen Rechenschaftsbericht, sondern um die allgemeinen Richtlinien handelt, nach denen die Parteipolitik zu führen ist.

Die Versammlung beschließt gemäß dem Vorschlage des Vorsitzenden Dittmann, zunächst namentlich über den Antrag Müller abzustimmen.

Es erfolgt also zunächst die namentliche Abstimmung über den Antrag Müller und Genossen.

Nachmittags Sitzung.

Vorsitzender Dittmann: Für die Wahlen zum Parteivorstand werden vom Parteiausschuß folgende Vorschläge gemacht. Es werden vorgeschlagen: drei Vorsitzende: Hermann Müller, Otto Wels, Arthur Crispian; zwei Kassierer: Friedrich Bartels, Konrad Ludwig; fünf Sekretäre: Dr. Braun, Dittmann, Frau Buchacz, Mollenbuh, Stellung; neun Beisitzer: Richard Fischer, Frank, Hildenbrand, Dr. Hüfnerding, Künstler, Dr. Moses, Frau Kemig, Frau Ryneck, Heinrich Schulz.

Von den bisherigen Sekretären sind die Genossen Pfannkuch, Heinrich und Krüger gestorben. Der Parteiausschuß hielt es nicht für notwendig, eine der Zahl der Verstorbenen entsprechende Ergänzung der Sekretäre vorzunehmen, weil der Parteivorstand ohnehin durch die Vereinigung der beiden Parteien sehr stark geworden ist. Genosse Stellung, der früher dem Parteivorstand der SPD. angehört hat, ist seinerzeit beurlaubt worden, um dem Rufe der mecklenburgischen Genossen entsprechend das Amt des Ministerpräsidenten in Mecklenburg zu übernehmen. Er würde nach früheren Beschlüssen der SPD. noch als Mitglied des Parteivorstandes anzusehen sein und rückt wieder in die Zahl der Sekretäre ein. Von den früheren Beisitzern ist Genosse Ritter verstorben. Der Parteiausschuß war der Ansicht, daß es nicht notwendig sei, an seiner Stelle einen Beisitzer in den Parteivorstand zu wählen. Weitere Vorschläge bitte ich bis 5 Uhr nachmittags beim Bureau einzureichen.

Für die Kontrollkommission werden vom Parteiausschuß folgende Vorschläge gemacht. Laut Statut sind neun Mitglieder zu wählen. Es werden vorgeschlagen: Lore Agnes, W. Boß, August Bren, Friedrich Brühne, Clemens Hengsbach, August Karsten, Paul Löbe, Hermann Müller-Vichtenberg, Adolf Schönfelder, Robert Wengels.

Das Resultat der Abstimmung von vormittag ist folgendes: Für den Antrag Müller sind 262 Stimmen, gegen den Antrag 105 Stimmen abgegeben. Demnach ist der Antrag Müller angenommen (Bravo!) und der Antrag Dittmann ist dadurch erledigt.

Die Abstimmung über alle übrigen gedruckten Anträge kann erleichtert werden, wenn die Anträge nach den Vorschlägen der Referenten Wels und Müller verhandelt werden. Ich frage den Parteitag, ob er damit einverstanden ist, daß die Anträge ihre Erledigung so finden, wie Wels und Müller vorschlagen haben. — Ich höre keinen Widerspruch und stelle fest, daß mit Ausnahme des einen Antrags, über den namentliche Abstimmung beantragt ist, alle anderen Anträge ihre Erledigung in dem von mir bezeichneten Sinne gefunden haben. Eine gedruckte Zusammenstellung über das Schicksal der Anträge wird den Delegierten noch überreicht werden.

Es folgt die namentliche Abstimmung über Antrag 244 Eckstein und Genossen, wonach die Reichstagsfraktion beauftragt wird, bei der Haushaltsberatung den Reichswehretat abzulehnen.

Vorsitzender Dittmann: Ich habe noch Kenntnis davon zu geben, daß nach folgender Antrag gestellt wurde:

Der Parteitag erklärt:

Da die Internationale Arbeiterhilfe ein Organ der kommunistisch-bolschewistischen Politik ist, die als eines der Hauptziele die Vernichtung der Sozialdemokratie erstrebt, ist die Beteiligung an der Internationalen Arbeiterhilfe

und ihre Unterstützung unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der Sozialdemokratie.

(Sehr gut!)

Eine Debatte über den Antrag findet nicht mehr statt, da beim Bericht des Genossen Wels über die Sache debattiert worden ist und sich Genosse Wels eindeutig zu der Frage geäußert hat.

Wir haben die sächsischen Parteidifferenzen aus der allgemeinen Debatte ausgeschlossen und eine Kommission eingesetzt, die zunächst den Versuch einer Verständigung machen sollte. Ich gebe nunmehr das Wort dem Berichterstatter der Kommission, dem Genossen Buchwitz.

Buchwitz-Görlich: Die Kommission, die Sie zur Beilegung des Streites der sächsischen Parteigenossen eingesetzt haben, hat ihre Arbeiten beendet. Ich kann wohl sagen, daß das Resultat der Arbeiten nicht nur als befriedigend bezeichnet werden kann, sondern daß weit darüber hinaus die Genossen beider Richtungen, der Parteitag und die Gesamtpartei außerordentlich zufrieden mit dem Resultat sein werden. Die Arbeit der Kommission ist dadurch erleichtert worden, daß die Kommission nicht in die Lage versetzt wurde, einen Richterspruch zu fällen, sondern die Gelegenheit gegeben war, zu einer gegenseitigen Verständigung zu kommen. (Bravo!) Es muß festgestellt werden, daß beide Richtungen von vornherein den Willen zeigten, die Einheit der sächsischen Partei wiederherzustellen. (Bravo!)

Die Kommission hatte es sich von vornherein zur Aufgabe gestellt, den anwesenden Genossinnen und Genossen beider Richtungen von Sachsen weitesten Spielraum in der Aussprache zu geben. Ich glaube, daß nach dieser Richtung hin weder die Fraktionsminderheit, noch die Fraktionsmehrheit sich über irgendeine Einengung beklagen kann. Von der sogenannten Fraktionsminderheit haben an den Verhandlungen teilgenommen die Genossen Arzt, Liebmann, Edel, Graupe und Schwarz, von der sogenannten Fraktionsmehrheit Hagen, Franz, Bethge, Müller und Held. Angesichts dieses Resultats der Verhandlungen und mit Rücksicht auf die Kürze der dem Parteitag noch zur Verfügung stehenden Zeit kann ich mir es erlauben, die geschichtliche Entwicklung des Parteistreits in Sachsen vor Augen zu führen. Ueberdies haben sich beide Richtungen in sehr erfreulicher Weise bemüht, durch Niederlegung je einer Broschüre die auf dem Parteitag anwesenden Genossinnen und Genossen über die geschichtlichen Ursachen des Parteistreits zu informieren. Die Kommission ist im Laufe der Verhandlungen sehr schnell zu der Meinung gelangt, daß es sich um zwei entscheidende Punkte in dem Parteistreit handelt, erstens um die Frage, wer über wichtige parlamentarische Laktfragen, sei es Regierungsbildung, sei es Ministerwahl, entscheidet, zweitens wie sich die zukünftige Politik in Sachsen gestalten soll. Daß in Sachsen überhaupt Unstimmigkeiten über diese beiden Punkte entstanden, ist nach Auffassung der Kommission darauf zurückzuführen, daß bisher die Kompetenzen der Landesinstanzen und der einzelnen Körperschaften in der Partei nicht klar genug abgegrenzt waren, daß zweitens infolge der bekannten Ereignisse in Sachsen eine Entwicklung vor sich ging, bei der oftmals schnell Entscheidungen gefällt werden mußten. Die Kommission war sich klar darüber, daß das Schwergewicht auf diese beiden Punkte gelegt werden mußten. Die bisherigen Einigungsverhandlungen und Einigungsversuche, die vom Parteivorstand sowie von den sächsischen Landesinstanzen vorgenommen worden waren, waren gescheitert, und infolgedessen mußte sich nun der Parteitag mit diesen Dingen beschäftigen.

Die Kommission glaubt, eine endgültige Lösung gefunden zu haben und unterbreitet dem Parteitag folgende Erklärung zur Beilegung des Parteistreits in Sachsen:

1. Die Entscheidung über Regierungsbildungen, Ministerwahlen und sonstige parlamentarische Taktfragen in den einzelnen Ländern trifft die zuständige Landtagsfraktion.

2. Wenn es technisch irgendwie durchführbar ist, sind die Landtagsfraktionen verpflichtet, vor ihrer Entscheidung über grundlegend wichtige Fragen eine Beschlüßfassung der Landesinstanzen herbeizuführen.

3. Für die Politik in den Landtagen sind die Landtagsfraktionen den Landesparteierversammlungen und dem Reichsparteitag verantwortlich. Die Entscheidungen der Landesparteierversammlungen sind für die Fraktionen bindend.

4. Nicht berührt hiervon wird das Recht des Parteivorstandes und Parteiaussschusses, die Ausführung von Landesbeschlüssen bis zur Entscheidung eines Reichsparteitages zu suspendieren, wenn diese den Beschlüssen der Reichsparteitage zuwiderlaufen oder die Interessen der Gesamtpartei schwer schädigen.

Unbeschadet der bisher vertretenen taktischen Auffassungen erklären alle sächsischen Genossen, die an den Verhandlungen der Einigungskommission auf dem Berliner Parteitag teilgenommen haben:

1. Fraktionsmehrheit einerseits, Fraktionsminderheit und Landesinstanzen andererseits haben in der Vergangenheit in der festen Ueberzeugung gehandelt, dem Wohle des wertaktigen Volkes zu dienen. Beide haben bestimmt geglaubt, im Recht zu sein. In der Tat hatten die außerjächsischen Gewaltmaßnahmen unvorhersehbare Situationen geschaffen, die, sich überstürzend, zu immer neuen Gefahrenpunkten führten. Dazu kam, daß die Zuständigkeit der einzelnen Körperschaften bisher nicht klar genug abgegrenzt war.

Die Genossen beider Richtungen haben sich inzwischen zusammengefunden, um über die Grundlagen des Zusammenarbeitens in der nächsten Zukunft zu beraten. Die Genossen haben die Grundlage gefunden. Die Kommission empfiehlt dem Parteitag die debattelose und einstimmige Annahme der Erlärung.

2. Höher als alle Vorteile und Nachteile der Koalitionspolitik und einer Koalitionsregierung steht uns die Einigkeit der Partei. Getragen von dieser Auffassung, stellen die sächsischen Genossen für die künftige Landespolitik folgendes fest:

- a) Die neue Taktik der Kommunistischen Partei, an Stelle der „Einheitsfront“ offen die Vernichtung der Sozialdemokratie zum Leitmotiv ihres Handelns zu machen, hat die proletarische Mehrheit im Sächsischen Landtag zerstört. Ihre Wiederherstellung wird durch das Verhalten der Kommunisten für absehbare Zeit unmöglich gemacht.
- b) Die Politik der Gesamtpartei geht dahin, durch Annahme und Durchführung des Sachverständigengutachtens die Wirtschaftslage Deutschlands zu sichern und allmählich zu verbessern. Wird dann der schwere Kampf um die innere Lastenverteilung, der nur von einer einigen geschlossenen Sozialdemokratie mit Erfolg für die arbeitende Bevölkerung geführt werden kann, günstig beendet, dann ist ein starker Rückgang der nationallistischen und kommunistischen Verzweiflungsstimmen zu erhoffen. Die gesamte sächsische Landtagsfraktion wird im Geiste dieser Politik der Gesamtpartei daran mitarbeiten, zu verhüten, daß während dieser kritischen Uebergangszeit die Regierung Sachsens in die Hände der Reaktion gerät.

3. Die Neuaufstellung der Landtagskandidaten ist in einigen sächsischen Bezirken bereits erfolgt, in der Annahme, daß Neuwahlen unmittelbar bevorstünden. Angesichts der veränderten Situation wird die Auswahl der Landtagskandidaten den zuständigen Parteiorganisationen nochmals zur Entschei-

dung vorgelegt werden, möglichst nicht früher als acht Wochen vor den Neuwahlen. Die Anwesenden verpflichten sich, dafür einzutreten, daß bei der Auswahl der Landtagskandidaten die Stellung der einzelnen Parteigenossen in dem jetzt überwindenen Parteistreit nicht gewertet wird.

Dieses Ergebnis ist nicht durch einen Schiedspruch, sondern durch bereitwilliges Entgegenkommen beider Richtungen innerhalb der Fraktion des Sächsischen Landtags zustande gekommen. Mehrheit und Minderheit haben sich schon zusammengefunden, um die Arbeit für die nächste Zeit zu regeln. (Bravo!) Die Kommission empfiehlt Ihnen, diesen Entscheid, der alle befriedigen kann und im Interesse der Partei die Schlag- und Stoßkraft unserer Bewegung für die nächsten Kämpfe stärkt, debattelos und einstimmig anzunehmen. (Bravo!)

Vorsitzender Wels: Ich glaube, die Partei kann sich zur Beilegung des Streits unter den sächsischen Genossen in dieser Weise beglückwünschen. Der Antrag 238 kann daher vom Parteivorstand zurückgezogen werden, der den Beschluß des Parteiaussschusses zum Beschluß des Parteitages erheben sollte. Es bleibt als Gutachten des Parteiaussschusses bestehen. Ich bitte den Parteitag, seiner Meinung dahin Ausdruck zu geben, diese von der Kommission empfohlene Vereinbarung durch möglichst einmütige Annahme als Auffassung des gesamten Parteitages hinzustellen. Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich stelle die einstimmige Annahme fest. (Bravo!)

4. Das Organisationsstatut.

Cipinski-Leipzig (Berichtertatter): In der Vorlage legt Ihnen die Organisationskommission die neue Verfassung der Sozialdemokratischen Partei vor, in der die in Nürnberg vollzogene Einheit zum Ausdruck kommt. Zur Grundlage des neuen Statuts sind die alten Statuten der Sozialdemokratischen und Unabhängigen Partei genommen worden, aus denen das Beste gewählt und durch die Erfahrungen und Beratungen ergänzt wurde.

Das Statut bringt zum Ausdruck, daß wir eine geschlossene Partei von Mitgliedern sein wollen, die den ersten Willen haben, im Rahmen der Organisation grundsätzliche Politik der Partei zu treiben und zu fördern. Daher ist zwischen vorläufigen und endgültigen Mitgliedern unterschieden. Mitglieder, die diesen ersten Willen nicht haben, sollen innerhalb eines Jahres durch einfachere Art als durch das Ausschlußverfahren aus der Partei wieder entfernt werden können.

Vertrauensämter innerhalb der Partei sollen nunmehr nur übertragen werden, wenn die bisherige Mitgliedschaft eine Gewähr dafür bietet, daß das Amt im Interesse der Partei ausgeübt wird. Es ist daher eine Karenzzeit für die Uebnahme von Vertrauensposten vorgesehen. Wir wissen, daß Lenin in seiner Schrift „Die Kinderkrankheiten des Radikalismus“ Anweisung gegeben hat, wie sich die Kommunisten durch Lug und Trug in andern Parteien Eingang verschaffen sollen. Solche Zellenbildung und Sprengung der Partei zu verhindern mußte im Statut ermöglicht werden; denn gerade die Zerstörung der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften ist die von den Kommunisten bestätigte neueste Methode.

Nach dem Statut soll die Mitgliederzahl für die Beschickung des Parteibags maßgebend sein. Wir können keine Papierstaten gebrauchen, sondern stetige, beitragszahlende Mitglieder. Es geht nicht an, daß Parteiorte alle Rechte der Partei für sich in Anspruch nehmen, oder andern Orten die Zahlungspflicht an den Parteivorstand überlassen. Nunmehr wird der Parteitag ein getreues Spiegelbild der Partei darstellen, und die Mitglieder in sich verkörpert sehen, die auch tatsächlich für die Partei materiell das Notwendige leisten.